

Dossier Deutsch-polnische Beziehungen

Einleitung

Mit seinem Kniefall vor dem Denkmal für die Opfer des Warschauer Ghettoaufstandes 1943 schrieb Bundeskanzler Willy Brandt im Dezember 1970 Geschichte: Er läutete ein neues Zeitalter in den Beziehungen zwischen Polen und Deutschland ein. Seine Tat wurde als symbolischer Akt der Reue für die deutschen Verbrechen empfunden. Knapp 40 Jahre später ist das deutsch-polnische Verhältnis noch immer weit entfernt von Normalität. Die deutschen Verbrechen während der Zeit der Besatzung, die Debatte um die Rückgabe von Kulturgütern, aber auch um Flucht und Vertreibung spielen diesseits wie jenseits von Oder und Neiße noch eine wichtige Rolle. Das Spezial zeichnet die polnische Geschichte in Grundzügen nach und untersucht Probleme und Spannungen im Verhältnis beider Länder. Es zeigt aber auch auf, wie Literatur und Kulturaustausch, wie das Wissen übereinander und die gemeinsame Geschichte helfen können, den jeweils anderen besser zu verstehen.

Inhaltsverzeichnis

1.	Polnische Geschichte vom Anfang bis zur Wiederherstellung der Staatlichkeit 1918	4
2.	Deutschland und Polen	9
3.	Vorreiter des Umbruchs im Ostblock	14
4.	Lange Schatten: Der Umgang mit dem Zweiten Weltkrieg und seinen Folgen in Polen und Deutschland	18
5.	Deutschland und Polen als Nachbarn in der EU	23
6.	Deutsch-polnische Klischees in den Medien	27
7.	Die Bedeutung der Kulturvermittlung und –Rezeption	31
8.	Zwischen Deutschen, Polen und Juden: Marcel Reich-Ranickis Lebensweg	36
9.	Polnische Literatur und deutsch-polnische Literaturbeziehungen	40
10.	Normalisierung wäre schon viel - Essay	46
11.	euro topics: Pressestimmen zur Debatte um das Vertriebenenzentrum	53
12.	Redaktion	58

Polnische Geschichte vom Anfang bis zur Wiederherstellung der Staatlichkeit 1918

Die Anfänge des polnischen Staates

Von Dieter Bingen

10.2.2009

Prof. Dr. Dieter Bingen ist Direktor des Deutschen Polen Instituts. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören: Polnische Zeitgeschichte und Politik, Politisches System Polens, Politische Systeme und Systemtransformation in Ostmittel- und Südosteuropa, Deutsch-polnische Beziehungen sowie Integrationspolitik in Europa.

Unter Herzog Miesko I. beginnt im 10. Jahrhundert die Geschichte Polens als nordöstlichster Vorposten der abendländischen Staatengemeinschaft. Dieter Bingen zeichnet die Geschichte Polens bis 1918 in Grundzügen nach.

Ausgehend vom Stammesgebiet der Polanen (pole = Feld) an der mittleren Warthe konnte Herzog Mieszko I. (um 960 - 992) aus dem Herrscher-geschlecht der Piasten nach Annahme des lateinischen Christentums 966/967 Polen mit dem Kerngebiet Großpolen (Polonia Maior) zum nordöstlichsten Vorposten der abendländischen Staatengemeinschaft erheben und erhielt 968 in Posen ein selbständiges Missionsbistum. In enger, aber nicht immer konfliktfreier Bindung an das römisch-deutsche Kaisertum gewann Bolesław I. Chrobry (der Tapfere) (992-1025) Kleinpolen (Polonia Minor, um Krakau), Pommern, Schlesien, Mähren, die Westslowakei und die Lausitz für sein Reich. Das gute Einvernehmen mit Kaiser Otto III., der im Jahre 1000 Gnesen besucht und dort der Einrichtung einer Rom direkt unterstellten Erzdiözese zugestimmt hatte, wurde unter Kaiser Heinrich II. durch die erst 1018 im Frieden von Bautzen beigelegten Kämpfe um die Mark Meißen und die Lausitz abgelöst. Bolesław I. erwarb 1025 mit päpstlicher Billigung die Königswürde. Bolesław II. mialy (der Kühne) (1058-79) konnte 1076 die unter den Nachfolgern von Boleslaw I. verlorene Königswürde erneuern. Trotz der zeitweiligen Rückeroberung Pommerns (1102-22) und des erneuten Versuchs, die Schwäche der Kiewer Rus zu Gebietsgewinnen im Osten zu nutzen, gehörten nur Groß- und Kleinpolen, Masowien und Schlesien im frühen und hohen Mittelalter dauerhaft zum polnischen Staatsgebiet.

Die Zeit der Teilfürstentümer und Konsolidierung (1138-1333)

Bereits in der ersten Generation scheiterte das Anliegen Bolesław III., durch die Aufteilung des Landes unter seine Söhne und die Einführung einer geregelten Erbfolge, die dem ältesten Mitglied des Piastenhauses als Großfürst eine gewisse Oberherrschaft (Seniorat) einräumte, die Nachfolgekämpfe zu unterbinden. 1181 ging Pommern endgültig verloren. Die staatliche Zersplitterung erschwerte auch die Mongolenabwehr (Niederlage auf der Wahlstatt bei Liegnitz 1241). Der Versuch Przemysław II. von Großpolen (1279-96), durch die Erneuerung der Königswürde 1295 die Wiedervereinigung des Landes zu erreichen, endete mit seiner Ermordung. Unter den böhmischen Königen Johann und seinem Sohn, dem deutschen Kaiser Karl IV., schied Schlesien 1339/53 aus dem polnischen Staatsverband aus und wurde als Teil Böhmens mittelbar ein Teil des Reichs. Erst unter Władysław I. Łokietek (Ellenlang) (1306/20-33) gelang nach harten Kämpfen, unterstützt vom Klerus und einigen Kleinfürsten, der Zusammenschluss von Großpolen, Kleinpolen und Kujawien sowie 1320 die dauerhafte Erhebung Polens zum Königreich.

Der von Konrad I. von Masowien zur Pruzenabwehr in das Kulmer Land gerufene Deutsche Orden nahm 1230 von Thorn aus seine Missions- und Kolonisationstätigkeit wahr. Die vertragswidrige Besetzung Pommerellens mit Danzig durch den Orden (1308) war bis 1525 ständiger Anlass für Abwehrkämpfe der polnischen Krone gegen die Ordensritter. Das Eroberte sicherte der Orden sogleich durch Burgen und gründete dann, zumeist mit deutschen Siedlern, Dörfer und Städte.

Die Ständemonarchie unter den letzten Piasten/Anjou und Jagiellonen (1333/86-1572)

Die von Władysław I. eingeleitete Konsolidierungspolitik wurde durch seinen Sohn Kazimierz III. Wielki (der Große) (1333-70), erfolgreich fortgesetzt, wobei dem Landesausbau und der Errichtung einer funktionierenden Verwaltung die Hauptsorge galt. Seit dem ausgehenden 12. Jahrhundert hatten sich die polnischen Territorialherren um eine systematische Modernisierung ihres Herrschaftsbereichs bemüht. Der Landesausbau stützte sich in hohem Maße auf Zuwanderer aus den deutschsprachigen Gebieten, wobei die Impulse zur Ostwanderung zehntausender Bauern und Handwerker nicht vom Reich oder seinen Teilstaaten ausgingen, sondern von den polnischen Fürsten. Die großzügige Politik von Kazimierz III. den Juden gegenüber förderte deren Einwanderung, während sie in Westeuropa zahlreichen Pogromen ausgesetzt waren. Der geistig-kulturelle Aufschwung der Rzeczpospolita (= kgl. Republik) erreichte mit der Gründung der Universität Krakau (1364) einen Höhepunkt. Da er in vier Ehen ohne männlichen Erben geblieben war, traf er mit dem in Ungarn regierenden Haus Anjou eine Erbverbrüderung, die seinem Neffen Ludwik die Nachfolge sichern sollte. Da auch Ludwik I. Wielki (der Große) (1370-82), keine Söhne hatte, musste er die Zustimmung des polnischen Adels (szlachta, Schlachta) zur Nachfolge der Töchter mit weitreichenden Konzessionen erkaufen, die dessen weitgehende Steuerfreiheit, den politischen Alleinvertretungsanspruch und die Mitwirkung an der Königswahl beinhalteten. Allein aus dem Adel durften die Kron- und Landesbeamten sowie die meisten Bischöfe ernannt werden.

Durch die Ehe von Ludwigs Tochter Jadwiga mit dem Großfürsten von Litauen, Jagiełło (1386) wurde eine polnisch-litauische Personalunion begründet, die fast zweihundert Jahre später, 1569, in Lublin in eine Realunion umgewandelt wurde. Jagiełło, als König von Polen Władysław II. (1386-1434), der mit der heidnischen Mehrheit seines Volkes zum lateinischen Christentum übergetreten war, leitete eine nach Osten und Südosten ausgerichtete Politik ein, die bereits 1387 zur Lehnsabhängigkeit des Fürstentums Moldau führte.

Im Konflikt mit dem Deutschen Orden kam es nach dem Sieg des polnisch-litauischen Heeres bei Grunwald (Tannenberg) 1410 (Thorner Friede 1411) zu weiteren Kriegen (1419-22, 1431-35, 1454-66). Im 2. Thorner Frieden (1466) musste der militärisch und finanziell erschöpfte Orden auf Pommerellen mit Danzig, das Kulmer und Michelauer Land, auf Elbing und die Marienburg verzichten ("Königliches Preußen"). Das östliche Preußen mit Königsberg verblieb dem Deutschen Orden als polnisches Lehen. Nach erneuten Kämpfen nahm Ordenshochmeister Albrecht von Brandenburg-Ansbach 1525 das

säkularisierte, von der Reformation erfasste "Preußen herzoglichen Anteils" als Lehen. Durch die 1568 erfolgte Mitbelehnung der kurfürstlich-brandenburgischen Linie fiel das Herzogtum Preußen 1618 an Brandenburg und musste 1657 im Vertrag von Wehlau von Polen ganz aufgegeben werden.

Unter Kazimierz IV. Andrzej (1447-92) sicherte sich das jagiellonische Haus die böhmische Krone. Sein ältester Sohn Władysław wurde (1469/71) von den böhmischen Ständen berufen. Zwischen 1490 und 1526 kontrollierten die Jagiellonen den von Ostsee und Böhmerwald bis zum Schwarzen Meer reichenden ostmitteleuropäischen Staatengürtel, fanden sich aber der zunehmend ernster werdenden Bedrohung durch das aufstrebende Großfürstentum Moskau und die Osmanen ausgesetzt.

Die mit wenigen Unterbrechungen von 1478 bis 1533 dauernden Kämpfe gegen die von den Türken unterstützten Krimtataren führten zum Verlust der Schwarzmeerküste und zur Entlassung der Moldau aus polnischer Vasallität. Das von dem Moskauer Großfürsten Ivan III. betriebene "Sammeln russischer Erde" setzte auch sein Nachfolger Wassilij III. konsequent fort. Polen-Litauen verlor die reußischen Fürstentümer, darunter auch Smolensk.

Der zu einer Einheit zusammenwachsende polnisch-litauische Adel nutzte die häufigen außenpolitischen Verwicklungen dazu, dem jeweiligen Herrscher weitergehende Rechte abzurufen. Nach einer Habeas-Corpus-Akte (1430/33) wurde dem regionalen Kleinadel 1454 eine Mitwirkung an der Landesregierung zugestanden, die 1493 zur Einrichtung eines Zweikammersystems (Senat und Landbotenstube) führte. Nach 1505 musste der König den von gewählten Landboten gebildeten Reichstag im Zweijahresturnus zu sechswöchigen Kadenzen einberufen und seine Beschlüsse ausführen. Das 1538 verschärfte Monopol des adligen Grundbesitzes und die privilegierte soziale und politische Stellung der Schlachta ebneten den Weg zum Niedergang der Städte und zur Entrechtung und Ausbeutung der Bauern.

Unter den beiden letzten Jagiellonen Zygmunt I. (1506-48) und Zygmunt II. (1548-72) erlebte Polen auf staatsrechtlich-politischer, insbesondere aber auf literarisch-künstlerischem Gebiet sein "Goldenes Zeitalter". Die städtische Bevölkerung wurde früh von der lutherisch, Teile des Adels nach 1540 von der kalvinistisch geprägten Reformation erfasst. Nach der Union von Brest 1595/96 unterstellten sich viele Orthodoxe der geistlichen Autorität des Papstes ("Unierte"). Trotz der Erfolge der katholischen Gegenreformation herrschte seit der Warschauer Konföderation von 1573 für zwei Generationen eine beispielhafte religiöse Toleranz.

Wahlkönigtum, Adelsdemokratie, Magnatenoligarchie, Reformen und Untergang (1572-1795-1815)

Die Entscheidung, nach dem Aussterben der Jagiellonen im Mannesstamm (1572) eine Wahlmonarchie einzurichten und den gesamten Adel zur Wahl zuzulassen, führte zu einer weiteren Schwächung der königlichen Macht, festigte den Einfluss der Magnaten und beschleunigte die Ausprägung einer extrem adelsrepublikanischen Staatsform. Das seit 1652 respektierte Recht jedes Landboten, mit seinem Einspruch (Liberum veto) den Reichstag beschlussunfähig zu machen, erleichterte den an einer Schwächung Polens interessierten Nachbarmächten die direkte Einmischung. Weder Stefan IV. Batory (1575-86) noch die drei Könige aus dem schwedischen Haus Wasa (1587-1668) und der "Türkensieger" Jan III. Sobieski (1674-96) konnten dieser verhängnisvollen Entwicklung Einhalt gebieten, die unter den Wettinern (August II. der Starke, 1697-1706, 1709-33; August III. 1733-63) zur weiteren Lähmung der Staatsführung beitrug.

Während Moskau gegenüber bis 1619 einige Gebietsgewinne erzielt werden konnten und 1610-12 sogar die Übernahme des Zarenthrons möglich schien, leitete der Anschluss des von Bogdan Chmelnizki gegründeten Kosakenstaats an Russland (1654) den Verlust der Ukraine links des Dnjepr mit Kiew und ein zweites Mal den von Smolensk (Waffenstillstand von Andrussowo 1667) ein. Der seit 1601 aus dynastischen Gründen geführte verlustreiche Krieg gegen Schweden kulminierte 1655 im Ersten Nordischen Krieg, der im Frieden von Oliwa (1660) beendet wurde. In den häufigen Kämpfen mit dem Osmanischen Reich konnte bis 1699 wenigstens der Besitzstand gewahrt werden. Der Zweite

Nordische Krieg (1700-21) bot Zar Peter I. die Gelegenheit, den russischen Einfluss auf das erneut schwer betroffene Polen zu erweitern, das zum Spielball der Politik der Großmächte wurde.

Die Erkenntnis von der Unaufschiebbarkeit grundlegender Reformen löste nach der Wahl Stanisławs II. August Poniatowski (1764-95) erste Reformmaßnahmen aus, die von den von Russland und Preußen unterstützten Gegnern in der Konföderation von Bar (1768-72) bekämpft wurden. Dieser Bürgerkrieg bot den 1772 den Anlass zur 1. Teilung Polens durch Preußen, Österreich und Russland. Der Druck zur inneren Reform wurde größer. Mit dem "Immerwährenden Rat" (1775) und der "Nationalen Erziehungskommission" (1773) erhielt Polen beispielhafte Verwaltungs- und Bildungseinrichtungen. Ein "Vierjähriger Sejm" (1788-92) verabschiedete am 3. Mai 1791 – zwei Jahre vor der Verabschiedung der französischen Verfassung – die erste geschriebene Verfassung Europas, die mit der Abschaffung der freien Königswahl und des Liberum veto dem grundbesitzenden Adel und den Städtern politische Mitwirkungsrechte übertrug.

Dagegen unterstützte Zarin Katharina II. die Adelsreaktion, die sich 1792 in der Konföderation von Targowica zusammenschloss und mit russischer Waffenhilfe die Reformpartei zur Zurücknahme der Mai-Verfassung zwang. Ihre Intervention ließen sich Russland und Preußen in der 2. Teilung Polens 1793 mit litauischen, weißrussischen und ukrainischen Woiewodschaften bzw. Großpolen, Danzig und Thorn honorieren. Ein von Tadeusz Kościuszko geführter allgemeiner Volksaufstand brach nach der Niederlage von Maciejowice im Oktober 1794 zusammen. Das restliche Polen wurde in der 3. Teilung Polens 1795 unter Russland, Preußen und Österreich aufgeteilt und verschwand von der politischen Landkarte Europas.

Für Polen begann der Aufbruch Europas ins nationale Zeitalter, wie das 19. Jahrhundert wiederholt bezeichnet worden ist, mit der schmerzhaften Erfahrung des Verlustes staatlicher Eigenständigkeit.

Die kurzzeitige Hoffnung, durch den Einsatz einer von Jan Dąbrowski in Italien aufgestellten Legion Kaiser Napoleon I. zur Wiederherstellung der polnischen Eigenstaatlichkeit bewegen zu können, verflüchtigte sich rasch. Auf dem Wiener Kongress 1814/15 wurde von den großen Nachbarmächten die Wiederherstellung eines unabhängigen Polen verhindert. Ein aus den polnischen Zentralgebieten gebildetes "Königreich Polen" (Kongresspolen) wurde in Personalunion Russland unterstellt.

Nation ohne Staat

Die nun folgende russische Willkürherrschaft löste in Kongresspolen im Laufe des 19. Jahrhunderts (1830/31, 1863) Aufstände aus. Die Besatzungsmacht reagierte mit rigorosen Strafmaßnahmen und mit einer Russifizierungspolitik, welche die Sonderstellung des Königreichs bis 1874 fast völlig aufhob. Die preußischen Behörden verschärften nach der Reichsgründung 1871 den Kulturkampf gegen das Polentum in Posen/Westpreußen. Die Konfrontation der Teilungsmächte im Ersten Weltkrieg und die bolschewistische Revolution in Russland 1917 setzten die "polnische Frage", die Wiedererrichtung eines polnischen Staatswesens, auf die Tagesordnung der europäischen Politik. Am 5. November 1916 ließen die Kaiser Deutschlands und Österreich-Ungarns in Warschau die Errichtung eines Regentschaftskönigreichs Polen bekanntgeben. Sein Territorium blieb nach dem Willen der Mittelmächte beschränkt auf das russische Teilungsgebiet ("Kongresspolen"). Anstelle eines Königs fungierte auf dem nichtsoveränen Gebiet ein dreiköpfiger Regentschaftsrat. Während US-Präsident Woodrow Wilson am 22. Januar 1917 vor dem US-Senat für ein geeinigtes, unabhängiges und selbstständiges Polen plädierte, verweigerte Russland unter Führung der Bolschewiki der neuen Regentschaftsmonarchie die Anerkennung mit der Begründung, der polnische Staat sei nicht selbstständig und seine Regierung nicht rechtmäßig. Die Niederlage des deutschen Kaiserreichs und des Habsburgerreiches ebnete schließlich den Weg zu einem unabhängigen polnischen Staat. Nach der deutschen Kapitulation dankte der Regentschaftsrat zugunsten von Józef Piłsudski (1867-1935) ab. Der Führer der gemäßigten Sozialisten konnte am 11. November 1918, zugleich politisch unterstützt von den Westmächten, als "Vorläufiger Staatschef" die vollziehende Gewalt in dem bis dahin von deutschen Truppen besetzten Warschau übernehmen. Polen hatte nach 123 Jahren Fremdherrschaft wieder die Selbstständigkeit errungen.

Deutschland und Polen

Von Dieter Bingen

10.2.2009

Prof. Dr. Dieter Bingen ist Direktor des Deutschen Polen Instituts. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören: Polnische Zeitgeschichte und Politik, Politisches System Polens, Politische Systeme und Systemtransformation in Ostmittel- und Südosteuropa, Deutsch-polnische Beziehungen sowie Integrationspolitik in Europa.

In den ersten zwei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg gab es keine offiziellen Kontakte zwischen der Bundesrepublik und Polen. Die Erblast der kurz zurückliegenden NS-Herrschaft in Europa und das aktuelle politische Konfliktpotenzial schienen lange Zeit als unüberwindliche Hindernisse für eine Annäherung.

Neubeginn unter schlechten Sternen (1919-1939)

Nach der Erlangung der Unabhängigkeit erhielt Polen im Versailler Vertrag von 1919 fast das gesamte ehemalige Großherzogtum Posen und weite Teile Westpreußens links der Weichsel zugesprochen. In strittigen Gebieten um Allenstein, Marienwerder und in Oberschlesien wurden Volksabstimmungen abgehalten, als deren Ergebnisse die südlichen Gebiete Ostpreußens und westpreußische Gebiete bei Deutschland blieben und Oberschlesien zwischen Deutschland und Polen geteilt wurde. Danzig wurde als "Freie Stadt" unter das Protektorat des Völkerbunds gestellt. Die Grenzziehungen belasteten das deutsch-polnische Verhältnis von Anfang an. Die Weimarer Republik verweigerte eine von Piłsudski gewünschte Normalisierung der Beziehungen und forderte eine größere Grenzrevision und militärische Gleichberechtigung. Die zwischen Deutschland und der Sowjetunion 1922 in Rapallo besiegelte politische Verständigung verursachte in Polen größte Beunruhigung ("Rapallo-Komplex"). Die UdSSR und das nationalsozialistische Deutschland nutzten ihre jeweiligen Nichtangriffsverträge mit Polen (25.7.1932 bzw. 26.1.1934) nur als Atempause auf dem Weg zur Revision der Versailler Friedensordnung.

Der deutsche Diktator Adolf Hitler drängte nach dem "Anschluss" Österreichs und der Zerstückelung der Tschechoslowakei auf eine Regelung der Danzig- und Korridorfrage zugunsten Deutschlands als Ausgangspunkt für eine Politik, die Polen zu einem Vasallenstaat des Reichs degradieren sollte. Die Zurückweisung der Forderungen des nationalsozialistischen Deutschland und die britische Garantieerklärung für die "nationale Integrität" Polens am 31. März 1939 nahm Hitler zum Anlass, im April den Befehl zur Vorbereitung eines Angriffskriegs zu geben und am 28. April den Nichtangriffspakt aufzukündigen. Ein am 23. August unterzeichneter deutsch-sowjetischer Nichtangriffsvertrag ("Hitler-Stalin-Pakt") sah in einem geheimen Zusatzprotokoll die Aufteilung Polens zwischen dem Dritten Reich und der Sowjetunion vor. Mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 löste Hitler den Zweiten Weltkrieg aus.

Polen im 2. Weltkrieg (1939-1945) – deutsche Besatzungspolitik

Nach dem schnellen Vorstoß der deutschen Truppen und dem Einfall der Roten Armee in Ostpolen am 17. September kapitulierten die letzten polnischen Verbände am 5. Oktober. Deutsch-sowjetische Verhandlungen führten am 28. September zu einem Grenz- und Freundschaftsvertrag, der die Demarkationslinie der Invasoren entlang dem Fluss Bug festlegte.

Der Westen Polens war seit September 1939 ganz in deutscher Hand. Hitler begann hier ohne Rücksicht mit der Umsetzung der nationalsozialistischen "Lebensraum-Politik" in den mit dem Reich vereinigten westlichen Gebieten ("Eingegliederte Ostgebiete") Polens, während der östliche Teil, d.h. die Mitte Polens, als "Generalgouvernement" ein "Nebenland" des Deutschen Reichs wurde.

Die "NS-Lebensraum- und Volkstumspolitik" forderte schon im Herbst 1939 zehn bis zwanzigtausend Menschenleben unter der polnischen Führungsschicht, darunter zahlreiche katholische Geistliche. Es folgten erste Vertreibungs- und Umsiedlungsaktionen. Bis zum deutschen Angriff auf die Sowjetunion (22.6.1941) wurden 365 000 Polen aus den eingegliederten Ostgebieten deportiert, die Versklavungspolitik gegenüber den Polen nahm entsprechend dem Programm der Neuordnung des europäischen Ostens und des antislawischen Rassismus der NS-Ideologie ihren unerbittlichen Lauf. Aus dem Generalgouvernement gingen etwa 1 Mio. Polen, teils um weiterer wirtschaftlicher Verelendung zu entgehen, teils gezwungen, als "Fremdarbeiter" nach Deutschland. Nach der Eroberung der bisher sowjetisch besetzten ostpolnischen Gebiete im Sommer 1941 wurde auch dort (Zamo u.a.) mit einem Vertreibungs- (betr. Polen) und Ansiedlungsprogramm (betr. Volksdeutsche) begonnen, das aber wegen des starken Widerstands der polnischen Landbevölkerung Ende 1943 aufgegeben werden musste.

In den eingegliederten Ostgebieten und im Generalgouvernement erstrebte das nationalsozialistische Deutschland die vollständige Vernichtung der jüdischen Bevölkerung Europas. Dies versuchte Hitler durch das System der Konzentrations- und Vernichtungslager, die vor allem im besetzten Polen eingerichtet wurden. Dort wurden ca. 4,5 Mio. Juden aus dem deutschen Machtbereich ermordet. Die brutale deutsche Besatzungspolitik löste eine immer weitere Bevölkerungskreise erfassende Bereitschaft zum Widerstand im Untergrundkampf aus. Dessen bewaffneter Arm, die "Heimatarmee" (Armia Krajowa) wuchs bis Ende 1943 auf 350 000 Mann. Im April 1943 schlug die deutsche Besatzungsmacht den verzweifelten Aufstand im Warschauer Ghetto blutig nieder, der den Abtransport der letzten 60 000 Juden aus Warschau in die Vernichtungslager aufhalten sollte. Die Heimatarmee löste am 1. August 1944 einen Aufstand in Warschau aus, um die sowjetischen Truppen auf dem Weg nach Westen als legitime polnische Macht empfangen zu können. Der Aufstand wurde bis zum 2. Oktober von der deutschen Besatzungsmacht niedergeschlagen, Warschau in Schutt und Asche gelegt.

Das am 1. Januar 1945 in "Provisorische Regierung" umbenannte von Kommunisten dominierte "Lubliner Komitee" übernahm nach der Befreiung Polens die Herrschaft und zugleich die Verwaltung im südlichen Ostpreußen, in Danzig, Pommern, im östlichen Brandenburg und in Schlesien. Die Potsdamer Konferenz unterstellte (17.7.-2.8.1945) die deutschen Ostgebiete jenseits der Oder und Lausitzer Neiße sowie das südliche Ostpreußen und Danzig (103 000 qkm) polnischer Verwaltung. Polen musste endgültig auf 180 000 qkm östlich der Curzon-Linie zugunsten der Sowjetunion verzichten. Die Folge der territorialen und politischen Neuordnung waren Flucht, Vertreibung und Umsiedlung von 7 Millionen Deutschen aus den Ostprovinzen östlich von Oder und Lausitzer Neiße und rund 1,5 Mio. Polen aus den sowjetisch gewordenen polnischen Ostgebieten.

In den Fängen der Vergangenheit und der Doktrinen

In den ersten zwei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg wurden keine offiziellen Kontakte zwischen dem westdeutschen Staat und Polen geknüpft. Erst 1972 nahmen Bonn und Warschau diplomatische Beziehungen miteinander auf. Die Erblast der kurz zurückliegenden NS-Herrschaft in Europa und deren Folgen und das aktuelle politische Konfliktpotenzial schienen lange Zeit als unüberwindliche Hindernisse für eine Annäherung. Auf beiden Seiten gab es eine Vielzahl von Gründen für diesen Zustand. Das schwierigste Problem stellte die Grenzfrage dar. Der erste deutsche Bundeskanzler, Konrad Adenauer, akzeptierte die Festlegung der deutsch-polnischen Grenze an Oder und Neiße nicht, weil sie von einer überwältigenden Mehrheit der bundesdeutschen Gesellschaft, nicht nur von den Vertriebenen, in den 1950er Jahren nicht akzeptiert wurde.

Die polnische Gesellschaft, nicht nur die regierenden Kommunisten, war dagegen der Auffassung, dass diese Frage während der Potsdamer Konferenz endgültig geregelt worden sei. Das Beharren auf den Potsdamer Beschlüssen vom August 1945 war für Polen nicht nur eine Sache der Staatsräson oder Entschädigung für die Kriegsverluste durch die deutsche Besatzungsherrschaft. Diese Frage hatte vielmehr eine existentielle Bedeutung für den polnischen Staat, nachdem die Sowjetunion die polnischen Gebiete jenseits des Bugs 1939 besetzt hatte. Vom polnischen Vorkriegsterritorium fand sich nurmehr die Hälfte in den neuen Grenzen wieder. Die aus dem Osten zwangsumgesiedelten Polen wurden in den so genannten "wiedergewonnenen Gebieten" angesiedelt, deren deutsche Bevölkerung zuvor zum größten Teil ebenfalls vertrieben worden war. Auch die polnischen Vertriebenen hatten das Gefühl, das ihnen Unrecht widerfahren war, auch sie hatten ihre Heimat verloren und sie mussten – ähnlich wie die deutschen Vertriebenen – ihr Leben neu aufbauen.

Politik der vorläufigen Normalisierung

Die Unterzeichnung des "Vertrags über die Grundlagen der Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen" war erst 25 Jahre nach Weltkriegsende möglich. Anlässlich der Unterzeichnung dieses Vertrags am 7. Dezember 1970 hielt sich der damalige Bundeskanzler Willy Brandt in Warschau auf und kniete vor dem Denkmal für die Opfer des Warschauer Ghettoaufstands im April 1943 nieder. Diese mutige Tat wurde als ein symbolischer Akt der Reue für die deutschen Verbrechen auch an den nicht jüdischen Polen empfunden. Die Folge der Vertragsunterzeichnung war die Belebung der kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und zwischenmenschlichen Kontakte. Zehntausende Deutsche aus der Bundesrepublik besuchten erstmals Polen. Und die Einführung des visafreien Reiseverkehrs zwischen der DDR und Polen am Anfang der 1970er Jahre eröffnete auch für eine gewisse Zeit – bis zu einer erneuten Einschränkung der Reisemöglichkeiten – die Möglichkeiten für zehntausende Begegnungen aus beiden Staaten.

Von einer wirklichen Wende in den westdeutsch-polnischen Beziehungen kann man jedoch erst in den 1980er Jahren sprechen. Diese Dekade begann mit der Geburt der Gewerkschaft "Solidarno" in Polen. Nach deren Zerschlagung durch die Kommunisten wurden die politischen Emigranten aus Polen auch in der Bundesrepublik großzügig und gastfreundlich aufgenommen. Sie konnten dort ihre politische Tätigkeit fortsetzen und ihre Schriften veröffentlichen. Diese Gastfreundschaft erinnerte an die Zeit der sogenannten Polenbegeisterung in Deutschland in den 30er und 40er Jahren des 19. Jahrhunderts, in der die liberalen Gruppen den Unabhängigkeitskampf der Polen lebhaft unterstützten.

Die karitative deutsche Hilfe (Polen-Pakete) in den 1980er Jahren spielte für Polen eine sehr große psychologische Rolle, vor allem für die Kriegsgeneration der Polen.

Als Erfolg wurde von der Warschauer Regierung die Unterzeichnung des Vertrags mit der DDR im Juli 1950 empfunden, der die Oder-Neiße-Grenze als deutsch-polnische Friedensgrenze anerkannte und den die SED-Führung auf Druck Moskaus abschloss.

Vom Umbruch zum Durchbruch

Der Zusammenbruch des kommunistischen Systems schuf neue Voraussetzungen für einen grundsätzlichen politischen Ausgleich zwischen Deutschland und Polen sowie für eine gesellschaftliche Verständigung.

Im Herbst 1989 verkündete die neue demokratische Regierung Polens einen Umbruch in den deutsch-polnischen Beziehungen. Premier Mazowiecki plädierte in seiner Regierungserklärung für "eine echte Aussöhnung, die dem Rang der zwischen Deutschen und Franzosen bereits herbeigeführten entspreche". Zum Symbol des Neuanfangs in den deutsch-polnischen Beziehungen wurde die Versöhnungsmesse auf Gut Kreisau in Schlesien, an der Polens Premierminister Tadeusz Mazowiecki und der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl während seines offiziellen Polenbesuchs am 12. November 1989 teilnahmen. Zur selben Zeit gingen die Ostberliner auf die Straßen und begannen, die Berliner Mauer zu durchlöchern.

Mit dem sechs Wochen nach der Wiedervereinigung abgeschlossenen deutsch-polnischen Grenzvertrag vom 14. November 1990 wurde das Ende der Nachkriegszeit im deutsch-polnischen Verhältnis völkerrechtlich endgültig besiegelt. Das Fundament für eine deutsch-polnische Nachbarschaft und Partnerschaft in einem sich neu integrierenden Europa war geschaffen. Der nächste Schritt war die Unterzeichnung des Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991, der den Rahmen für die Zusammenarbeit in den nachfolgenden Jahren bestimmte und bis heute bestimmt. Er regelte auch das Problem der Rechte der deutschen Minderheit, belebte den Austausch auf allen Feldern und schuf die Grundvoraussetzungen für die aktive Unterstützung der europäischen Hoffnungen Polens durch Deutschland.

Die "goldenen" 1990er Jahre

Erstmals ergab sich die Chance einer politischen Allianz zwischen einem vereinigten demokratischen Deutschland und einem außenpolitisch souveränen und demokratischen Polen. Tatsächlich entwickelte sich das deutsch-polnische Verhältnis in den 1990er Jahren so vielfältig und intensiv wie nie zuvor in der neuzeitlichen politischen Beziehungsgeschichte zwischen den beiden Nationen. Auf den Partnerschaftsvertrag folgte eine größere Anzahl von bilateralen Abkommen. Der Besuchsaustausch zwischen Deutschland und Polen auf Regierungs- und Parlamentarierbene vom Bund bis zu den Kommunen war seit Anfang der 1990er Jahre bemerkenswert intensiv. 1991 wurde die trilaterale Kooperation ("Weimarer Dreieck") zwischen Deutschland, Frankreich und Polen aufgenommen. Besonders intensiv entwickelte sich die Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, aber auch im militärischen Bereich. Schließlich fand Polen in Deutschland den stärksten europäischen Fürsprecher eines polnischen NATO-Beitritts.

Flucht und Vertreibung der Deutschen nach 1945 wurden zu einem Gegenstand intensiver Forschung – vor allem in Polen – und zu einem gemeinsamen lieu de mémoire von Deutschen und Polen. Der Schüler- und Jugendaustausch, vor allem auch über das seit 1991 tätige Deutsch-Polnische Jugendwerk, entwickelte sich schon bald zu einer Erfolgsgeschichte.

Nach dem NATO-Beitritt Polens und dem Beitritt zur Europäischen Union am 1.5.2004 entstanden neue Herausforderungen, wie mit der "deutsch-polnischen Interessengemeinschaft in Europa" (Außenminister Krzysztof Skubiszewski im Februar 1990) umzugehen sei.

Neue Herausforderungen in diesem Jahrzehnt

In der medialen Öffentlichkeit wurden die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen in den letzten Jahren ganz besonders stark durch folgende Themenkomplexe fokussiert: den Irak-Konflikt, in dem Berlin und Warschau unterschiedliche Positionen vertraten; die europäische Verfassungsdebatte und die Auseinandersetzungen um die Stimmengewichtung in der EU; die Debatte um ein "Zentrum gegen Vertreibungen" und das deutsch-russische Ostseepipeline-Projekt.

Ungeachtet der zwischenzeitlichen Erkaltung der politischen Beziehungen in der Zeit der rechts-konservativen PiS-Regierung (2005-2007) haben sich die Beziehungen zwischen Deutschen und Polen auf der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Ebene kontinuierlich weiter entwickelt, wobei der Nachholbedarf bei der Wahrnehmung des östlichen Nachbarn in Deutschland weiterhin groß ist. Es hat sich in den letzten zwanzig Jahren stabilisierend ausgewirkt, dass sich die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Polen zunehmend zu einem zivilgesellschaftlichen Projekt entwickelt hat, das sogar korrigierend auf Politik einwirken kann. Die Niederlage der konservativ-katholischen PiS im Herbst 2007 war nicht zuletzt auf die Unbeliebtheit der konfrontativen Politik des Ministerpräsidenten Jaroslaw Kaczynski gegenüber Deutschland zurückzuführen.

Vorreiter des Umbruchs im Ostblock

Von der Solidarno zum Kriegsrecht (1980-1981)

Von Dieter Bingen

10.2.2009

Prof. Dr. Dieter Bingen ist Direktor des Deutschen Polen Instituts. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören: Polnische Zeitgeschichte und Politik, Politisches System Polens, Politische Systeme und Systemtransformation in Ostmittel- und Südosteuropa, Deutsch-polnische Beziehungen sowie Integrationspolitik in Europa.

Solidarno , "Solidarität", hieß die polnische Gewerkschaft, die 1980 aus der Streikbewegung hervorging. Schon im November 1980 waren von den 16 Mio. Werktätigen Polens rund 10 Mio. der Solidarno beigetreten. Sie hatte entscheidenden Einfluss auf die politische Wende in Polen, auf das Ende des Kommunismus.

Nach der großen Streikbewegung im Juli/August dokumentierte die am 31. August 1980 von dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Mieczysław Jagielski und Streikführer Lech Wałęsa geschlossene Vereinbarung von Danzig (die in leicht abgeänderter Form auch in Stettin und zwischen der Regierung und den oberschlesischen Bergarbeitern in Jastrzębie unterzeichnet wurde) ein weitgehendes Zurückweichen der herrschenden Partei PZPR (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei). Erstmals wurden in einem kommunistischen Land unabhängige Gewerkschaften anerkannt, das Streikrecht und der Zugang zu den Massenmedien eingeräumt.

Innerhalb weniger Wochen verlor die Partei die direkte Kontrolle über mehr als 90 Prozent der organisierten Arbeiter und damit ihre Legitimationsbasis als "führende Kraft" beim Aufbau des Sozialismus in Polen. Das Protokoll der Vereinbarungen von Danzig wurde in der Folgezeit zum Bezugsrahmen der sich im Lande immer weiter ausbreitenden Gewerkschaftsbewegung. Im November 1980 waren von den 16 Mio. Werktätigen Polens rund 10 Mio. der Solidarno beigetreten. Unter den Mitgliedern waren über eine Million Mitglieder der PZPR.

Große Konflikte zwischen der Solidarno und der PZPR in den zwölf Monaten zwischen der Unterzeichnung der Vereinbarungen in Stettin, Danzig und Jastrzębie und dem ersten Landeskongress der Gewerkschaft im September/Oktober 1981 machten deutlich, dass sich die Staats- und Parteiorgane keineswegs mit einer unabhängigen Gewerkschaft abgefunden hatten.

Die von der Parteiführung als herausfordernd empfundene Haltung der neuen Gewerkschaftsbewegung wurde durch die Lähmung des alten Partei- und Staatsapparats gefördert. Zwar war Parteichef Gierek am 5. September 1980 durch den bisherigen ZK-Sekretär für Sicherheit, Stanisław Kania, abgelöst und eine Erneuerung in der Partei gefordert worden, aber weder PZPR noch Regierung konnten ein überzeugendes Reformprogramm für die Wirtschaft und die politische Mitbestimmung der Gesellschaft entwickeln. Der erst im August 1980 ernannte Ministerpräsident Józef Piłsudski trat im Februar 1981 zurück. Sein Nachfolger wurde General Wojciech Jaruzelski, der den Posten des Verteidigungsministers (seit 1968) und den Oberbefehl über die Streitkräfte beibehielt. Stellvertretender Ministerpräsident wurde der als liberal geltende Publizist und Politiker Mieczysław Rakowski.

Der Mordanschlag auf Papst Johannes Paul II. in Rom am 13. Mai 1981, der Tod des hochangesehenen Primas von Polen, Erzbischof Stefan Kardinal Wyszyński, am 28. Mai und der Drohbrief des ZK der KPdSU an die Führung der PZPR vom 5. Juni, in dem mit Konsequenzen für den Fall gedroht wurde, dass die Partei sich nicht in der Lage sähe, die sogenannte "Doppelherrschaft" (PZPR – Solidarno) zu bewahren, waren weitere Faktoren, die die politische Wende in Polen beschleunigten.

zu beenden, führten zu einer weiteren Destabilisierung der Lage.

Dazu kamen die inneren Auseinandersetzungen in der Solidarno über die Ziele und Taktik der Gewerkschaft. In der Solidarno und im Kreis der Berater und Experten trafen zwei verschiedene Ansichten aufeinander: Nach der einen sollte die Gewerkschaft eher eine sozial- und wirtschaftspolitisch orientierte Arbeitnehmerorganisation sein, nach der anderen eher eine gesellschaftlich-politische Bewegung mit einer demokratischen Mission. Die Eigengesetzlichkeit der Entwicklung führte dazu, dass die zweite Vorstellung sich durchsetzte und zugleich das vorläufige Scheitern der Bewegung heraufbeschwor. Auf dem ersten Landeskongress in Oliwa bei Danzig im September 1981 erregte eine Solidarno -Botschaft an die Arbeiter in den sozialistischen Bruderstaaten großes Aufsehen und den wütenden Protest der kommunistischen Nachbarn.

Im Oktober 1981 übernahm Ministerpräsident und Verteidigungsminister Jaruzelski auch das Amt des Ersten Sekretärs des ZK der PZPR. Immer offener wurde von der Parteiführung mit einem gesetzlichen Streikverbot gedroht. Das politische Klima verschärfte sich in den Novemberwochen zusehends. Am 12. Dezember kündigte die Gewerkschaftsführung in Danzig an, sie werde für den Fall, dass in der für den 15. und 16. Dezember einberufenen Sejmsitzung der Regierung Sondervollmachten erteilt würden, am 17. Dezember einen nationalen Protesttag durchführen. Gleichzeitig verlangte sie eine Volksabstimmung über das Vertrauen in die Regierung innerhalb der nächsten zwei Monate.

Am 13. Dezember 1981 verhängte Ministerpräsident und Parteisekretär General Jaruzelski über Polen das Kriegsrecht und setzte einen von ihm geleiteten "Armeerat der nationalen Errettung" (WRON) ein. Wał sa und andere Mitglieder der Solidarno sowie eine große Zahl von Intellektuellen und Aktivisten der Gewerkschaft und anderer Verbände wurden interniert, aber auch ehemalige Staats- und Parteifunktionäre, u.a. der Ex-Parteisekretär Gierek. In einer in der Sowjetunion gedruckten Proklamation und in einer Rundfunkansprache rechtfertigte Jaruzelski die Verhängung des Kriegsrechts mit Umsturzplänen der Solidarno, die "Anarchie, Willkür und Chaos" und einen Bürgerkrieg heraufbeschworen hätten.

Der gescheiterte Versuch einer "Normalisierung" und Liberalisierung ohne Demokratisierung (1982-1988)

Der Einsatz der Sicherheitskräfte unter dem politischen Schirm der Armee erwies sich als die letzte Möglichkeit für das Personal des realsozialistischen Systems, seine Machtposition zu behaupten. So übernahm die Armee weitgehend die Aufgaben, für die unter "normalen" Bedingungen die PZPR zuständig war. Nach Aufhebung des Kriegsrechts (22.7.1983) stabilisierte General Jaruzelski durch die Personalunion von Erstem Sekretär des ZK der PZPR, Regierungschef und Oberbefehlshaber der polnischen Armee seine herausragende Position im Machtgefüge. Nach der grausamen Ermordung des oppositionellen Priesters Jerzy Popiełuszko im Oktober 1984 übernahm er selbst die oberste Verantwortung und Kontrolle über den Sicherheitsapparat.

Neben dem Kampf gegen ideologische Gegner in den Parteireihen und in der Gesellschaft widmete sich die Jaruzelski-Führung einer neuen Politik, die Wege suchte, die Nichtkommunisten für sich zu gewinnen, freilich nicht die politische Opposition (wie z.B. den Solidarno -Untergrund). Die katholische Hierarchie mit dem Primas, Erzbischof Józef Kardinal Glemp, an der Spitze spielte bei den demonstrativ herausgestellten Dialog- und Verständigungsangeboten eine Schlüsselrolle. Hauptziel der Politik war die politische Neutralisierung der katholischen Kirche.

Wichtigstes Forum der von der Jaruzelski-Führung deklarierten Verständigung sollte die 1982 geschaffene "Patriotische Bewegung der nationalen Wiedergeburt" (PRON) sein, die 1983 offiziell die seit den 50er Jahren bestehende "Front der Nationalen Einheit" (FJN) ablöste. In ihr waren alle legalen politischen und gesellschaftlichen Organisationen vertreten. Der Umfang des politischen "Dialogs", der von der Jaruzelski-Führung in der Übergangszeit bis zum Beginn von "Glasnost" und "Perestrojka" in der Sowjetunion angeboten wurde, reichte weit über das hinaus, was die Parteiführungen in den

anderen sogenannten "realsozialistischen" Staaten ihren Gesellschaften zu bieten hatten. Die Ausweglosigkeit der politisch-gesellschaftlichen Lage in Polen lag aber in der ersten Hälfte der 1980er Jahre darin, dass sich die polnische Gesellschaft, soweit sie sich politisch artikuliert, in ihren Vorstellungen nicht von Vergleichen mit den Nachbarstaaten leiten ließ, sondern die Unreformierbarkeit des real existierenden Sozialismus in Polen konstatierte.

Die meisten Arbeiter waren von Anfang an skeptisch gegenüber den Erfolgsaussichten einer Wirtschaftspolitik ohne Dialog mit authentischen Gewerkschaften und boykottierten durch ihre Passivität die Umsetzung von angekündigten Wirtschaftsreformen. Darüber hinaus war die Solidarno mit der Verabschiedung des Gewerkschaftsgesetzes am 8. Oktober 1982 verboten worden. Seit 1982 auf Betriebsebene von der PZPR initiierte neue Gewerkschaften suchten nach einem unabhängigen Profil, wurden aber von einem Großteil der Arbeiter abgelehnt.

Jaruzelski hatte bis zum 10. Parteitag der PZPR (29.6.-3.7.1986) seine Position gegenüber innerparteilichen Gegnern seines "mittleren" Kurses in der Innenpolitik ausgebaut. Der Parteikongress sollte dem Prozess der "sozialistischen Erneuerung" neue Impulse geben. Das politische Angebot fand seinen Niederschlag in der überraschenden Freilassung aller politischen Gefangenen nach der am 17. Juli 1986 verkündeten Amnestie. Im Dezember 1986 wurde von Jaruzelski ein "Konsultativrat beim Staatsratsvorsitzenden" einberufen. Darunter waren auch von der demokratischen Opposition respektierte Persönlichkeiten, die jedoch von dieser kein Mandat besaßen.

Weitere Anzeichen für eine Öffnung der Innenpolitik waren die liberalere Kulturpolitik unter dem neuen Kulturminister Aleksander Krawczuk und die Bestellung einer Bürgerrechtsbeauftragten/Ombudsman (November 1987) beim Sejm. Die innenpolitische Liberalisierung vollzog sich jedoch zu langsam, als dass sie die Verschärfung der sozioökonomischen Situation der Gesellschaft auffangen konnte. Die im Herbst 1986 angekündigte zweite Phase der Wirtschaftsreform brachte keine durchgreifende Verbesserung der Versorgungslage und wurde von der Bevölkerung vor allem als inflationstreibende Preispolitik erfahren. In einem Referendum im November 1987 verfehlte das von der Regierung vorgestellte Programm einer Wirtschaftsreform und politischer Reformen die erforderliche absolute Mehrheit der Wahlberechtigten.

Nach dieser politischen Niederlage, den Streiks im April/Mai 1988, der geringen Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen im Juni 1988 und der zweiten Streikwelle im August 1988 machte sich in der Warschauer Führung die Einsicht breit, dass ohne direkte politische Entscheidungsfreiheit der Gesellschaft ein Ausweg aus der Dauerkrise nicht zu finden war. Die Gruppe um Jaruzelski befürchtete ganz einfach, in kürzester Frist nicht mehr Herr der Lage zu sein und den chaotischen Verhältnissen nicht mehr Einhalt gebieten zu können. Die Idee des "Runden Tisches" wurde geboren. Mit dem "Runden Tisch" in Polen wurde eine Institutionalisierung des evolutionären Systemwechsels vom realen Sozialismus zur pluralistischen Demokratie gefunden, die eine Vorbildfunktion für vergleichbare politische Prozesse in den Ländern Mittel- und Südosteuropas, die DDR eingeschlossen, übernehmen sollte. Für den historisch präzedenzlosen Systemwechsel mussten entsprechende Foren gefunden werden, für die in den sozialistischen Verfassungen kein Platz war und die einen ausgesprochen vorübergehenden Charakter hatten. Aber ungeachtet ihrer fehlenden verfassungsrechtlichen Verwurzelung übernahmen sie eine quasi gesetzgebende Funktion, auch wenn entsprechende Vereinbarungen noch vom formellen Gesetzgeber, dem Parlament, ratifiziert werden mussten.

Vom Konzept des "Runden Tisches" zur parlamentarischen Demokratie (1988-1989)

Nach dem grünen Licht des 10. ZK-Plenums der PZPR im Januar 1989 kam es dann zu den historischen Verhandlungen am "Runden Tisch" vom 6. Februar bis 5. April 1989 zwischen Vertretern der "Regierungskoalition"-Seite (PZPR, ZSL, SD, drei im Sejm vertretene christliche Gruppierungen, OPZZ) und der "Oppositions-Solidarno"-Seite über einen "historischen Kompromiss", der das Machtmonopol der PZPR endgültig beseitigen sollte. Nicht beteiligt an den Gesprächen waren Vertreter der Fundamentalopposition, die eine Diskussion mit den Vertretern des alten Systems grundsätzlich ablehnten. Am "Runden Tisch" wurden Abmachungen getroffen, die das politische und institutionelle System Polens grundlegend verändern sollten. Schon vor der Unterzeichnung der Ergebnisprotokolle wurden dem Sejm am 22. März Verfassungsänderungen und Gesetzesnovellierungen zugeleitet: Es handelte sich um die Änderung der Wahlordnung für die vorgezogenen Sejmwahlen im Juni 1989, die Einführung des Senats als zweite Kammer und des Präsidentenamtes, die Einführung des Gewerkschaftspluralismus und ein weitgehend liberalisiertes Vereinsrecht.

Das Ergebnis der eigentlichen Verhandlungen wurde in drei Protokollen über die politischen Reformen, den Gewerkschaftspluralismus und die Wirtschafts- und Sozialpolitik zusammengefasst. Das Protokoll über politische Reformen sah die schrittweise Einführung der vollen Volkssouveränität vor. Das im Juni zu wählende Zweikammerparlament (Sejm, Senat) wurde verpflichtet, eine neue demokratische Verfassung und ein neues demokratisches Wahlrecht auszuarbeiten. Polen befand sich nun in einer Phase permanenter Evolution oder einer "Revolution Schritt für Schritt", die von den Wählern am 4. Juni und in den Stichwahlen am 18. Juni 1989 weiter beschleunigt wurde und den Systemwandel schneller als von beiden Seiten des "Runden Tisches" bis dahin erwartet, zum Systemwechsel mutierte. Die Wahlen wurden zwar nur als halbfrei bezeichnet, weil im Sejm nach der am "Runden Tisch" vereinbarten Mandatsaufteilung 65 Prozent der Sejmsitze an die bisherige Regierungskoalition fallen und so genannte "unabhängige" Kandidaten um 35 Prozent der Abgeordnetensitze konkurrieren sollten. Die Wahlen zum Senat, einer Art Länderversammlung, waren völlig frei, damit war er die erste frei gewählte polnische Abgeordnetenversammlung nach 1945.

Eine aus Sejm und Senat gebildete Nationalversammlung sollte mit absoluter Mehrheit auf sechs Jahre den Präsidenten wählen. Am "Runden Tisch" hatte es ein stillschweigendes Einverständnis darüber gegeben, dass General Jaruzelski der einzige Kandidat für das Präsidentenamt sein würde. Beide Seiten gingen im April 1989 noch davon aus, dass die Mehrheitsverhältnisse in der Nationalversammlung und die Loyalität der Abgeordneten der Regierungskoalition so unbestritten sein würden, dass es beim Wahlvorgang einer Zustimmung der Opposition nicht bedurft hätte.

Aber alles kam ganz anders als erwartet. Nach den zwei Runden zu den Parlamentswahlen am 4. und 18. Juni wurde ein eindrucksvoller Sieg der Opposition verzeichnet. Von den insgesamt 261 Kandidaten des "Bürgerkomitees", 161 für den Sejm = 35% der Sitze und 100 für den Senat war nur ein einziger Senatskandidat durchgefallen. Von 100 Senatoren waren 99 Mitglieder der Liste von Lech Walesa. Die bisherige Regierungskoalition, der 299 Sitze im Sejm zugefallen waren, zerbrach während der Verhandlungen über die Regierungsbildung. Jaruzelski wurde mit nur einer Stimme Mehrheit am 19. Juli zum Präsidenten gewählt und der katholische Publizist und Solidarno-Berater Tadeusz Mazowiecki mit der Regierungsbildung beauftragt. Mazowiecki wurde am 24. August mit überwältigender Mehrheit – auch von zahlreichen PZPR-Abgeordneten – zum Ministerpräsidenten gewählt und stellte am 12. September ein Koalitionskabinett aus Ministern von Solidarno, ZSL, SD sowie vier Ministern von der PZPR dem Sejm vor. Mit der Wahl des ersten nichtkommunistischen Regierungschefs in Polen seit 42 Jahren und der Etablierung einer Regierung, in der von der PZPR nur noch vier für die Demonstration der Bündnistreue gegenüber dem sozialistischen Lager wichtige Ministerien (Inneres, Verteidigung, Außenhandel, Transport und Kommunikation) geleitet wurden, ging in Polen eine historische Epoche zu Ende; ein neues politisches Zeitalter begann.

Lange Schatten: Der Umgang mit dem Zweiten Weltkrieg und seinen Folgen in Polen und Deutschland

Von **Andreas Mix**

23.3.2009

Historiker und Literaturwissenschaftler, Mitarbeiter der Deutschen Hochschule der Polizei im Projekt "Die Polizei im NS-Staat". Publikationen zur Geschichte des Nationalsozialismus und den deutsch-polnischen Beziehungen.

Mit dem deutschen Überfall auf Polen begann am 1. September 1939 der Zweite Weltkrieg. Er markiert eine Zäsur im Verhältnis beider Länder zueinander, die immer noch nachwirkt.

Die Vergangenheit überschattete in den vergangenen Jahren wiederholt die deutsch-polnischen Beziehungen. Der Dauerstreit um die museale Repräsentation von Flucht und Vertreibung und die ungelöste Frage nach der Rückführung von Kulturgütern zeigt, dass die Geschichte des 20. Jahrhunderts keineswegs abschließend aufgearbeitet oder gar bewältigt ist. Die Auseinandersetzungen verdeutlichen, dass die gewaltige Zäsur, die der Zweite Weltkrieg für beide Länder markierte, noch immer nachwirkt und das Selbstverständnis der jeweiligen Gesellschaften prägt – in ganz unterschiedlicher Weise.

Mit dem Überfall der Wehrmacht auf Polen begann am 1. September 1939 der Zweite Weltkrieg. Am 17. September besetzte die Rote Armee die östlichen Landesteile. Grundlage der doppelten Aggression war der Hitler-Stalin-Pakt, mit dem sich die beiden Diktatoren über ihre "Interessensphären" in Ostmitteleuropa verständigt hatten. So wurde Polen einmal mehr von seinen mächtigen Nachbarn geteilt. Die Folgen der deutschen Okkupation, die sich nach dem Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion im Juni 1941 auch auf die polnischen Ostgebiete erstreckte, waren verheerend: Die Deutschen ermordeten fast die gesamte jüdische Bevölkerung, fast 3 Millionen Menschen, und große Teile der polnischen Elite. Insgesamt wurden mehr als 5 Millionen polnische Staatsbürger, etwa 15% der Gesamtbevölkerung von 1939, Opfer von Krieg, Terror und Völkermord.

Zu den enormen demographischen kamen die materiellen Verluste. Die Besatzer beuteten hemmungslos die Wirtschaft aus, rekrutierten Zwangsarbeiter in großer Zahl, plünderten und zerstörten Museen, Archive und Bibliotheken. Obwohl Polen eines der wichtigsten Mitglieder der Antihitlerkoalition war – polnische Soldaten kämpften in allen alliierten Armeen gegen das NS-Regime – brachte das Kriegsende keinen Sieg. Auf Betreiben der Sowjetunion verständigten sich die drei alliierten Siegermächte bereits auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 auf eine Westverschiebung des polnischen Staats, ohne dabei die Exilregierung in London zu konsultieren. Ihre Position war nach dem gescheiterten Warschauer Aufstand erheblich geschwächt. Der Versuch der Heimatarmee, die polnische Hauptstadt noch vor dem Einmarsch der Roten Armee von den deutschen Besatzern zu befreien, endete nach neunwöchigem Kampf Anfang Oktober 1944 mit der Kapitulation der Aufständischen.

Gestützt auf die Rote Armee und die sowjetischen Sicherheitskräfte konnten die Kommunisten so schrittweise die Macht in Polen erobern. Die Westverschiebung, die zugleich das Staatsgebiet erheblich

verkleinerte, war von umfangreichen Zwangsumsiedlungen begleitet. Aus den polnischen Ostprovinzen, die nun an die Sowjetunion fielen, wurden mehr als 1,5 Millionen Menschen nach Zentralpolen oder in die vormals deutschen Gebiete im Westen und Norden umgesiedelt. Die Deutschen wiederum mussten Schlesien, Pommern, Westpreußen und Ostbrandenburg verlassen, sofern sie nicht bereits vor der heranrückenden Roten Armee geflohen waren. Von den Zwangsumsiedlungen betroffen waren zudem Ukrainer, Weißrussen und Litauer. Die Kommunisten realisierten im Nachkriegspolen so politische Vorstellungen der Nationalisten aus der Zwischenkriegszeit: Ein ethnisch homogenes Polen, dessen Staatsterritorium weit nach Westen verschoben war. Die neuen Grenzen legitimierten die Machthaber mit historischen Argumenten aus dem 19. Jahrhundert. Demnach handelte es sich bei Schlesien und Pommern um Gebiete, die im Frühmittelalter Ausgangspunkt für die polnische Staatlichkeit waren.

Nach Jahrhunderten deutscher Fremdherrschaft konnten diese "urpolnischen Gebiete" wieder gewonnen werden, verkündete die kommunistische Propaganda. Der Rückgriff auf Traditionsbestände des Nationalismus war keineswegs ungewöhnlich. Die Kommunisten, die anfangs nur über einen schwachen Rückhalt in der Bevölkerung verfügten, nutzten gezielt die nach den Erfahrungen von Krieg und Besatzung verbreiteten antideutschen Ressentiments, um ihren Machtanspruch zu legitimieren. Schutz gegen den deutschen "Drang nach Osten" garantierte allein der neue sowjetische Bündnispartner. Die Verbrechen der sowjetischen Besatzer, wie die Deportation hunderttausender polnischer Staatsbürger oder die Ermordung tausender Offiziere der polnischen Armee durch den NKWD, unterlagen unter kommunistischer Herrschaft einem Tabu. Zahlreiche weitere Aspekte der Erfahrung von Krieg und Besatzung wurden in der offiziellen Erinnerung, die sich in Denkmälern, Feierlichkeiten, Filmen, Fernsehserien und Publikationen manifestierte, ausgeblendet oder marginalisiert. Dazu gehört die Rolle der Heimatarmee, die der Exilregierung in London unterstand, der Untergrundstaat, aber auch die polnisch-ukrainischen Konflikte in Ostgalizien und Wolhynien und die Zwangsumsiedlungen aus den östlichen Landesteilen nach dem Kriegsende.

Die Erinnerung an diese Ereignisse konnte bis zum Systemwechsel von 1989/90 allein in den Familien und der oppositionellen Gegenöffentlichkeit gepflegt werden. Die selektive offizielle Erinnerung betraf auch den Mord an den Juden. Die Leiden und Opfer der Juden wurden seit den 60-er Jahren immer stärker unter dem Martyrium der polnischen Nation subsumiert. Ausdruck für diese Vereinnahmung war die Wendung von den "6 Millionen polnischen Opfern". In den Staatlichen Gedenkstätten Auschwitz Birkenau und Majdanek wurden die Juden bloß als eine Opfergruppe unter vielen anderen geführt. Trotz der offensichtlichen Deformationen und Leerstellen besaß das volkspolnische Geschichtsbild von Krieg und Besatzung durchaus gesellschaftliche Integrationskraft: Polen war demnach ausschließlich unschuldiges Opfer deutscher Aggression; unbequeme Aspekte wie das Verhalten der Bevölkerung gegenüber den verfolgten Juden oder der deutschen Zivilbevölkerung nach Kriegsende blieben weitgehend ausgeblendet.

Die Erinnerung an den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg in Deutschland

Die offizielle Erinnerung in Deutschland an den Krieg und seine Folgen ging von anderen Voraussetzungen aus: Der vom NS-Regime entfesselte totale Krieg endete in der totalen Niederlage. Zerstörung der Städte, Hunger und erzwungenen Heimatverlust erlebte die Mehrheit der Deutschen jedoch erst in der zweiten Kriegshälfte oder nach dem Kriegsende. Doch nicht nur die materiellen Kriegsfolgen mussten überwunden werden. Die Alliierten hatten es sich zur Aufgabe gemacht, die Verbrechen des Nationalsozialismus strafrechtlich und politisch aufzuarbeiten. Die meisten Deutschen lehnten das Tribunal von Nürnberg gegen die Hauptkriegsverbrecher als "Siegerjustiz" ab. Die vier Siegermächte betrieben die Entnazifizierung und Reeducation jeweils nach ihren eigenen Vorstellungen.

Überformt wurde die frühe Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus durch die ideologische Blockkonfrontation und den Kalten Krieg. Unter diesen Bedingungen verlief die Auseinandersetzung

in beiden deutschen Staaten in beständiger Konkurrenz und Konfrontation. Sowohl die Bundesrepublik als auch die DDR beanspruchten für sich, die richtigen Lehren aus der Vergangenheit gezogen zu haben. Die Vergangenheitspolitik der Bundesrepublik gründete auf eine konsequente Westbindung und einen antitotalitären Grundkonsens, hinter dem sich ein scharfer Antikommunismus verbarg. Als Rechtsnachfolgerin des untergegangenen Deutschen Reichs reklamierte der westdeutsche Teilstaat den Anspruch auf die Ostgebiete, die – so die offizielle Sprachregelung – seit der Potsdamer Konferenz unter "polnischer Verwaltung" standen. Mit dieser Haltung, die mehrheitlich von beiden großen Volksparteien bis in die 60-er Jahre vertreten wurde, war eine Verständigung mit der Volksrepublik Polen unmöglich. Das Bewusstsein, dass der millionenfach erlebte Heimatverlust eine Folge des von Deutschland begonnenen Krieges war, fehlte in der bundesdeutschen Öffentlichkeit. Mit dem Sammelbegriff Vertreibung wurden verschiedene historische Ereignisse bezeichnet: Die seit Sommer 1944 vor der Roten Armee Geflüchteten und von den deutschen Behörden Evakuierten galten ebenso als Vertriebene wie die von polnischen Milizen im Frühjahr 1945 gewaltsam Verjagten und die nach der Potsdamer Konferenz von den Behörden Zwangsumgesiedelten.

Die Vertriebenen waren seit den Anfängen der Bundesrepublik in den jeweiligen Landsmannschaften und dem Bundesverband der Vertriebenen organisiert. Diese Lobbygruppen verfügten über gute Kontakte in alle politischen Parteien. Die 1950 verabschiedete "Charta der deutschen Heimatvertriebenen" enthielt ein Bekenntnis zum Verzicht auf "Rache und Vergeltung", aber auch die Forderung nach einem "Recht auf Heimat". Zu diesen Überzeugungen bekannten sich die großen bundesdeutschen Parteien. Zu einem Bruch kam es erst durch die "neue Ostpolitik" der sozial-liberalen Koalition Ende der 60-er Jahre. Mit den Ostverträgen erkannte die Bundesrepublik die politischen Nachkriegsrealitäten an. Zu diesem Schritt waren die Vertriebenenverbände nicht bereit. Der heftige Widerstand gegen die Ostverträge führte die Vertriebenenverbände in die politische Selbstisolation.

Bis in die 80-er Jahre hinein proklamierten einzelne Landsmannschaften bei ihren Treffen Ansprüche auf die ehemaligen Ostgebiete des Deutschen Reiches. Im Zentrum der offiziellen bundesrepublikanischen Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg standen zu diesem Zeitpunkt längst andere Aspekte. Die Dimension des nationalsozialistischen Judenmords war seit den 60-er Jahren durch Strafverfahren wie dem Auschwitzprozess, Debatten über die Verjährung von NS-Verbrechen und nicht zuletzt durch die Fernsehserie "Holocaust" langsam ins Bewusstsein der bundesdeutschen Öffentlichkeit gerückt. Die kollektive Schuldabwehr und Selbstviktimisierung, die für den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den 50-er Jahren beispielhaft waren, wichen so einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen. Die bundesdeutsche Vergangenheitspolitik war jedoch keine lineare Erfolgsgeschichte. Sie verlief immer kontrovers, enthielt Leerstellen und eklatante Defizite, bei der Anerkennung einzelner Opfergruppen ebenso wie im Umgang mit den konkreten Tätern und ganzen Verbrechenskomplexen. Dennoch gilt: Die Erinnerung an den Nationalsozialismus und seine Verbrechen war seit den 80-er Jahren konstitutiv für das Selbstverständnis der Bundesrepublik.

Die DDR entwickelte einen ganz anderen Umgang mit dem Nationalsozialismus. Sie verstand sich als antifaschistischer Staat, der konsequent mit der dunklen Vergangenheit gebrochen hatte. Indem sie sich auf die Traditionen des kommunistischen Widerstands berief, wechselte die DDR auf die Seite der sowjetischen Siegermacht. Die Schuld für die NS-Verbrechen wurde konsequent auf die Bundesrepublik projiziert. Die sowjetische Besatzungsmacht betrieb zwar eine umfassendere Entnazifizierung, um in Justiz, Bildung, Wirtschaft und Politik die Grundlage für den Umbau der Gesellschaft in ihrem Sinne zu legen; für die Mehrheit der Bevölkerung bot der verordnete Antifaschismus jedoch die Möglichkeit, den Fragen nach Schuld und Verantwortung auszuweichen. Der antifaschistische Gründungsmythos wurde von der DDR in Denkmälern, Feiern, Kunst und Literatur zelebriert. Bei der Interpretation des Nationalsozialismus blieb die DDR bis zu ihrem Ende dem orthodoxen Marxismus verpflichtet. Zahlreiche Aspekte der Vergangenheit blieben so unterbelichtet oder wurden ganz ausgeblendet. Der Faschismus galt als Ausgeburt des Kapitalismus und verschärfte Form des Klassenkampfes. Den Rassenantisemitismus des NS-Regimes und schließlich auch der Mord an den Juden Europas ließ sich damit nicht erklären.

Das Verhältnis zu Polen war in der DDR zwiespältig: Einerseits galt die Volksrepublik als sozialistischer Bruderstaat, dessen Westgrenze unter massivem Druck der Sowjetunion bereits 1950 anerkannt wurde; andererseits gab es bis die 70-er Jahre hinein keinen nennenswerten gesellschaftlichen Austausch zwischen den Nachbarstaaten. Unter der Rhetorik von Völkerfreundschaft und Bündnistreue wirkten die antipolnischen Ressentiments fort. Anders als in der Bundesrepublik konnten sich Flüchtlinge und Vertriebene in der DDR nicht in Verbänden organisieren. Der Komplex Flucht und Vertreibung unterlag den Bündnispflichten und dem verordneten Geschichtsbild. Flüchtlinge und Vertriebene galten als "Umsiedler", die möglichst rasch in die sozialistische normierte Gesellschaft zu integrieren waren. Wie in Polen war das Thema Heimatverlust ein Tabu. Jeder Ansatz der Selbstorganisation von Flüchtlingen und Vertriebenen wurde von der Staatssicherheit verfolgt.

Mit dem Ende des Staatssozialismus änderte sich der Umgang mit der NS-Vergangenheit in Deutschland und Polen grundlegend. Mit der DDR ging auch der längst hohl gewordene Staatsantifaschismus unter. Für die Bundesrepublik entfiel damit die permanente Herausforderung, sich als der vergangenheitspolitisch bessere Teilstaat profilieren zu müssen. Die Befürchtung, das wiedervereinigte Deutschland werde den Erinnerungsimperativ an den Nationalsozialismus abstreifen, erwies sich als gegenstandslos. In den 90-er Jahren gab es in dichter Folge Debatten über die NS-Vergangenheit. Öffentlich gestritten wurde über die Entschädigung von Zwangsarbeitern, die Beteiligung der Wehrmacht am Vernichtungskrieg, das Ausmaß des Rassenantisemitismus in der deutschen Gesellschaft und die Formen des staatlichen Gedenkens an die verschiedenen Opfergruppen des NS-Staats. Neue Gedenkstätten, Ausstellungen und Denkmäler entstanden, die an die NS-Verbrechen erinnern. Vielfach gingen die Initiativen für diese Projekte von organisierten Interessenverbänden aus. Bürgerschaftliches Engagement und staatliches Handeln prägen heute gleichermaßen die Erinnerungskultur der Bundesrepublik.

Standen in den 80-er und 90-er Jahren der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und der Holocaust im Zentrum wissenschaftlicher Forschungen und öffentlicher Aufmerksamkeit, so werden seit einigen Jahren vermehrt andere Aspekte wieder diskutiert. Dazu gehören der alliierte Bombenkrieg gegen das Deutsche Reich, der militärische Niedergang des NS-Staats und seine Folgen: Die Flucht und Vertreibung von Millionen Deutschen aus den Ostgebieten. Populäre Bücher, Filme, Fernsehserien und Zeitschriftenreihen bereiteten diese Themen massenmedial auf. Anders als vielfach behauptet, waren Bombenkrieg, Flucht und Vertreibung in der bundesdeutschen Erinnerungskultur zuvor keineswegs tabuisiert worden. Die verstärkte mediale Hinwendung zu den deutschen Opfern löst in Polen Irritationen und bisweilen offene Kritik aus. Das betrifft besonders das vom Bund der Vertriebenen (BdV) forcierte Projekt eines "Zentrums gegen Vertreibungen".

Die Vorbehalte richten sich sowohl gegen den BdV als Träger, als auch gegen die inhaltliche Ausrichtung der geplanten Gedenk- und Informationsstätte. Der schlechte Leumund des BdV in Polen ist nicht bloß eine Nachwirkung der kommunistischen Propaganda, die den Verband und seine Funktionäre beständig als unverbesserliche Revanchisten und Bedrohung für den polnischen Staat diffamierte. In Polen erinnert man sich daran, dass die organisierten Vertriebenen bis in die 80-er Jahre hinein nicht bereit waren, die territorialen Nachkriegsrealitäten anzuerkennen. Das Selbstbild des BdV als Brückenbauer und Vorreiter der deutsch-polnischen Aussöhnung stößt in der polnischen Öffentlichkeit daher auf breite Ablehnung. Die inhaltliche Kritik gegen das Projekt richtet sich gegen die vom BdV betriebene Universalisierung des Gedenkens an Flucht und Vertreibung. Mit Schlagworten wie "Jahrhundert der Vertreibungen" und der Bezeichnung von Vertreibung als Völkermord werden die historischen Ereignisse, die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches, aus dem konkreten historischen Zusammenhang gehoben.

Die massive Kritik aus Polen an der vom BdV geforderten Gedenk- und Informationsstätte stößt in der deutschen Öffentlichkeit wiederum auf Irritationen und Unverständnis. Ein Grund dafür ist die weitgehende Unkenntnis über die veränderten Geschichtsbilder und vergangenheitspolitischen Debatten in Polen seit den 90-er Jahren. Nach der Systemtransformation begann die Aufarbeitung der

"weißen Flecken" in der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Dazu gehörten die Verbrechen der sowjetischen Besatzung Ostpolens, die polnisch-ukrainischen Konflikte während des Krieges und der unmittelbaren Nachkriegszeit, die Ursachen und Folgen des Warschauer Aufstands, die Erfahrung von Zwangsumsiedlungen und Deportationen und das Verhalten der polnischen Gesellschaft im Angesicht des Holocaust. Besonders heftig verlief die Kontroverse um das Pogrom von Jedwabne. Im Juni 1941 ermordeten in der ostpolnischen Kleinstadt Polen ihre jüdischen Mitbürger.

Die Debatte, die durch die Publikation eines polnisch-amerikanischen Autors ausgelöst wurde, stellte das Selbstbild von Polen als ausschließlichem Opfer des Zweiten Weltkriegs in Frage und rief zugleich heftige Abwehrreaktionen hervor. Polen werde, so argwöhnten konservative Publizisten und Politiker unter Verweis auf die im Ausland und besonders in Deutschland breit rezipierte Auseinandersetzung, vom Opfer zum Täter gemacht. Die Debatte fiel zeitlich zusammen mit dem Anlauf des BdV für eine museale Repräsentation von Flucht und Vertreibung. Konservative Publizisten sahen Polen so gleichsam doppelt in die Rolle der "Tätarnation" gerückt. Von deutscher Seite aus wäre man gut beraten, diese Reaktionen nicht bloß als Hysterie und haltlose Polemik abzutun. Vor der Kritik an der vermeintlichen polnischen Unschuldssessenheit sollte die Reflexion über die Folgen von Krieg und Besatzung für Polen stehen – und darüber, wie diese Erfahrungen in den vergangenen 70 Jahren verarbeitet wurden.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Deutschland und Polen als Nachbarn in der EU

Von Thomas Jäger

10.2.2009

ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören u.a die Themen internationale Politik, Außenpolitik sowie Transatlantische Beziehungen.

Zwischen den Nachbarn Polen und Deutschland gibt es immer wieder unterschiedliche Positionen. Die Normalisierung des deutsch-polnischen Verhältnisses bleibt auch in der EU eine wichtige Aufgabe. Thomas Jäger über geschichtliche Belastungen, aktuelle Debatten und die Aufgaben der Zukunft.

Als die Teilung Deutschlands und Europas vor zwei Jahrzehnten überwunden wurde, knüpfte man große Erwartungen an die Entwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses. Ähnlich der Aussöhnung mit Frankreich sollte Deutschland auch mit Polen zu einer engen Beziehung finden, um den europäischen Motor um einen großen Staat im Osten zu erweitern. Diese Hoffnungen haben sich bisher nicht erfüllt: Deutschland und Polen haben ein schwieriges Verhältnis und Polen wurde nicht zu einem Motor der europäischen Integration.

Tiefreichendes Misstrauen und unterschiedliche Interessen der beiden Staaten wurden selbst durch die gemeinsame Mitgliedschaft in der Europäischen Union und der NATO nicht aufgelöst. Deutschland und Polen verfügen nur in guten Zeiten über normale Beziehungen, die auf gemeinsamen Interessen, Skepsis und Desinteresse gleichermaßen gründen. Die scheinbar normalen und guten Beziehungen werden immer wieder durch aufbrechende Konflikte erschüttert.

Asymmetrien

Zwischen Deutschland und Polen bestehen auf mehreren Feldern Asymmetrien, die vor dem Hintergrund unterschiedlicher historischer Erfahrungen dazu beitragen, dass die Distanz zwischen den Nachbarstaaten so groß ist. Allein durch seine geografische Lage ist Deutschland ein zentraler Staat in der Europäischen Union. Die deutsche Bevölkerung ist mehr als doppelt so groß wie die polnische, die deutsche Wirtschaftskraft ist zehn Mal so groß, die polnischen Rüstungsausgaben erreichen nur zwanzig Prozent der deutschen. Das politische Gewicht der beiden Länder ist sehr unterschiedlich, vor allem in der EU hat Deutschland deutlich mehr Einfluss. Die Asymmetrie besteht auch in den ökonomischen Beziehungen. Deutschland ist Polens wichtigster Handelspartner und belegt bei den ausländischen Direktinvestitionen einen der vorderen Plätze. Polen hingegen ist aus deutscher Sicht wirtschaftlich nur von nachrangiger Bedeutung, weniger als vier Prozent der deutschen Exporte gehen nach Polen und weniger als drei Prozent der Importe stammen von dort.

Das Interesse der polnischen Gesellschaft ist sehr stark auf die beiden großen Nachbarn, Russland und Deutschland gerichtet, ihnen kommt eine hohe Aufmerksamkeit zu, wohingegen die deutsche Gesellschaft eher Desinteresse gegenüber Polen an den Tag legt.

Politisch, wirtschaftlich und kulturell bestehen große Asymmetrien, die unterschiedliche Interessen begründen und zu einem unterschiedlichen Selbstverständnis der beiden Regierungen und Gesellschaften im Verhältnis zueinander beitragen.

Geschichtliche Belastung

Vor allem ist das Verhältnis aber geschichtlich belastet. Das wird besonders deutlich, wenn wichtige politische Gruppen auf Kosten des anderen Staates Geschichtspolitik betreiben. Die Regierung Kaczynski hatte vor kurzem erst noch die Vorbehalte, die in Polen gegenüber Deutschland existieren, innenpolitisch zu nutzen versucht und Angst vor Deutschland geschürt.

Beiden Seiten ist es nicht gelungen, in einen Dialog zu treten, der über die immer noch prägende Phase des Zweiten Weltkrieges, der brutalen Gewalt der Deutschen in Polen und dadurch ausgelöst der Flucht und Vertreibung hinausführt. Bei tiefreichenden politischen und ökonomischen Auseinandersetzungen ist diese Erinnerung präsent und lässt Konflikte eskalieren. Das gilt für die Stiftung "Flucht, Vertreibung, Versöhnung", die "Preußische Treuhand", die Sicherheits- und Energiepolitik sowie die europäische Integration. Es wird dann sehr schnell deutlich, dass beide Staaten und Gesellschaften von Normalisierung weit entfernt sind, viel weiter noch von Verständigung und Versöhnung.

Bilaterale Beziehungen

Die bilateralen Beziehungen beider Staaten wurden 1991 mit dem Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit auf eine neue Grundlage gestellt. Seither werden regelmäßig bilaterale Konsultationen der Regierungen organisiert. Zumindest symbolisch steht das deutsch-polnische Verhältnis somit auf einem festen Fundament. Seit 2006 ergänzt die Oder-Partnerschaft, die polnische Wojewodschaften und deutsche Bundesländer entlang der Grenze verbindet, die bilaterale Zusammenarbeit, um das Grenzgebiet ökonomisch zu entwickeln und infrastrukturell zu vernetzen. Die Erwartungen an die bilateralen Beziehungen sind sehr unterschiedlich: Polen hofft von der Kooperation mit Deutschland wirtschaftlich zu profitieren, in Deutschland wurde vor allem befürchtet, dass polnische Handwerker preiswerter auf dem deutschen Markt ihre Leistungen anbieten könnten.

Weimarer Dreieck

Das Weimarer Dreieck wird als Beweis für einen gelungenen Aussöhnungsprozess zwischen Deutschland, Frankreich und Polen bezeichnet. Es wurde 1991 von den Außenministern der drei Länder initiiert, die sich seither jährlich treffen. Seit 1998 finden auch unregelmäßig Konsultationen auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs statt. Allerdings ist die politische Wirkung der Treffen mittlerweile wohl eher als gering einzuschätzen. Das war früher anders: Bis 2004, als Polen am 1. Mai der Europäischen Union beitrug, erfüllte dieses Forum eine wichtige Funktion. Es stellte die deutsche und französische Unterstützung für die Osterweiterung und die Heranführung Polens an die EU sicher. Damit hatte es seinen eigentlichen Auftrag erfüllt und spielt seither keine bedeutende Rolle mehr. Politisch ist das Weimarer Dreieck überholt, ebenso wie die deutsch-polnische "Interessengemeinschaft", die mit dem EU-Beitritt Polens ebenfalls ihre Bedeutung einbüßte.

Sicherheitspolitik

Im Bereich der Sicherheit ist es die Spannung aus Ähnlichkeit und Unterschieden, die zu den Konflikten in den bilateralen Beziehungen beitrug. Deutschland verfolgte während der Zeit des Ost-West-Konflikts eine Politik, die den Beziehungen zu den USA in sicherheitspolitischen Fragen Vorrang einräumte: USA first war das Motto der deutschen Sicherheitspolitik. Dafür wurden Konflikte mit dem engsten europäischen Verbündeten Frankreich in Kauf genommen. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts nahm die Bedeutung der sicherheitspolitischen Beziehungen zu den USA für die deutsche Sicherheitspolitik in Europa ab. Für Polen wurden die USA zu diesem Zeitpunkt der Garant der nationalen Sicherheit.

Polen, das sich anders als Deutschland durch Russland bedroht sieht, fokussierte seine Sicherheitspolitik auf die USA. Das führte zum Konflikt mit Deutschland, beispielsweise im Irakkrieg, an dem Polen teilnahm, während sich die Bundesregierung vehement widersetzte. Oder beim amerikanischen Raketenabwehrsystem, für das Polen Abwehrraketen aufstellen will, während die deutsche Politik Provokationen gegenüber Russland vermeiden möchte. Die unterschiedliche Haltung zu Russland eskalierte mit dem russisch-georgischen Krieg. Polen versuchte, in diametralem Gegensatz zur deutschen Politik, eine konfrontative Reaktion auf das russische Vorgehen zu organisieren.

Energiepolitik

In Fragen der Energiepolitik verfolgen Polen und Deutschland unterschiedliche Interessen. Polen strebt eine Energie-NATO an, die die Sicherung der Energieversorgung multilateral regulieren soll. Deutschland hingegen verfolgt das Projekt der Ostseepipeline, das russische Energielieferungen über die Ostsee nach Deutschland bringen soll. Polnisches Territorium wird dabei umgangen. In Polen wird diese Entwicklung mit großem Misstrauen verfolgt, weil sich hier die beiden großen Nachbarstaaten sektoral verbünden und Polen dabei ausgeschlossen ist. Polen achtet in Fragen der nationalen Sicherheit sehr auf die eigene Souveränität und hat den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ein Mitspracherecht in Fragen des Raketenabwehrschirms verweigert. In der Energiepolitik sieht es seine Souveränität jedoch stärker im multilateralen Verbund gewährleistet. So ist auch kein polnisches Institut oder Unternehmen am Bau der Pipeline beteiligt.

Nachbarschaftspolitik: Östliche Partnerschaft

Die deutsche Gesellschaft ist nach Westen orientiert und auch zwanzig Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ist sie dem Westen stärker verbunden als dem Osten. Nachdem Deutschland 2004 nicht mehr die Grenzregion nach Osten stellte, sondern diese Rolle nun Polen und den baltischen Staaten zukommt, verlor die deutsche Außenpolitik ihr Interesse an einer Erweiterung der EU nach Osten. Gleiches gilt für die NATO. Der Krieg zwischen Russland und Georgien und die unterschiedlichen Reaktionen der EU-Staaten verdeutlichten dies. In Polen löste er Bedrohungsängste aus, in Deutschland nicht. Als die EU, angetrieben durch den französischen Präsidenten Sarkozy und nach anfänglichem Widerstand mit Unterstützung der Bundesregierung, 2008 mit den Anrainerstaaten die Mittelmeerunion gründete, initiierte Polen zusammen mit Schweden und Tschechien die Östliche Partnerschaft, um die West- und Südorientierung der EU auszugleichen. Sie soll im April 2009 umgesetzt werden.

Normalisierung als Aufgabe

Das deutsch-polnische Verhältnis ist durch die Gewalttaten des Zweiten Weltkrieges belastet und von einer Normalisierung noch weit entfernt. Dieser Prozess, der von beiden Seiten gewünscht, wenn auch nicht mit Priorität verfolgt wird, wird dadurch verkompliziert, dass mit dem Ende des Ost-West-Konflikts die unterschiedlichen Interessen nicht aufgehoben waren, sondern sich anders entfalteten. Deutschland und Polen stehen sich nicht mehr in feindlichen Blöcken gegenüber (das taten sie aufgrund der deutschen Teilung zuvor nur halb) und doch stehen sie in vielen wichtigen politischen Fragen nicht auf einer Seite. In der Sicherheits- und Energiepolitik, der USA- und Russlandpolitik verfolgen die beiden Staaten unterschiedliche Interessen. So haben sie auch bei der Erweiterung der NATO und der Nachbarschaftspolitik der EU unterschiedliche Präferenzen.

In der Finanzkrise standen die deutsche und polnische Regierung hingegen auf einer Seite, als es um die Frage ging, wie die finanziell gefährdeten Staaten unterstützt werden sollten. Polen war dabei gezwungen, sich um der eigenen finanziellen und wirtschaftlichen Stabilität willen von anderen osteuropäischen Staaten zu distanzieren. Unterschiedliche Positionen nehmen die polnische und deutsche Regierung jedoch bei der Frage ein, wann und unter welchen Bedingungen Polen den Euro einführen kann. Für Polen, dessen Währung in den letzten Monaten gegenüber dem Euro ein Viertel ihres Wertes eingebüßt hat, wäre der Beitritt zur Eurozone ein Stabilitätsgewinn. Aus deutscher Sicht wird befürchtet, dies könne die europäische Währung schwächen. Unterschiedliche Positionen in Grundsatzfragen und das gegenseitige Misstrauen bestehen fort. Die Normalisierung des deutsch-polnischen Verhältnisses bleibt auch in der Europäischen Union eine wichtige Aufgabe.

Literatur:

Thomas Jäger/Daria Dylla (Hrsg.): Deutschland und Polen. Die europäische und die internationale Politik, Wiesbaden 2008.

Den [Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit \(http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/DeutschlandInEuropa/BilateraleBeziehungen/Polen/Vertraege/Nachbarschaftsvertrag.pdf\)](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/DeutschlandInEuropa/BilateraleBeziehungen/Polen/Vertraege/Nachbarschaftsvertrag.pdf) finden Sie beim Auswärtigem Amt.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Deutsch-polnische Klischees in den Medien

Von Thomas Urban

23.3.2009

geboren 1954 in Leipzig, ist Buchautor und Osteuropa-Korrespondent der "Süddeutschen Zeitung". 2006 veröffentlichte er "Der Verlust. Die Vertreibung der Deutschen und der Polen im 20. Jahrhundert".

Welche Klischees und Vorurteile hegen Polen und Deutsche? SZ-Korrespondent Thomas Urban hat einen Blick in die Medien gewagt.

Gemeinsam mit seinem Enkel schaut der deutsche Großvater ein altes Fotoalbum an. Ein Foto zeigt ihn als Jungen in Uniform. "Opa, wer ist denn der Mann da mit diesem quadratischen Schnauzbart?" Der Großvater antwortet: "Das ist der Hitler, der war ein ganz Böser!" "Opa, warum streckst du denn deinen Arm so nach oben?" Der Großvater: "Ich habe gerufen: Halt, Herr Hitler, bis hierhin und nicht weiter!"

Dieses ist einer der bekanntesten polnischen Deutschenwitze, die Warschauer Zeitungen sowie Internetportale als Antwort auf die Polenwitze der deutschen Nachbarn immer häufiger veröffentlichen. Denn es kränkt und empört die Polen, dass man in Deutschland Witze erzählt, die vor allem um ein Motiv kreisen: Der Pole klaut. Also sind die hackenschlagenden Deutschen vor ein paar Jahren als Witzfiguren und in Karikaturen nach Polen zurückgekehrt. Dabei hatten vor allem Politiker aus der Bundesrepublik nach der ersten Versöhnungswelle Anfang der neunziger Jahre immer wieder zu verstehen gegeben, wie erleichtert sie seien, dass nicht mehr jedes offizielle deutsch-polnische Gespräch "mit Hitler anfängt und mit Hitler aufhört". Doch während Politiker von Versöhnung redeten, überschwemmten damals Polenwitze das vereinigte Deutschland, was die Politologen völlig überraschte.

Denn in der alten Bundesrepublik war das Polenbild zuletzt eher positiv gewesen. Durch den Grauschleier, durch den die Westdeutschen in den Ostblock blickten, strahlte die Gewerkschaft Solidarität auf, die sich tapfer und friedlich dem Sowjetkoloss entgegenstellte. Die Westdeutschen schickten Millionen Pakete in die Volksrepublik Polen - "aus schlechtem Gewissen wegen Hitler", befand damals Jerzy Urban, der zynische Sprecher der kommunistischen Regierung. In der DDR aber gab es kaum Verständnis für die Solidarnosc. Die Mehrheit der DDR-Bürger war wohl froh, dass Ostberlin damals die Visafreiheit für Polen aufhob. Aus dieser Zeit rührt der Witz: "Warum wird im großen Kaufhaus am Alexanderplatz alle halbe Stunde die polnische Nationalhymne gespielt? Dann müssen die Polen strammstehen, und die DDR-Bevölkerung hat für ein paar Minuten die Chance, selbst Einkäufe zu machen."

Die diskriminierenden Polenwitze der neunziger Jahre waren indes ein gesamtdeutsches Phänomen. Wissenschaftler haben vielfältige Erklärungen dafür gesucht, beginnend mit dem Verweis auf die Wirklichkeit. Die polnische Automafia war ja real. Sie war Teil der Verbrechenswelle, die damals alle ehemaligen Ostblockländer erfasste, weil deren Behörden zu dieser Zeit selbst durchgehend korrupt und ohnehin nicht darauf vorbereitet waren. Hinzu kam, dass die

Führung in Warschau nur zögerlich auf die Angebote aus dem Westen einging, beim Kampf gegen die organisierte Kriminalität zusammenzuarbeiten. Man wollte sich nicht gleich in die gerade wiedererlangte Souveränität hineinreden lassen.

Jedenfalls wurde das Thema nicht nur Gegenstand der Medienberichterstattung, sondern sogar mehrerer "Tatort"-Krimis. Von da war es nicht weit zu den Polenwitzen, die Vorurteile wiederbelebten, wie sie seit mehr als zwei Jahrhunderten existierten. Dazu liegen Studien vor, etwa der Band "Polnische Wirtschaft" des Posener Historikers Hubert Orłowski. Er befasst sich mit der Vorstellung der Deutschen, Polen sei ein rückständiges, schlecht organisiertes Land. Dieses Klischee, das zur Zeiten der Planwirtschaft unter dem Parteiregime durchaus die Wirklichkeit widerspiegelte, zieht sich bis heute durch die deutschen Medien und ignoriert dabei die Ergebnisse eines anderthalb Jahrzehnte währenden Aufschwungs. So werden Berichte über die wirtschaftliche Entwicklung Polens auch Anfang des 21. Jahrhunderts nach wie vor gern mit Bildern von Pferdefuhrwerken illustriert, obwohl diese im Zuge des Modernisierungsschubs nach der Wende von 1989 nahezu völlig aus dem Straßenbild verschwunden sind. Die Zentren der Städte unterscheiden sich heute kaum von denen bei den westlichen Nachbarn, in Warschau wird das Panorama mittlerweile von anderthalb Dutzend postmodernen Wolkenkratzern dominiert, was deutsche Besucher immer wieder staunen lässt.

Polnische Werbefachleute kalkulieren die Vorurteile bei den Kampagnen für den Export polnischer High-Tech-Produkte ein. So hat ein Posener Busproduzent den ersten europäischen Stadtbus mit Hybridantrieb serienreif gemacht. Die Firma heißt Solaris, zu ihrer Produktpalette gehören die Typen "Urbino", "Alpino", "Vacanza". Diese Namen sollen ganz offensichtlich das Herkunftsland verschleiern, da es ganz einfach nicht mit technischem Fortschritt in Verbindung gebracht wird. Solaris-Busse fahren mittlerweile in mehreren Dutzend deutschen Städten, aus Berlin ging ein Großauftrag von mehr als 200 Stück an die Produzenten. Doch dürften wohl nur die wenigsten Fahrgäste wissen, dass die ultramodernen Busse keineswegs aus Italien, sondern aus Polen kommen; sie passen nicht in das Polenbild, das die Mehrheit der Deutschen nach wie vor pflegt.

Die Idee der kulturellen Überlegenheit über die östlichen Nachbarn ist indes kein typisches deutsch-polnisches Phänomen, sie zieht sich durch ganz Europa, Wissenschaftler nennen es "Orientalismus": So dachten bis zum 20. Jahrhundert die Franzosen über die Deutschen, die Polen denken noch heute so über ihre östlichen Nachbarn, die Ukrainer und die Russen. Folgerichtig werden ukrainische Schwarzarbeiter und Putzfrauen in Polen kaum weniger herablassend behandelt, als polnische in der Bundesrepublik.

Zu dem den Polen unterstellten Hinterwäldlertum gehört auch die feste Überzeugung der meisten Deutschen, das Nachbarland befinde sich heute fest in der Hand des katholischen Klerus. In Wirklichkeit hat die Rolle der Kirche stark abgenommen. Die Kandidaten, die in den neunziger Jahren von den Bischöfen offensiv unterstützt wurden, haben nahezu alle wichtigen Wahlen verloren; die Kirche hat sich seitdem weitgehend aus der Alltagspolitik zurückgezogen. Überdies unterscheidet sich namentlich die junge Generation in moralischen und gesellschaftlichen Fragen kaum von ihren Altersgenossen in Westeuropa. Auch ist das bei den Deutschen überaus populäre – und zweifellos beliebte – Vorurteil, die meisten Polen seien antisemitisch eingestellt, längst nicht mehr durch die Wirklichkeit gedeckt. Vielmehr hat in Polen in den letzten Jahren eine teils heftige Antisemitismus-Debatte stattgefunden; sogar die Neokonservativen an der Weichsel sehen Antisemitismus als schädlich für das Ansehen der Nation an und setzen auf gute Beziehungen zum Staat Israel. Den Deutschen wird unterstellt, am Bild des polnischen Antisemiten festzuhalten, weil dies die deutsche Schuld am Holocaust relativiere.

Der Warschauer Historiker Tomasz Szarota hat in einer Untersuchung mit dem Titel "Der deutsche Michel" nachgezeichnet, wie diese alten Selbst- und Fremdenbilder auf deutscher Seite ihre extreme Ausformung in den Nazi-Parolen vom "slawischen Untermenschen" gefunden haben. Damit hat sich der Kreis von den Polenwitzen zur deutschen Besatzung während des Zweiten Weltkriegs geschlossen, die auf eine Vernichtung Polens als Kulturvolk hinauslaufen sollte. Denn in dieser Art von Witzen, die - einmalig in Europa - ein ganzes Volk kriminalisieren, sehen manche Psychologen einen unbewussten

Entlastungsmechanismus für die deutsche Schuld, nach dem Motto: "Wenn die Polen klauen, so kann es doch nicht so schlimm gewesen sein, dass unsere Großväter sie im Krieg ein wenig diszipliniert haben."

Jedenfalls stellen die deutschen Polenwitze das polnische Selbstbild als "Volk der Helden und Opfer" auf den Kopf. Auch die Nachkriegsgenerationen in Polen identifizieren sich mit den Opfern der Besatzung. Die Versuche, Polen pauschal als lächerlich oder gar als kriminell darzustellen, werden daher als Verhöhnung einer Opfernation angesehen.

Allerdings argumentieren deutsche Politologen, dass mit dem Generationswechsel in der Bundesrepublik diese Rollenverteilung nicht mehr funktioniert. Die Enkel identifizieren sich nicht mit den Tätern der Nazi-Zeit, sondern verurteilen sie und sehen die heutigen Polen auch nicht mehr als Opfer an. Und nicht nur dies: Die heutigen Deutschen erwarten Anerkennung für ihre Bemühungen um die Aufarbeitung der Nazi-Zeit, dafür, dass sie die Zahlung von Entschädigungen ebenso akzeptiert haben wie letztlich den Verlust der Oder-Neiße-Gebiete und die Bitten um Vergebung, die Bundespräsident Roman Herzog zum 50. Jahrestag des Warschauer Aufstandes 1994 und Bundeskanzler Gerhard Schröder zehn Jahre später ausgesprochen haben. Wenn ein Teil der polnischen Politiker und Publizisten nun nach wie vor den Nationalsozialismus als Argument bei aktuellen Kontroversen etwa innerhalb der Europäischen Union anführt, so stößt das in der Bundesrepublik auf Unverständnis. Einzelne deutsche Kommentatoren haben bereits die Parole ausgesprochen: "Ende der politischen Korrektheit für Polen!"

Dass keine Rücksicht mehr auf Befindlichkeiten genommen wird, zeigt sich deutlich auch in Polenwitzen, die der TV-Talker Harald Schmidt Mitte der neunziger Jahre vorübergehend salonfähig machte. Aber nach einem Gespräch mit dem polnischen Botschafter Andrzej Byrt und nach Protesten der deutschen Presse strich Schmidt den "täglichen Polenwitz" wieder aus seinem Programm. Nur noch vereinzelt tauchen sie heute noch in deutschen Medien auf – worüber sich polnische Kommentatoren stets lautstark empören. Sie sehen darin den Beleg dafür, dass sie flächendeckend ein arroganter Spaß der deutschen Elite seien.

Boulevardmedien in beiden Ländern erklären aber immer wieder den Nachbarn den "Witzkrieg" und bemühen dabei gern die Klischees: So sind für die Deutschen polnische Männer Heißsporne, die unüberlegt bei Problemen mit dem Kopf durch die Wand gehen. Auf diese Weise leben alte Klischees aus früheren Jahrhunderten fort: Die Szlachta, die Adelsgesellschaft, die ihre Konflikte erst einmal mit dem Säbel austrägt. Das extremste Beispiel für die Nutzung dieses Vorurteils war die von Josef Goebbels verbreitete Mär, polnische Kawallerie habe nach dem deutschen Angriff auf Polen im September 1939 Panzer der Wehrmacht mit dem Säbel attackiert. Das Bild vom "mit dem Säbel fuchtelnden Polen" bemühen deutsche Kommentatoren auch heute, um Vorstöße nationalpatriotischer Warschauer Politiker auf dem internationalen Parkett zu beschreiben.

Hingegen gelten für polnische Frauen nach wie vor die Etikette "attraktiv und elegant", so wie die "unvergleichliche Schönheit der Polin" einst in Operettenarien besungen wurde. Dem "Fräuleinwunder" zum Trotz bemüht die polnische Regenbogenpresse dagegen gern das Bild vom "deutschen Trampel", die Männer werden in Karikaturen entweder als ewige Nazis oder humorlose Biertrinker dargestellt.

Dabei ist Polen seit dem Ende der Parteiherrschaft vor zwei Jahrzehnten selbst vom Wodka- zum Bierland geworden. Bier ist das Modegetränk der jungen Generation, polnische Marken haben bei internationalen Wettbewerben in den letzten Jahren wiederholt Medaillen bekommen. Polnische Brauereien machen unverblümt damit Reklame, dass ihr Produkt ausgerechnet dem deutschen Reinheitsgebot entspricht – und knüpfen damit an das althergebrachte Bild von "deutscher Ordnung" an.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Die Bedeutung der Kulturvermittlung und –Rezeption

bei der Annäherung zwischen Deutschland und Polen

Von Joachim Rogall

10.2.2009

Dr. Joachim Rogall, Jg. 1959, Osteuropahistoriker, apl. Prof. der Universität Heidelberg, seit 1996 in der Robert Bosch Stiftung in Stuttgart, derzeit Leiter des Bereichs Völkerverständigung Mitteleuropa, Südosteuropa, GUS, China.

Welche Rolle spielt Kultur bei den deutsch-polnischen Beziehungen? Wie sieht die Zusammenarbeit aus und wie haben sich die Kulturbeziehungen entwickelt? Ist Annäherung möglich und welche Rolle spielt die Politik dabei? Antworten von Joachim Rogall.

Die Kulturbeziehungen zwischen Deutschen und Polen, Nachbarn in der Mitte Europas, sind mehr als tausend Jahre alt. Kennzeichnend sind einerseits Vielzahl und große Bandbreite, andererseits starke Asymmetrie, da das Interesse an Deutschland in Polen stets größer war als umgekehrt. Für Polen war Deutschland immer, auch in Zeiten größter historischer Belastungen, eine große europäische Kulturnation, im Kulturbereich wichtigster Nachbar und oft Bezugspunkt und Vermittler (ähnlich wie Frankreich für Deutschland). In Polen konnte so zwischen beiden Weltkriegen ein jüdischer Junge namens Marceli Reich in einer Kleinstadt an der Weichsel in die deutsche Literatur als geistige Heimat hineinwachsen, als die reale Heimat ihm mehrfach von Polen und Deutschen unerträglich gemacht wurde. Deutsche lebten seit dem Mittelalter in größeren oder kleineren Gruppen in allen Teilen Polens und standen mit ihren Nachbarn in einem ständigen kulturellen Austausch auf zwischenmenschlicher, nachbarschaftlicher Ebene.

Im Gegensatz dazu ist Polen für Deutschland nur einer von mehreren kleineren Nachbarn im Osten, das Wissen über Polen gering, von Stereotypen bestimmt und überwiegend nicht mit Kultur verbunden. Unter deutschen Intellektuellen wäre disqualifiziert, wem etwa Shakespeare oder Camus kein Begriff sind, während niemandem verübelt wird, wenn er Adam Mickiewicz oder die Nobelpreisträger Czeslaw Milosz und Wieslawa Szymborska nicht kennt. Bestenfalls gilt Polen als Land mit schöner Natur und einigen bedeutenden Städten, wobei auch Masurien und Schlesien oder Danzig und Breslau für viele Deutsche noch stärker mit ihrer Geschichte und Kultur als mit Polen verbunden werden und z.B. städtebauliche Perlen wie Thorn oder Zamosc unbekannt sind.

Polen ist im deutschen Bewusstsein positiv vor allem im Zusammenhang mit politischen Ereignissen präsent, so im 19. Jahrhundert dem polnischen Aufstand gegen russische Unterdrückung, der 1830/31 große Sympathiebekundungen in Deutschland ("Polenlieder") hervorrief, ähnlich wie die Gewerkschaftsbewegung Solidarno (Solidarität) und ihr Kampf gegen das kommunistische System Anfang der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts. Trotz der mehrfachen großen polnischen Einwanderungswellen, als Arbeitsmigranten nach Berlin und in das Ruhrgebiet schon im 19. Jahrhundert, den polnischen politischen Flüchtlingen nach 1945 und besonders ab 1981, sind Polen für die meisten Deutschen nicht als normale Wohnnachbarn, sondern vor allem als Erntearbeiter, geschickte Helfer am Bau oder Krankenpfleger präsent.

Aber Polen ist bei deutschen Intellektuellen auch als von deutschen Staaten in der Geschichte mehrfach geteiltes Land präsent, als Hauptschauplatz des Holocaust im Zweiten Weltkrieg und, allerdings stärker

erst in den letzten Jahren, auch mit der brutalen NS-Besatzungspolitik von 1939-1945. Das damit gegenüber Polen verbundene Schuldgefühl ließ seit den siebziger Jahren die Erinnerung an deutsche Gebietsverluste an Polen oft verdächtig erscheinen, wenn sie außerhalb der Gruppe der unmittelbar Betroffenen artikuliert wurde. Entsprechend wird die jüngste deutsche Beschäftigung auch mit deutschen Opfern des Zweiten Weltkrieges in Polen als Paradigmenwechsel verstanden und weckt Befürchtungen.

Entwicklung der Kulturbeziehungen

Erfreulicherweise hatten die politischen Spannungen in Vergangenheit und Gegenwart kaum Einfluss auf die Entwicklung der Kulturbeziehungen, trugen allerdings auch nicht zum Abbau der oben genannten Asymmetrie bei. Allerdings ist das Bemühen deutlich, hier eine positive Entwicklung anzustoßen. Staatlicherseits wurde dafür mit dem 1997 abgeschlossenen deutsch-polnischen Kulturabkommen eine Grundlage geschaffen. Das Auswärtige Amt, der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, öffentliche Einrichtungen und Mittler der auswärtigen deutschen Kulturpolitik wie das Goethe-Institut oder der Deutsche Akademische Austauschdienst DAAD stellen jährlich erhebliche Summen für den deutsch-polnischen Kulturaustausch zur Verfügung, der heute jeden Bereich der weitgefassten Kultur, also neben Literatur, Musik, Theater, Bildender Kunst und Film auch Wissenschaft und Bildung, Sprachförderung, Jugendaustausch und Medien umfasst.

Polen unterhält in Deutschland drei Kulturinstitute, in Berlin, Düsseldorf und Leipzig, letzteres seit 2009 allerdings nur noch als Dependance von Berlin. Auch die Generalkonsulate in München und Hamburg organisieren kulturelle Veranstaltungen, und zusätzlich gibt es in Darmstadt noch das Deutsche Polen-Institut, dessen Bedeutung für die Kulturvermittlung nicht hoch genug geschätzt werden kann. Dem stehen zwei Goethe-Institute in Warschau und Krakau sowie Lesesäle in Breslau, Kattowitz, Posen und Stettin sowie ein Goethe-Zentrum in Lublin gegenüber. Botschafter im Kleinen sind aber auch die jährlich mehr als 40 deutschen Lehrer an polnischen Schulen und die Lektoren des DAAD sowie die Vertreter der politischen Stiftungen, die in Warschau, aber auch in anderen wichtigen Städten vertreten sind und eine bedeutende Mittlerarbeit betreiben. Der Aufbau eines Hauses der deutsch-polnischen Zusammenarbeit in Gleiwitz 1998, zu dem später ein weiteres Haus in Oppeln hinzukam, wurde beispielsweise von der Friedrich-Ebert- und der Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam unterstützt.

Akademische Zusammenarbeit

Im akademischen Bereich sind ferner zahlreiche deutsch-polnische Hochschulpartnerschaften und Stipendienprogramme zu nennen, die zunehmend stärker auch deutsche Studenten nach Polen führen, während die Zahl der an deutsche Universitäten gehenden polnischen Studenten immer noch höher ist, aber zugunsten von Studienaufenthalten im angelsächsischen Raum deutlich zurückgeht. Ein Anfang 2009 vom Deutschen Polen-Institut in Darmstadt mit Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit veranstaltetes Symposium der deutschen Polen-Forschung zeigte zu allgemeiner Überraschung mit weit über 200 Projekten jüngerer Historiker, Politologen, Soziologen, Wirtschafts- und Musikwissenschaftler, wie stark der deutsche Nachwuchs in der Polenforschung inzwischen geworden ist.

Die Europauniversität Viadrina in Frankfurt/Oder mit einem polnischen Collegium Polonicum auf der östlichen Oderseite ist sicherlich die wichtigste universitäre Institution in der akademischen Zusammenarbeit. Sie wird seit Herbst 2008 durch eine ebenfalls in Frankfurt/Oder gegründete deutsch-polnische Wissenschaftsstiftung flankiert. Auch die Neisse-Universität Görlitz-Zittau ist hier zu nennen, und, wenngleich weniger auf die deutsch-polnischen Beziehungen konzentriert sondern gesamteuropäisch ausgerichtet, das Europa-Kolleg in Natolin bei Warschau.

Der Jugendaustausch hat mit dem Deutsch-Polnischen Jugendwerk eine institutionelle Verankerung und wird mit jährlich mehr als vier Millionen Euro unterstützt.

Privates Engagement, Initiativen und Stiftungen im Kulturaustausch

Neben den staatlichen Fördermaßnahmen lebt der deutsch-polnische Kulturaustausch aber vor allem auch vom privaten Engagement. Das Bedürfnis, nach allen Hypothesen der Vergangenheit zwischen Deutschen und Polen gute Beziehungen zu fördern, ist bei den deutschen Eliten seit den sechziger Jahren weit verbreitet und hat auch in entsprechenden Kreisen in Polen eine feste Verankerung. Die beiden großen Kirchen haben hier früh wichtige Akzente gesetzt, die katholischen Bischöfe Polens 1966 mit ihrer Botschaft "Wir vergeben und bitten um Vergebung" und entsprechender Reaktion ihrer deutschen Amtsbrüder, die Evangelische Kirche in Deutschland mit ihrer Ostdenkschrift von 1965. Aber auch viele private Initiativen, auch und gerade von vertriebenen Deutschen, haben Deutsche und Polen einander näher gebracht. Besondere Bedeutung haben private Stiftungen wie die Robert Bosch Stiftung oder die Stiftung Erinnerung, Vergangenheit und Zukunft in Deutschland und die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit in Warschau, die über Stipendienprogramme, Gesprächsforen oder Projektförderung einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Kulturbeziehungen leisten.

In Deutschland darf auch die Arbeit der rund 50 deutsch-polnischen Gesellschaften und die Bedeutung der mehr als 400 deutsch-polnischen Städtepartnerschaften nicht vergessen werden. Das von beiden Regierungen 2005/06 ausgerufenen Deutsch-Polnischen Jahr brachte zwar nur wenige speziell dafür initiierte Projekte, zeigte aber durch die auf einer eigenen, bis heute fortgeführten Internetseite (www.de-pl.info) dokumentierten mehr als 2.000 alleine von Mai 2005 bis Mai 2006 stattgefundenen und zum Teil längerfristigen deutsch-polnischen Initiativen die Breite und Intensität des beiderseitigen Kulturaustausches.

Es ist ein großes Verdienst dieser Internetseite, etwas Übersicht in diese Fülle von Veranstaltungen und Projekten zu bringen. Denn ein Kennzeichen des deutsch-polnischen Kulturaustausches ist seine Unübersichtlichkeit und mangelnde Koordination. Bis heute wissen die Verantwortlichen vieler ähnlicher deutsch-polnischer Projekte nichts voneinander und können dadurch auch nichts voneinander lernen und durch Zusammenarbeit Synergien erreichen. Sicherlich ist es grundsätzlich erfreulich, wenn Initiativen nicht nur von oben organisiert werden, sondern von unten wachsen. Allerdings könnten bei besserer Information manche unnötigen Fehler und Doppelarbeiten vermieden und die vorhandenen, begrenzten Mittel sinnvoller eingesetzt werden.

Bedenkt man bei den rund 2.000 Projekten des Deutsch-Polnischen Jahres, dass wir hier von den Kulturbeziehungen zwischen achtzig Millionen Deutschen und rund vierzig Millionen Polen sprechen, ist die Bilanz wieder etwas ernüchternder. Es sind auch leider immer wieder die üblichen Verdächtigen, unermüdliche Aktivisten und Urgesteine der deutsch-polnischen Verständigung, die sich hier Jahr für Jahr engagieren. Bei vielen Älteren spielte noch die eigene teilweise tragische Biographie durch Kriegserlebnisse die entscheidende Rolle, sich lebenslang für die Verbesserung der Beziehungen zwischen den einstigen Gegnern Deutschland und Polen einzusetzen. Bei den nachwachsenden Generationen ist eine solche emotionale Bindung an die Sache nicht mehr zu erwarten.

Rolle der Vergangenheit in Kulturbeziehungen

Es kennzeichnet den Kulturaustausch, dass beide Seiten beim Dialog oft die Diskussion um schwierige Themen vermeiden und eine unverbindliche Scheinharmonie pflegen, die zu Recht auch schon als "Versöhnungskitsch" charakterisiert wurde. Dabei sollte inzwischen klar geworden sein, dass nur gründliche Aufarbeitung der schwierigen Vergangenheit eine solide Basis für eine friedliche und fruchtbare Gestaltung der gemeinsamen Zukunft in Europa darstellen kann. Während in Polen häufig noch Schlachten der Vergangenheit immer wieder neu geschlagen werden, sind die Deutschen oft ohne genaue Kenntnis der gemeinsamen Vergangenheit in Gefahr, polnische Empfindlichkeiten zu unterschätzen oder überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Eine tausendjährige gemeinsame Geschichte wird so von beiden Seiten völlig unterschiedlich im kollektiven Gedächtnis bewahrt und auch die vielfältigen kulturellen Gemeinsamkeiten schützen nicht vor Verdächtigungen und Misstrauen. Die verhältnismäßig große Zahl von deutsch-polnischen Kulturbegegnungen und darin engagierten Institutionen und Personen steht deshalb auch in krassem Gegensatz zu der Erfahrung, wie oft

marginale politische Probleme die deutsch-polnischen Beziehungen wieder zurückwerfen und belasten. Der jüngste Streit um die Besetzung des Beirats für das "Sichtbare Zeichen" gegen Vertreibungen in Berlin ist dafür ein eindrucksvolles Beispiel.

Im Kulturbereich ist die Vertreibung der Deutschen in Polen heute kein Tabuthema mehr. In polnischen Schulbüchern findet sie, allerdings mit Hinweis auf die alliierte Verantwortung dafür, meist kurze Erwähnung. Ausstellungen und Veröffentlichungen zum Thema gibt es in beiden Ländern, in den früheren deutschen Gebieten haben einige lokale Initiativen mit und ohne Unterstützung der Behörden die Erinnerung an die früheren Bewohner und ihre Vertreibung in Gedenksteinen und Erinnerungstafeln öffentlich sichtbar gemacht. Zu den wichtigsten und erfolgreichsten Initiativen im Bereich der wissenschaftlichen Zusammenarbeit gehört ein Ende der neunziger Jahre durchgeführtes deutsch-polnisches Projekt zur Erforschung der Vertreibung der Deutschen aufgrund polnischer Archivmaterialien, dessen Ergebnisse als mehrbändige Dokumentation in deutscher und polnischer Sprache "Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden..." veröffentlicht wurden.

Dies alles darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Vergangenheitsbewältigung in Polen erst seit 1990 wirklich möglich ist. Ähnlich wie in den neuen Bundesländern das DDR-Erbe noch lange nicht wirklich verarbeitet wurde, hat die polnische Gesellschaft noch einen schmerzhaften und schwierigen Weg der Auseinandersetzung mit den dunkleren Abschnitten ihrer Geschichte vor sich. Dabei stehen sich den Deutschen stärker vertrauende und stärker misstrauende Kreise in etwa gleich stark gegenüber. Jeder Druck von außen ist dabei eher geeignet, den Prozess der Aufarbeitung der Vergangenheit, der vor allem in der Frage des Umgangs mit dem kommunistischen Erbe die Gesellschaft teilt, zu erschweren und zu hemmen.

Die deutschen Vertriebenen stellen dabei einen beständigen Stachel im Fleisch dar, da man mit der Anerkennung ihres Schicksals in Polen häufig die Infragestellung des polnischen Rechts auf ihre Herkunftsgebiete verbindet. Die jahrzehntelange Propaganda der kommunistischen Regierung hat ihre Wirkung bis heute. Unternehmen wie die "Preußische Treuhand", die Polen vor internationalen Gerichten (vergeblich) auf Entschädigung deutscher Vertriebener verklagte, schürten solche Befürchtungen zusätzlich. So sind deutsche Vertriebene und vor allem ihre verbandspolitischen Repräsentanten in Polen bis heute Reizfiguren. Dabei stellen deutsche Vertriebene, auch wenn dies häufig weder zu ihrem Selbst- noch zu ihrem Fremdbild gehört, de facto die stabilste Polen-Lobby in Deutschland dar. Denn sie besuchen ungleich häufiger als ihre Landsleute die nunmehr polnische alte Heimat, unterhalten oft sehr enge und freundschaftliche Beziehungen zu den heutigen Bewohnern, engagieren sich zum Teil nicht oder nicht nur in deutschen Landsmannschaften, aber oft auch in deutsch-polnischen Gesellschaften, stellen beträchtliche Mittel etwa für die Bewahrung kultureller Denkmäler in Polen zur Verfügung und sind generell an Polen stärker interessiert als andere Deutsche.

Unterschiedliche Sichtweisen am Beispiel Reich-Ranickis

Die Person Marcel Reich-Ranicki ist ein Beispiel für völlig unterschiedliche Sichtweisen von Deutschen und Polen. Seine Autobiographie wurde in Deutschland ein Bestseller und hat vielen Deutschen erstmals die frühere polnisch-jüdisch-deutsche Vergangenheit und Geschichte in Ostmitteleuropa mit allen Höhen und Tiefen bis zu ihrer Vernichtung im Warschauer Ghetto vor Augen geführt. Während Reich-Ranicki in Deutschland als streitbarer Literaturpapst und Medienkritiker zwar polarisiert, was sich oft in der Karikatur von Sprechweise und Auftreten entlädt, aber seine Bedeutung für die deutsche Literaturrezeption und damit die deutsche Kultur unbestritten ist, hat er in Polen ganz überwiegend schlechte Kritiken. Er gilt dort zum einen für manche als Vaterlandsverräter, der seine eigentlich angebotene polnische Literatur gering schätzt und sich opportunistisch auf die Seite des Stärkeren, der deutschen Literatur geschlagen hat. Andere werfen ihm vor, dass er in der Nachkriegszeit Mitarbeiter des kommunistischen polnischen Geheimdienstes war, zeitweise sogar dessen Londoner Regionalleiter. Obwohl ihm bis heute keine konkreten Vergehen nachgewiesen werden konnten, macht man ihn für die Bespitzelung der damals in London ansässigen bürgerlichen polnischen Opposition verantwortlich, so dass er für viele Polen persona non grata ist.

Ausblick

Ein reger Kulturaustausch schützt zwar nicht vor politischen Spannungen. Aber jeder Kulturschaffende, der mit einem Partner des anderen Landes erfolgreich zusammengearbeitet hat, ist in der Regel künftig ein Multiplikator zum Abbau von Vorurteilen und dem Werben für Interesse und Verständigung. Die große Bedeutung der Kulturvermittlung liegt auch darin, dass sie heute gleichermaßen in beide Richtungen erfolgt, also keine Einseitigkeit festzustellen ist. Polen ist im Kulturbereich zwar für viele Deutsche eine Entdeckung, die allenfalls von polnischer Film- oder Plakatkunst gehört haben und ganz erstaunt sind, wenn sie die reiche polnische Literatur-, Musik-, Theater- oder Bildende Kunst-Landschaft kennen lernen. Auch spielt in manchen Kulturbereichen wie der Musik die Sprachbarriere keine große Rolle und erleichtert den Austausch. Aber hier begegnen sich Deutsche und Polen tatsächlich und nicht nur aus Höflichkeit auf Augenhöhe. Und die Deutschen können vieles von ihren kreativen und improvisationsgeübten östlichen Nachbarn lernen. Dabei wird deutlich, dass sowohl Deutschland wie Polen aufgrund ihrer Lage in Europa traditionelle Vermittler zwischen West und Ost waren und auf diese Weise eine wichtige Rolle in der europäischen Kulturentwicklung gespielt haben.

Trotz aller Erfolge und insgesamt erfreulicher Entwicklung des deutsch-polnischen Kulturaustauschs auf die Gesamtgesellschaft, konnte noch kein wirkliches Miteinander von Deutschen und Polen in Europa erreicht werden. Immer noch bestimmen Missverständnisse und Misstrauen auf polnischer, Unkenntnis und vielfach Desinteresse auf deutscher Seite das Verhältnis. Gerade in den Grenzregionen, wo die Begegnungsmöglichkeiten besonders groß und das Bedürfnis danach stärker sein sollte, ist derzeit noch das genaue Gegenteil festzustellen. Hier wirkt die latente Polenfeindschaft des DDR-Regimes und die faktische Undurchlässigkeit der früher so genannten "Friedensgrenze" an Oder und Neisse nach. Sicherlich ist die Sprachproblematik immer noch ein Hauptproblem für engere menschliche Beziehungen. Auch hier finden wir wieder die alte Asymmetrie, nämlich erstaunlich viele Deutschlerner und Deutschsprechende in Polen, viele Schulen mit Deutschunterricht und hervorragende Germanistiklehrstühle an polnischen Universitäten, und vergleichsweise wenig Deutsche mit Polnischkenntnissen, wenig Polonistik an deutschen Universitäten und nur Einzelfälle von Schulen mit Polnischunterricht. Doch allein das kann als Begründung nicht ausreichen. In der mittleren und älteren Generation in Polen finden sich viele Deutschsprachige, und die jüngere Generation kann mit ihren Altersgenossen in Deutschland auf Englisch kommunizieren.

So ist in den deutsch-polnischen Beziehungen noch ein weiter Weg zur völligen Normalisierung zurückzulegen. Die Bedeutung des deutsch-polnischen Kulturaustauschs liegt darin, zwar kleine, aber konkrete Schritte auf diesem Weg zu gehen und durch die direkten Kontakte und die Zusammenarbeit alte, überholte Vorstellungen abzubauen und zunehmend mehr Verständnis für die jeweils andere Seite zu entwickeln.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Zwischen Deutschen, Polen und Juden: Marcel Reich-Ranickis Lebensweg

Von Gerhard Gnauck

24.3.2009

ist Polen-Korrespondent der Welt. 2009 erschien von ihm "Wolke und Weide. Marcel Reich-Ranickis polnische Jahre" im Klett-Cotta-Verlag, Stuttgart.

Marcel Reich-Ranicki hat persönlich und beruflich prägende Jahre sowohl in Polen wie in Deutschland erlebt. 2009 wurde auch die Verfilmung der Autobiografie des Mannes fertiggestellt, der sich vor einem halben Jahrhundert im Gespräch mit Günter Grass mit den Worten vorstellte: "Ich bin ein halber Pole, ein halber Deutscher und ein ganzer Jude."

Marcel Reich-Ranickis Autobiografie war als Buch ein großer Erfolg. In diesem Jahr wurde auch die Verfilmung des Buches fertiggestellt.[1]

Ein einzigartiges Leben, glauben viele, die dieses Buch gelesen haben. Wer den Weg nachverfolgt, den Marcel Reich-Ranicki im 20. Jahrhundert gegangen ist, wird freilich auf Parallelen zu anderen Lebensläufen stoßen. Wer sich näher damit beschäftigt, wie der Literaturkritiker auf verschiedenen Etappen seines Werdegangs sein Leben immer wieder neu und anders erzählt hat, wird sich an manche Flüchtlingsgeschichte der letzten Jahrzehnte erinnern fühlen. Aus vielen dieser Geschichten lassen sich bestimmte Grundmuster ablesen: Wer 1. Flüchtling ist, wer 2. sich in einer anderen Kultur assimilieren möchte oder wer 3. in einem ihm bisher fremden Land Karriere machen will, der wird besonders sorgfältig auswählen, was er seiner neuen Umgebung über sich selbst, über sein früheres Leben erzählt.

Bei Marcel Reich-Ranicki treffen – was nicht bei jedem Migrant der Fall ist – alle drei Punkte zu, und das sogar mehr als nur einmal in seinem Leben. Er war, so kann man es zusammenfassen, (mindestens) zweimal in der Lage des Flüchtlings: Erst 1938 in Polen, wohin ihn das nationalsozialistische Deutschland deportiert hatte. Dann 1958 in Deutschland, als er dem kommunistischen Polen den Rücken gekehrt hatte. Er wollte sich assimilieren: Erstmals nach 1929 in Deutschland, als er wegen seines fremdländischen Akzents zunächst von seinen Schulkameraden ausgelacht wurde. Dann, in den Jahren 1938 bis 1958, in Polen – wobei er zugleich eine starke Bindung an die deutsche Kultur bewahrte. Danach wiederum in Deutschland – wenngleich seine Familie, auch mit dem 1948 geborenen Sohn Andrew, bis heute am liebsten polnisch spricht.

Und Reich-Ranicki wollte Karriere machen, aufsteigen. Das ist ihm gelungen. Es mag ungewöhnlich sein, auch für seine Erlebnisse in den Vierzigerjahren das Wort "Karriere" zu verwenden. Drücken wir es anders aus: Sowohl im Judenrat, der Verwaltung des Warschauer Gettos, als auch im kommunistischen Sicherheitsministerium hatte er, gemessen an seinem jungen Alter, hohe Ämter inne. Als er sich 1950 neu orientieren musste, begann er das, was wir auch heute ohne Probleme als Karriere bezeichnen würden: die Laufbahn des Journalisten und Literaturkritikers. Und das gleich zweimal hintereinander: Erst in Polen, wo er bis 1958 drei Bücher und etwa 150 Artikel und sonstige Texte veröffentlichte, und danach in der Bundesrepublik Deutschland.

Immer wieder also eine Lebenslage, in der er und seine Frau Teofila neu anfangen mussten. Immer wieder eine Situation, in der Reich-Ranicki seine Vergangenheit und damit seine Identität "neu erfinden" musste. Das lässt an einen Ausspruch Egon Erwin Kischs denken, des berühmten "rasenden

Reporters". Er sagte einmal von sich: "Ich komme aus Prag, ich bin Tscheche, ich bin Deutscher, ich bin Jude, ich bin Kommunist, ich bin aus gutem Hause – etwas davon hat mir immer geholfen." *Etwas* davon hilft immer – aber nie hilft alles zugleich; wo ein Baustein dieser multiplen Identität hilfreich ist, müssen andere versteckt und beschwiegen werden. Lässt man das weltanschauliche Bekenntnis ("Kommunist") und die gewissermaßen soziologische Einordnung ("aus gutem Hause") beiseite, ist man sehr nah an jenem Satz, mit dem sich Reich-Ranicki vor einem halben Jahrhundert im Gespräch Günter Grass vorstellte: "Ich bin ein halber Pole, ein halber Deutscher und ein ganzer Jude".

Als Deutscher fühlt Reich-Ranicki sich nicht, wie er einmal sagte, allenfalls als deutscher Literaturkritiker. Ob, wann und wie sehr sich Marceli Reich (seit 1948 Marceli Ranicki, nach 1958 bekannt als Marcel Reich-Ranicki) als Pole und *polnischer* Jude fühlte oder fühlt, darüber soll er selbst das letzte Wort behalten. Eindeutig ist, dass er über weite Strecken seines Lebens an der polnischen *Erfahrungsgemeinschaft* Anteil hatte. Als er nach dem Umzug der Familie aus Polen nach Berlin 1929 dort in die Schule ging, machten sich seine Mitschüler lustig über das für sie unaussprechliche Włocławek, seinen Geburtsort. Das hat ihn geschmerzt und gekränkt; sonst hätte er die Episode wohl nicht in seiner Autobiografie "Mein Leben" festgehalten. Später, beim Wechsel zum Gymnasium, fragte seine Mutter den Schuldirektor ganz offen: "Mein Sohn ist Jude und Pole. Wie wird er in Ihrer Schule behandelt werden?"

Von dieser Zeit an muss der kleine Marceli zweierlei gewusst und gespürt haben: Es ist nicht gerade populär in Deutschland, aus Polen zu kommen; und als "Ostjude" ist man auch unter deutschen Juden nicht gut angesehen. Pole unter Deutschen, Ostjude unter deutschen Juden – da ist man von vornherein der "arme Verwandte aus dem unterentwickelten Osten". Man hat mit allen möglichen Vorurteilen zu kämpfen, für die man persönlich nichts kann, und wird selbst in der eigenen Familie (von der "Wessi"-Verwandtschaft) von oben herab behandelt.

Folgen wir nun mit diesem Blickwinkel dem weiteren Lebensweg. Im Herbst 1938 wird der Abiturient Reich – wie etwa 17.000 polnische Juden – von den deutschen Behörden nach Polen abgeschoben. Er kommt bei seinen Eltern und seinem Bruder in Warschau unter; diese waren angesichts der Schikanen gegen Juden schon früher und auf eigene Faust nach Polen zurückgekehrt. 1940 wird das Getto eingerichtet, und Reich wird im Judenrat Leiter des Übersetzungs- und Korrespondenzbüros. Das ist die erste Etappe in seinem Leben, um die es später in Polen Kontroversen geben wird: Der Judenrat war eine von den deutschen Behörden und der SS beaufsichtigte Behörde, und wer ihr angehörte, war – obwohl Jude – in eine Zusammenarbeit eingebunden, die manche, etwa die Philosophin Hannah Arendt, als Kollaboration mit den Nazis bewertet haben.

In Polen wurde Reich-Ranicki vor allem in den Fünfziger-, vereinzelt noch bis in die Neunzigerjahre eine solche Kollaboration mit dem "Todfeind der Nation" vorgeworfen, und er hat sich bis zuletzt dagegen zur Wehr gesetzt.[2] Ich neige in dieser Frage zu der Auffassung, wie sie das Warschauer Jüdische Historische Institut 1951 in einem (von der herrschenden Partei angeforderten) Gutachten über Reichs Verhalten festgehalten hat. Sein Ergebnis: Nach Befragung jüdischer Zeugen aus dem Getto gibt es keine Anhaltspunkte für "Kollaboration" oder etwas, das über Reichs Arbeit als Chef des Übersetzerbüros hinausginge. Andererseits können laut Gutachten auch die von Reich (auch später in "Mein Leben") behaupteten Akte seines Widerstands im Getto nicht bestätigt werden. Doch ist Reich-Ranicki noch 60 Jahre später bemüht, die Tätigkeit im Getto so klein wie möglich erscheinen zu lassen: Im Judenrat "wirkte er als Übersetzer", heißt es knapp in der biografischen Notiz in Reich-Ranickis "Kanon" der Romane.[3]

Nachdem 1942 die "Endlösung der Judenfrage" und damit der Holocaust begonnen hatte, fliehen Marceli und Teofila Reich im Februar 1943 aus dem Getto. Die längste Zeit des Abschnitts bis September 1944 verbringen sie bei der vierköpfigen polnischen Familie Gawin, die mit dem Verstecken von Juden selbst ihr Leben riskiert.

Im Oktober 1944 beginnt für Marceli Reich eine weitere Etappe, die für ihn später Gegenstand des

Beschweigens und der Selbstrechtfertigung sein wird. Er meldet sich zur "Polnischen Armee", die an der Seite der Sowjetarmee entsteht, und arbeitet wenig später für das Ministerium für Öffentliche Sicherheit (MBP). Dieses soll, mit denselben Funktionen ausgestattet wie das Ministerium für Staatssicherheit ("Stasi") in der später entstehenden DDR, die diktatorische Herrschaft der Kommunisten im Land sichern. Reich wird im Rahmen dieses Ministeriums in der Postzensur und später im Geheimdienst (Nachrichtendienst) arbeiten – eine Arbeit, die weniger der traditionellen Spionage als vielmehr der Überwachung der Bevölkerung und der Bekämpfung oppositioneller Bestrebungen von Polen im In- und Ausland diente. Gegen Ende dieser fünf Jahre ist Ranicki in London der Chef des polnischen Agentennetzes in Großbritannien.

Im Westen Deutschlands, wo man für (ehemalige) Funktionsträger aus dem kommunistischen Ostblock mit gutem Grund wenig Sympathien hegte, musste Reich-Ranicki – unter diesem Namen schrieb er von 1958 an über Literatur – sein Leben dann noch einmal neu erzählen. Das heißt in diesem Fall: Er schwieg jahrzehntelang über seine Zeit beim Sicherheitsministerium. Erst 1991 meldete sich in der polnischen Zeitung "Gazeta Wyborcza" ein früherer Mitarbeiter und Ex-Agent zu Wort und berichtete über den Einsatz Ranickis für das Ministerium. 1994 wurde die Sache auch in Deutschland publik und in allen Zeitungen heftig debattiert. Reich-Ranicki wehrte sich unter anderem mit dem Argument, er müsse doch gerade den Deutschen nicht Rechenschaft darüber ablegen, was er in Polen getan oder gelassen habe.

Der "Literaturpapst" genannte Kritiker hat fast drei Jahrzehnte seines Lebens in unserem östlichen Nachbarland verbracht. Heute gibt es wohl keine zweite ähnlich prominente Person, die persönlich und beruflich derart prägende Jahre sowohl in Polen wie in Deutschland erlebt hat. Konnte jemand, der mehr als einmal – erst hier, dann dort – Ausgrenzung erfahren hatte, der hier wie dort Antisemitismus erleben musste, dem andererseits die jüdischen Traditionen fremd waren, überhaupt ein Heimatgefühl entwickeln? Vielleicht ist es nur folgerichtig, dass ein Mensch nach diesen Erlebnissen nur noch eine geistige Heimat sein eigen nennen kann: die Literatur, in seinem Fall vor allem die deutsche. So hat es Reich-Ranicki selbst gesagt.

Doch in dem Land, in dem er und seine Frau geboren wurden, in Polen, ist kein Mitglied der Familie Reich-Ranicki nach 1958 jemals wieder gewesen. Selbst als die Familie Gawin, der das Ehepaar sein Leben verdankt, 2006 von der Jerusalemer Gedenkstätte Yad Vashem und vom israelischen Botschafter in Warschau mit der Auszeichnung "Gerechte unter den Völkern der Welt" geehrt wurden, nahm Reich-Ranicki die Einladung nicht an. Es mag paradox erscheinen: Der Überlebende des Holocaust hat sich im "Land der Täter" niedergelassen, doch sein Geburtsland, das diese Täter verwüstet hatten, nie wieder besucht.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Fußnoten

1. Die Autobiografie (Erstausgabe): Marcel Reich-Ranicki: "Mein Leben". Stuttgart 1999. Der gleichnamige Spielfilm (Regie Dror Zahavi): Sendetermin in der ARD 15. April 2009. – Eine erste kritische Untersuchung von "Mein Leben" hat die Schriftstellerin Petra Morsbach in ihrem Buch geleistet: "Warum Fräulein Laura freundlich war. Über die Wahrheit des Erzählens", München/Zürich 2006. In diesem Buch liest die Autorin "Mein Leben", Günter Grass' "Blechtrommel" und Alfred Anderschs "Vater eines Mörders" zwischen den Zeilen und weist auf "manipulative" Elemente hin.
2. Hier ist nicht der Ort, weitere Details darzustellen; ich habe die Vorwürfe gegen Reich-Ranicki und seine Er widerungen in meinem Buch "Wolke und Weide. Marcel Reich-Ranickis polnische Jahre" (Verlag Klett-Cotta, 2009) dokumentiert.

3. Der Kanon. 20 Romane und ihre Autoren. Mit einer Einführung von Marcel Reich-Ranicki. Frankfurt am Main 2002, S. 89f.

Polnische Literatur und deutsch-polnische Literaturbeziehungen

Von Matthias Kneip

10.2.2009

Dr. Matthias Kneip ist Schriftsteller, Publizist und Polenreferent sowie Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Polen-Institut in Darmstadt.

Wie werden Deutschland und die Deutschen in der polnischen Literatur und Polen und die Polen in der deutschen Literatur dargestellt? Wie steht es um die Literaturbeziehungen beider Länder und welchen Beitrag kann Literatur zur Verständigung leisten? Matthias Kneip gibt Antworten.

Der in Deutschland wohl bekannteste und zugleich renommierteste Übersetzer polnischer Literatur ins Deutsche, Karl Dedecius, hat einmal die Rolle der Literatur für die Verständigung zwischen den Völkern folgendermaßen beschrieben: "Die Literatur ist ein Fenster, durch welches ein Volk einem anderen in die Augen schauen kann". Mit seinen kongenialen Übersetzungen und nicht zuletzt auch mit der von ihm ausgehenden Gründung des Deutschen Polen-Instituts im Jahre 1980 in Darmstadt, das sich die Pflege der deutsch-polnischen Kulturbeziehungen im Allgemeinen und die Verbreitung der polnischen Literatur in Deutschland im Besonderen zur Aufgabe gemacht hat, hat Karl Dedecius die Grundlage dafür geschaffen, dass ein Großteil der polnischen Literatur in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland in einem beachtenswerten Umfang für den deutschsprachigen Leser zugänglich geworden ist. Somit wurde es möglich, über diesen Weg dem polnischen Volk in die Augen zu schauen.

Zwei der wichtigsten Editionen polnischer Literatur stellten dabei die im Suhrkamp-Verlag erschienene 50-bändige "Polnische Bibliothek" dar sowie das "Panorama der polnischen Literatur". Beide Sammeleditionen geben in einem bislang nicht da gewesenen Umfang einen Einblick und zugleich Überblick über die wichtigsten Werke und Autoren der polnischen Literatur von der Renaissance bis zur Gegenwart – in deutscher Übersetzung.

Doch häufig bleibt der Blick des deutschen Lesers in die Augen der Polen über die Literatur trotzdem aus. Entweder mangelt es am grundsätzlichen Interesse, oder, im günstigeren Fall, wendet sich der deutsche Leser nach der Lektüre einiger Werke ab mit der Begründung, vieles sei ihm unverständlich, zu hermetisch, zu philosophisch. Und tatsächlich gehörte es zu den Eigenarten der polnischen Literatur, dass sie insbesondere im 19. und 20. Jahrhundert häufig nur vor dem Hintergrund des nationalen Schicksals des Landes zu verstehen war, da sie sich meist unmittelbar mit den zur ihrer Entstehungszeit herrschenden politischen und sozialen Verhältnissen auseinandersetzte. Solche Anspielungen und Korrespondenzen waren und sind für ausländische Leser schwer zu durchschauen, geschweige denn zu begreifen, was der polnischen Literatur, im Gegensatz zur russischen Literatur, schnell das Image einer schweren, unverständlichen Literatur einbrachte. Der Slawist Wilhelm Lettenbauer brachte diese Problematik der polnischen Literatur einmal auf den Punkt, in dem er sie folgendermaßen charakterisierte: "Ihre Stärke – das Verbundensein mit dem nationalen Schicksal – ist zugleich auch ihre Schwäche, ist eine Barriere, um außerhalb Polens rezipiert und verstanden zu werden".[1]

Literatur als Spiegel nationalpolitischer Verhältnisse

Dieser Zusammenhang zwischen den nationalpolitischen Verhältnissen und deren Reflexion in der Literatur war insbesondere für den wichtigsten Abschnitt der polnischen Literaturgeschichte von Bedeutung, die polnische Romantik (1822-1863). Ohne hier weiter auf die literarische Vorgeschichte dieser Epoche eingehen zu können, bildeten die damals herrschenden politischen Verhältnisse den Nährboden für die Entstehung der Hauptwerke der klassischen polnischen Literatur. Durch die drei Teilungen Polens in den Jahren 1772, 1793 und 1795 zwischen Preußen, Österreich und Russland verschwand das Land für 125 Jahre, also bis zum Jahr 1918 von der politischen Landkarte Europas. Das bedeutete, dass sowohl der Religion – daher die große Bedeutung der katholischen Kirche bis heute für das nationale Selbstverständnis der Polen –, als auch der Kunst, vor allem aber der Literatur, die Aufgabe zugewiesen wurde, zum Statthalter und Erhalter eines gemeinsamen, nicht mehr von der Politik geförderten polnischen Nationalbewusstseins zu werden. Das Trauma dieser drei Teilungen Polens, aber auch die spätere erneute Teilung des Landes zwischen Deutschland und Russland im Jahr 1939 sowie die nach dem Zweiten Weltkrieg erzwungene Einbindung Polens in den sowjetischen Machtbereich in den Jahren 1949-1989 haben ihren Niederschlag in der polnischen Literaturgeschichte gefunden und spiegeln sich in vielen ihrer Werke wieder. Ohne das Bewusstsein um diesen Zusammenhang zwischen Literatur, Herrschaftspolitik und nationalen Empfindlichkeiten sind grundlegende Werke der polnischen Literatur für Ausländer nur rudimentär und in Ansätzen verständlich.

Den unbestrittenen Höhepunkt der polnischen Romantik stellt das Schaffen des polnischen Nationaldichters Adam Mickiewicz (1798–1855) dar, der mit seinen Hauptwerken, dem Epos "Pan Tadeusz" und dem Drama "Totenfeier" Symbole nationaler Widerstandskraft schuf. Die Sehnsucht des polnischen Volkes nach der Wiederherstellung eines eigenen Staates und die Bereitschaft, für diesen nationalen Kampf auch das eigene Leben zu opfern, wurden durch seine Werke zu zentralen Elementen der polnischen Literatur, die sich auch in den Werken der beiden anderen, ebenso bedeutenden polnischen Romantiker Juliusz Słowacki (1809–1849) und Zygmunt Krasiński (1812-1859) finden.

Mickiewicz, der gelegentlich auch als "polnischer Goethe" titulierte wird, kam 1798 als Sohn eines Kleinadligen im litauischen Zaosie zur Welt, also in einer Zeit, als Polen bereits zwischen seinen Nachbarn Preußen, Österreich und Polen aufgeteilt war und seine Heimat Litauen unter russischer Herrschaft stand. In diesem Umfeld schrieb er auch seine berühmte Ode an die Jugend, die in der Tradition des deutschen Sturm und Drang, vor allem Friedrich Schillers, zum Kampf für die Freiheit und gegen die alte Welt aufrief. Sie wurde während des polnischen Novemberaufstandes im Jahre 1830 zur Hymne der Aufständischen, die da so hoffnungsvoll endete:

"Schon splittert das Eis, mit ihm alle Not
Der finsternen Vorurteile;
Willkommen Freiheit im Morgenrot,
Erstrahle zu unserem Heile."

Wie bedeutend die Einflüsse der deutschen Literatur auf das Schaffen von Mickiewicz waren, geht auch aus Briefen hervor, die er aus Kowno nach Wilna schrieb und in denen er über seine Lektüre von Schiller äußerte: "Welche Maria Stuart! Alles ist wundervoll. Erbarmt Euch, und schickt mir irgendetwas Deutsches! Denn ich habe für meine besten Augenblicke nichts mehr zu lesen... Über die Tragödie Die Räuber kann ich nicht schreiben. Nichts hat mich ebenso stark bewegt und nichts wird es jemals tun..." [2]

1823 wurde Adam Mickiewicz, der Mitglied in verschiedenen freiheitsorientierten Geheimbänden war, wie viele seiner Freunde verhaftet und ins Innere Russlands verbannt. Später gelang ihm die Ausreise nach Westeuropa, wo er sich nach längeren Aufenthalten in Deutschland und Italien schließlich in Paris niederließ. Er wurde mit seinen Werken zum Begründer der polnischen romantischen Literatur und bis heute zum anerkannten Sprecher seines Volkes. Mickiewicz starb 1855 in Konstantinopel bei

dem Versuch, eine polnische und eine jüdische Legion im russisch-türkischen Krieg aufzustellen, wurde zunächst in Paris beerdigt, dann 1890 nach Krakau überführt, wo er heute neben dem Dichter Juliusz Słowacki sowie neben den polnischen Königen im Wawel ruht.

Zwischen Romantik und Positivismus: Brücken in den Schulunterricht

Von den historischen Teilungen Polens Ende des 18. Jahrhunderts ausgehend lassen sich auch im Schulunterricht Brücken schlagen zur deutschen Literaturgeschichte. So verbrachte der deutsche Schriftsteller und Romantiker E.T.A. Hoffmann die Jahre zwischen 1800 und 1807 zunächst in Posen (1800-1802), später in Plock (1802-1804) und schließlich in Warschau (1804-1807). In Posen hatte E.T.A. Hoffmann im Jahr 1800 seinen Dienst als gerade ernannter Gerichtsassessor angetreten und heiratete dort am 26. Juli 1802 die Polin Maria Tekla Michalina Trzci ska. Zwei Jahre später wurde E. T.A. Hoffmann nach Plock strafversetzt, weil mehrere seiner bissigen Karikaturen, die er über die preußische Obrigkeit gezeichnet hatte, bekannt geworden waren. Auf Grund seiner hervorragenden beruflichen Fähigkeiten als Gerichtsrat wurde E. T.A. Hoffmann aber schon im Jahr 1804 nach Warschau versetzt, das seit 1795 Hauptstadt der Provinz Süd-Preußen war. Hier setzte er seine politische Karriere fort und traf u.a. auch mit Zacharias Werner zusammen, der seit 1796 in Warschau arbeitete und für dessen Trauerspiel "Das Kreuz an der Ostsee" er die Bühnenmusik komponierte.

Die Beherrschung der polnischen Sprache war für Hoffmann im damaligen Polen nicht notwendig, da er sich überwiegend in den Kreisen seiner preußischen Landsleute bewegte, zudem in Adelskreisen Französisch gesprochen wurde. Das Warschauer Leben inspirierte das Universalgenie Hoffmann zu zahlreichen Kompositionen, Bildern und Karikaturen, weniger aber zu literarischen Werken. Vor allem sein musikalisches Talent brachte er in Warschau zur vollen Entfaltung und schuf dort u.a. die Warschauer Messe (1805). Am 26. September 1805 schrieb er seinem Freund Hippel: "Während des Jahrs, das ich dir nicht schrieb, habe ich ein angenehmes künstlerisches Leben geführt, ich habe komponirt, gemahlt und nebenher ziemlich gut italiänisch gelernt." [3] Auch in einigen Erzählungen Hoffmanns spiegelt sich die Warschauer Zeit wieder, so unter anderem in der Erzählung Das Gelübde aus den Serapionsbrüdern. Mit dem Einmarsch der französischen Truppen in Warschau im November 1806 verlor Hoffmann seine Arbeit und geriet in finanzielle Schwierigkeiten. Der letzte Satz seines letzten Briefes vom 14. Mai 1807 aus Warschau lautete: "[...] meine Lage ist wirklich ganz verdammt".[4] Wenige Monate später verließ er Warschau und reiste über Posen nach Berlin. Seine Warschauer Zeit hielt er rückblickend für eine der glücklichsten Episoden seines Lebens.

Nach der Niederschlagung des Novemberaufstandes 1831 durch russische Besatzungstruppen emigrierten polnische Aufständische nach Deutschland, Frankreich und in die Schweiz. Es entstanden Hunderte von so genannten Polenliedern deutscher Dichter, die mit den polnischen Aufständischen sympathisierten und diese vor dem Hintergrund der eigenen Unfähigkeit zur Revolution idealisierten. Neben den deutschen Dichtern hat auch Gottfried Keller dieses Thema in seiner Novelle "Kleider machen Leute" aufgegriffen. Denn die Hochachtung, die die Bürger Goldachs dem vermeintlichen polnischen Grafen Wenzel Strapinski in der Novelle entgegenbringen, steht historisch unmittelbar im Zusammenhang mit der – fast möchte man sagen blinden – Verehrung der polnischen Aufständischen im damaligen deutschen Bund. Dass diese Novelle ohne Kenntnisse über die damalige historische Lage in Polen kaum oder nur teilweise zu entschlüsseln ist, zeigt auch die biografische Situation Kellers. Als Staatsschreiber und zugleich Sekretär des Provisorischen Komitees zur Unterstützung der Polen in den Jahren 1863/64 hatte sich Keller in dieser Funktion unmittelbar mit dem Schicksal von polnischen Flüchtlingen, ihrer Unterbringung und Versorgung, aber auch mit Betrügnern, die diese Situation auszunutzen versuchten, zu befassen. So untersuchte er u.a. den Fall eines gewissen Julius Schramm, der aus Preußen stammte, als russischer Agent tätig war und sich als polnischer Freiheitskämpfer ausgab.

Es würde zu weit führen, hier die mehr als ein Dutzend expliziten Bezüge der Novelle zur polnischen Geschichte im Einzelnen auszuleuchten. Aber schon allein der Name Strapinski und die Kleidung der Hauptfigur geben deutliche Hinweise darauf, unter welchen historischen Umständen eine solche

Verwechslung überhaupt nur möglich war. Die spezifisch polnische Kleidung Strapinskis offenbart den Illusionshunger des Schneidergesellen und sein Bedürfnis, eine gleichförmige, bürgerliche Wirklichkeit romantisch aufzuheben. Die erwähnte polnische Pelzmütze – eine mit Pelz verbrämte viereckige Kopfbedeckung, auch Rogatywka genannt – wurde erstmals in den patriotischen Befreiungskriegen getragen, in denen der polnische Nationalheld Tadeusz Kościuszko (1746–1817) bei Dubienka 1792 über die zaristischen Truppen siegte. Sie wurde zum Zeichen eines idealisierten, nationalen polnischen Bewusstseins. Der Leser ahnt, dass das Polnische deshalb bei Keller imitiert wird, weil es Ideale verkörpert, die sowohl vom Schneidergesellen, als auch von den Schweizer Bürgern erstrebt wurden und die in unmittelbarem historischem (also realistischem!) Zusammenhang mit den Ereignissen seiner Zeit stehen. Die Idealisierung und Bewunderung Strapinskis durch die Goldacher offenbart zugleich deren eigene, biedere Wirklichkeit.

Nach der Niederschlagung auch des Januaraufstandes von 1863 entwickelte sich in Polen als Gegenströmung zur Romantik der polnische Positivismus, der von Autoren wie Eliza Orzeszkowa (1841-1910) und Bolesław Prus (1847-1912) vertreten wurde. Diese Autoren wandten sich gegen die Aufstandsmentalität und riefen dazu auf, die Wiedergeburt Polens durch staatliche Selbstorganisation voranzubringen. Eine erneute Richtungsänderung brachten die Autoren des Jungen Polen, die letztendlich der polnischen Literatur um die Jahrhundertwende den Weg in die Moderne ebneten und aus deren Gemeinschaft sich später verschiedene literarische Strömungen wie die Avantgarde, der Futurismus oder der Expressionismus herausbildeten. Am Anfang dieser Bewegung stand als ihr programmatischer Initiator und Vorreiter Stanisław Przybyszewski, der viele Jahre in Deutschland lebte und enge Verbindung zur Berliner Boheme, insbesondere zu Richard Dehmel pflegte. Auch wenn Przybyszewskis literarisches Werk weitgehend in Vergessenheit geraten ist, hatten seine revolutionären Ideen und Tabubrüche, ähnlich wie die antinaturalistischen Manifeste eines Hermann Bahr in Deutschland, großen Einfluss auf den weiteren Verlauf der polnischen Literaturgeschichte.

Przybyszewskis Skandale und Saufgelage machten ihn im Berlin der Jahrhundertwende zu einer der schillerndsten und bekanntesten Persönlichkeiten der Boheme, neben Gesinnungsgenossen wie Strindberg, Munch, oder Richard Dehmel.

Die Dichter des Jungen Polen, wie Kazimierz Przerwa-Tetmajer (1865–1940), Jan Kasprowicz (1860–1926) oder Stanisław Wyspiański (1869–1907) schufen auch die Grundlage für die spätere Entstehung der absurden und grotesken Werke von Stanisław Witkiewicz (1885–1939), Witold Gombrowicz (1904–1969) und Bruno Schulz (1892–1942), die das sog. groteske Dreigestirn der Zwischenkriegszeit prägten. Alle drei Autoren zählen durch ihre Dramen und Prosawerke zu den bedeutendsten Vertretern der polnischen Avantgarde und neben den Lyrikern Julian Przybó (1901–1970) und Julian Tuwim (1894–1953) zu den bedeutendsten Schriftstellern ihrer Zeit. Insbesondere das literarische, aber auch das grafische Werk von Bruno Schulz, der häufig als polnischer Kafka bezeichnet wird, erlebt heute eine Renaissance.

Der Zweite Weltkrieg mit dem deutschen und anschließend dem sowjetischen Überfall auf Polen bewirkte eine neuerliche Hinwendung zur romantischen Tradition. Junge Poeten wie Krzysztof Kamil Baczyński (1921–1944) oder Tadeusz Gajcy (1922-1944) publizierten ihre Gedichte in Untergrundzeitschriften, wobei viele Autoren dieser Generation im Warschauer Aufstand von 1944 fielen. Der opferreiche Widerstand gegen das NS-Regime trug dabei mitunter Züge romantischen Heldentums. Auch Günter Grass spielt in der Blechtrommel bei der Beschreibung der polnischen Kampftruppen bissig-ironisch auf diesen polnischen Heldenmut an. Diese Passage war unter anderem eine Ursache dafür, dass die Blechtrommel in Polen lange Zeit verboten war und ihrem Autor erst seit den 80er-Jahren große Anerkennung zuteil wurde. Tausende Polen und Juden kamen beim Aufstand im Warschauer Getto 1943 und beim Warschauer Aufstand 1944 ums Leben.

Ähnlich wie in Deutschland Günter Eich, der nach dem Krieg Inventur machte, stellten sich auch polnische Autoren wie Czesław Miłosz (1911–2004) oder Tadeusz Rózewicz (*1921) die Frage, was nach all den schrecklichen Erfahrungen und Erlebnissen übrig geblieben ist, was gerettet wurde. Vor

allem Tadeusz Ró ewicz wurde zum Sprecher einer Generation, deren physische und moralische Welt zusammengebrochen war und der versuchte, eine adäquate Sprache für eine Literatur nach Auschwitz zu schaffen. Er debütierte im Jahr 1947 mit dem Gedichtband "Unruhe", der einer literarischen Revolution gleichkam und Ró ewicz zum Schöpfer einer neuen poetischen Sprache in der polnischen Literatur machte. Ró ewicz wurde zum "Dichter der gewürgten Gurgel", zur repräsentativen Stimme der polnischen Nachkriegsliteratur, der über seine Dichtung sagte:

"Ich kann nicht begreifen, dass eine Poesie fortbesteht, obwohl der Mensch, der diese Poesie – als Zeichensprache, die das Unsagbare aussagen soll – ins Leben rief, tot ist. Grund und Antrieb für meine Dichtung ist auch der Hass gegen die Poesie. Ich rebellierte dagegen, dass sie das "Ende der Welt" überlebt hat, als wäre nichts geschehen. Unerschütterlich in ihren Gesetzen, Gebrauchsanweisungen und Praktiken. Meine eigenen Gedichte betrachte ich mit Misstrauen. Ich habe sie aus dem Rest der übrig gebliebenen, geretteten Worte gefügt, aus uninteressanten Worten, aus Worten vom großen Müllhaufen, vom großen Friedhof. Ich bildete mir ein, ich sei der erste Mensch, der sagt: "Guten Tag", "Wasser", "die Sonne geht auf" ... Ich schuf Poesie für Entsetzte. Für dem Gemetzel Preisgegebene. Für Überlebende. Wir lernten das Sprechen von Anfang an. Sie und ich. Nur ein verzweifelter oder infantiler Mensch kann mit Hilfe ausgesuchter Bilder "die Schönheit" beschreiben, wo vor unseren Augen die Wahrheit stirbt." [5]

In der deutschen Literaturwissenschaft hat man, wie mir scheint, bislang noch zu wenig erkannt, wie ähnlich die literaturhistorischen Gegebenheiten in Deutschland und in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg waren. Ohne hier diese meines Erachtens hochinteressante Thematik weiter vertiefen zu können, sei doch dem poetischen Ansatz von Ró ewicz das poetische Manifest eines Wolfgang Borcherts gegenübergestellt, das ebenfalls im Jahr 1947 erschien, als der Gedichtband "Unruhe" von Ró ewicz in Polen veröffentlicht wurde:

"Wir brauchen keine Dichter mit guter Grammatik. Zu guter Grammatik fehlt uns Geduld. Wir brauchen die mit dem heißen heiser geschluchzten Gefühl. Die zu Baum Baum und zu Weib Weib sagen und ja sagen und nein sagen: laut und deutlich und dreifach und ohne Konjunktiv. Für Semikolons haben wir keine Zeit und Harmonien machen uns weich und die Stilleben überwältigen uns: Denn lila sind nachts unsere Himmel. Und das Lila gibt keine Zeit für Grammatik, das Lila ist schrill und ununterbrochen und toll. Über den Schornsteinen, über den Dächern: die Welt: lila. Über unseren hingeworfenen Leibern die schattigen Mulden: die blau beschneiten Augenhöhlen der Toten im Eissturm, die violettwütigen Schlünde der Kanonen." [6]

Ich denke, die Ähnlichkeiten dieser beiden sprachpoetologischen Ansätze sind durchaus auch für Schülerinnen und Schüler evident und nachvollziehbar.

Noch heute zählt Tadeusz Ró ewicz neben den Nobelpreisträgern Czesław Miłosz und Wisława Szymborska (*1927) zu den wichtigsten und bedeutendsten Autoren seines Landes. Dabei ist es nicht verwunderlich, dass die letzten Nobelpreise für Polen an Lyriker gingen, zumal das Land vor allem in dieser literarischen Gattung in den vergangenen Jahrzehnten Weltliteratur hervorgebracht hat.

Der demokratische Umbruch in Polen im Jahr 1989 öffnete nicht nur die Tore für die Rückkehr Polens in die politische Gemeinschaft Europas, sondern er ermöglichte den polnischen Autoren auch die Auseinandersetzung mit bislang tabuisierten Themen ohne Rücksicht auf nationale oder politische Empfindlichkeiten. Jüngere Autoren wie Paweł Huelle (*1957), Stefan Chwin (*1949), Andrzej Stasiuk (*1960), Natasza Goerke (*1960) oder Olga Tokarczuk (*1962) sind seitdem zu Wortführern einer neuen Generation geworden, die allmählich den Platz der großen, zum Teil noch lebenden Klassiker einzunehmen beginnt.

Die zunehmende literarische Auseinandersetzung mit Themen aus der deutsch-polnischen Vergangenheit sowohl bei jüngeren deutschen, als auch bei jüngeren polnischen Autoren zeigt, dass das aktuelle literarische Schaffen beider Länder nach und nach aufeinander zugeht, Berührungspunkte von einst schwinden und eine gegenseitige Rezeption stattfindet. Der weltweit beachtete Auftritt der

neuen polnischen Autorengeneration auf der Frankfurter Buchmesse im Jahr 2000 war ein beeindruckendes Zeichen dafür, dass die polnische Literatur aus dem politischen Käfig ihrer nationalen Enklave längst herausgetreten ist, hinaus auf den freien Markt der Weltliteratur, und sich frei gemacht hat von den Fesseln einstiger Zensur und thematischer Unfreiheit. Doch während die Polen allein schon durch die weitaus besseren Sprachkenntnisse der deutschen Literatur offen und neugierig gegenüber treten, müssen insbesondere junge Menschen motiviert werden, in die schönen Augen des Nachbarn zu blicken. Und wer den Blick in die Augen der polnischen Poesie wagt, wendet ihn meist nicht mehr von ihr ab.

Literatur:

Kneip, Matthias/Mack, Manfred: Polnische Literatur und deutsch-polnische Literaturbeziehungen. Materialien und Kopiervorlagen für den Deutschunterricht. 10.-13. Schuljahr. Berlin 2003.

Dedecius, Karl: Polnische Bibliothek. Begründet von Karl Dedecius. Frankfurt am Main 1982-2000. Die Übersetzungen aller hier in deutscher Sprache zitierten polnischen Gedichte stammen von Karl Dedecius.

Dedecius, Karl: Panorama der polnischen Literatur des 20. Jahrhunderts. 5 Abteilungen in 7 Bänden. Deutsches Polen-Institut Darmstadt. Zürich 1996-2000.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Fußnoten

1. Lettenbauer, hier zit. nach: Kneip, Matthias/Mack, Manfred: Polnische Literatur und deutsch-polnische Literaturbeziehungen. Materialien und Kopiervorlagen für den Deutschunterricht. 10.-13. Schuljahr. Berlin 2003. S.7.
2. Briefe Mickiewicz` aus Kowno nach Wilna, Herbst 1820, hier zit. nach: Dedecius, Karl: Deutsche und Polen in ihren literarischen Wechselbeziehungen. Stuttgart 1973, S.32.
3. Zit. nach: Kosim, Jan: Ernst Theodor Amadeus Hoffmann in Warschau 1804-1807. In: Mitteilungen der E.T.A. Hoffmann-Gesellschaft e.V. 37. H. Bamberg 1991, S.10.
4. Aus: E.T.A. Hoffmann. Briefe (eine Auswahl). Hg. v. Ginzkey, Franz Karl, Wien, München, Leipzig. 1922.
5. Ró ewicz, Tadeusz: Poesie für Entsetzte. Aus: Theorie der modernen Lyrik. Dokumente zur Poetik I. Hamburg 1966. S. 416ff.
6. Borchert, Wolfgang: Das ist unser Manifest. Aus: Das Gesamtwerk. Hamburg 1959.

Normalisierung wäre schon viel - Essay

Von Peter Bender

26.1.2005

Dr. phil., geb. 1923, gest. 11. Oktober 2008, war seit 1954 Journalist, u.a. 1973 bis 1975 ARD-Korrespondent (Hörfunk) in Warschau.

Das deutsch-polnische Verhältnis ist von einer "Normalisierung" weit entfernt: Nirgendwo in Europa hatten es zwei Nationen so schwer, wieder zueinander zu kommen. Ein Essay des verstorbenen Publizisten und Historikers Peter Bender.

Im Warschau der siebziger Jahre hieß es, das Verhältnis zwischen Polen und Deutschen könne nur schrittweise wiederhergestellt werden. Zunächst müsse man sich um Normalisierung bemühen, dann um Verständigung, und wenn diese erreicht sei, werde schließlich Versöhnung möglich.

Der erste Vertrag, mit dem Polen und die Bundesrepublik ihre Beziehungen regeln wollten, der so genannte Warschauer Vertrag, erhielt 1970 die bescheidene Überschrift und Zweckbestimmung: Er solle die "Grundlagen der Normalisierung" schaffen, also noch nicht einmal eine Normalisierung, sondern nur eine Basis, auf der sie möglich sein würde. Dem Vertrag folgte nach einer kurzen Euphorie auf beiden Seiten Enttäuschung. Die Beziehungen entwickelten sich recht unerfreulich, und es vergingen fünf Jahre, bis in einem zweiten Vertragspaket die dringendsten Forderungen Bonns und Warschaus mehr schlecht als recht befriedigt wurden. Polen wie Deutsche hatten dem Warschauer Vertrag zwar eine realistische Bestimmung gegeben, aber dann doch zu viel erwartet. Ebenso erging es später noch vielen. Westdeutsche Politiker kamen oft nach Polen; beflügelt von den besten Absichten beschworen sie Versöhnung und wunderten sich sehr, wenn sie auf Zurückhaltung stießen: Mit der naiven Vorstellung, sich gleich versöhnen zu können, hatten sie gezeigt, dass sie keine Vorstellung von der Dimension dessen hatten, was zwischen Polen und Deutschen zu bewältigen war.

Mit dieser Ahnungslosigkeit haben wir, so scheint es, noch heute zu tun. Auf allen Gebieten hat sich im deutsch-polnischen Verhältnis vieles gebessert, von der Wirtschaft über die Politik bis in die Privatbeziehungen; sogar polnische und deutsche Soldaten üben gemeinsam. Versöhnung, zumindest Verständigung, scheint erreicht, aber plötzlich sieht alles wieder anders aus. Berlin und Warschau stehen in offenen Konflikten, die Vertrautheit ist Zweifeln oder sogar Misstrauen gewichen, alte Vorurteile brechen wieder hervor. Als Illusion erwies sich, alles werde zwischen Polen und Deutschen in Ordnung kommen, wenn beide demselben Militärbündnis und derselben europäischen Gemeinschaft angehören. Haben wir wieder zu viel erwartet? Vielleicht hilft es zur Klärung, sich daran zu erinnern, was Polen und Deutsche seit dem vergangenen Jahrhundert auseinander getrieben hat. Was von unserer schlimmen Vergangenheit lebt noch? Was ist schon überwunden? Es gab, so scheint es, zwei Arten von Konfliktursachen: Die einen waren durch Umstände bedingt, die anderen sind historischer Natur.

Der wichtigste Umstand war der Kalte Krieg. Polen befand sich im Lager des Ostens, der größere und stärkere Teil Deutschlands, die Bundesrepublik, stand im Lager des Westens. Polen wurde von einer halbkommunistischen, autoritären Parteilite regiert, die Bundesrepublik von demokratischen Regierungen. Warschau und Bonn waren zur Blockdisziplin genötigt und hatten nur begrenzte Aktionsmöglichkeiten über die Ost-West-Grenze hinweg.

Außerdem engte die Zweistaatlichkeit Deutschlands den Manövrierraum aller Beteiligten ein. Warschau stand unter ständiger, misstrauischer Beobachtung der DDR, die Polen wegen

Westneigungen in Moskau denunzierte; jeder polnische Schritt in Richtung Bonn verlangte einen Schritt in Richtung Ost-Berlin. Bonn und Ost-Berlin wiederum konkurrierten in ihrer Polen-Politik, das hieß, sie behinderten einander. Die DDR-Führung fürchtete die wirtschaftliche Attraktivität der Bundesrepublik und störte, wo sie konnte; die Bundesrepublik nutzte ihre ökonomische Überlegenheit. Zwanzig Jahre lang, bis zu Brandts Ostpolitik, fesselte sie sich selbst, weil sie die Oder-Neiße-Grenze und die DDR nicht anerkannte, was die DDR nutzte und Warschau zu einem politischen Zweckbündnis mit Ost-Berlin gegen Bonn zwang.

Sachlich und politisch gab es manches, das die drei Staaten vernünftigerweise gemeinsam hätten unternehmen können, angefangen bei Verkehrsfragen, aber da war nichts möglich. In Warschau fürchtete man ein Zusammenspiel der beiden Deutschlands gegen Polen, in Bonn fürchtete man eine Koalition der beiden Kommunisten gegen die westliche Bundesrepublik, in Ost-Berlin fürchtete man die stillschweigende Kooperation der beiden Liberalen gegen die dogmatisch-kommunistische SED.

Zu all dem traten Missverständnisse, und manche wirken bis heute nach. In der Bundesrepublik war man fest davon überzeugt, sachlich und unvoreingenommen zu denken, während die Polen von ideologisch verformten Vorstellungen ausgingen - aber es war gerade umgekehrt. Die Polen dachten historisch und die Westdeutschen ideologisch. Beide irrten sich dabei gründlich. Die Polen glaubten, einen ewigen deutschen Drang nach Osten zu erkennen, von den Kreuzrittern über die preußischen Könige bis zu Hitler und dann zu Adenauer. Sie meinten, in der Bundesrepublik wiederholten sich Weimar und der Nazismus: zuerst der Anspruch auf polnisches Land, dann der Angriff auf Polen. In Warschau verkannte man, dass Bonn auf den Westen fixiert war und für den Osten kaum mehr als Worte hatte. Man mochte nicht glauben, dass die Oder-Neiße-Grenze weit mehr eine Frage der Innen- als der Ostpolitik war. Jahrzehnte mussten vergehen, bis man in Polen, von Ausnahmen abgesehen, die Bonner Demokratie ernst nahm und zu glauben begann, dass dies nicht mehr das alte, gefährliche Deutschland war.

Ebenso lange dauerte es, bis man in der Bundesrepublik, von Ausnahmen abgesehen, begriff, dass auch die polnischen Kommunisten, jedenfalls seit 1956, zuerst Polen und dann Kommunisten waren, soweit sie es überhaupt je waren. Fast die gesamte Bundesrepublik lebte jahrzehntelang in der Vorstellung, der Osten sei ein monolithischer Block, ohne Bewegungsmöglichkeiten für die einzelnen Staaten und geführt von machtgerigen Berufsrevolutionären, getrieben vom Ziel einer Weltrevolution. Auflockerungen wurden zwar bemerkt, aber meist bezweifelt. Wenn Kommunisten sich friedlich gäben, erklärte Adenauer 1956, würden sie noch gefährlicher.

Da man bis in die siebziger Jahre hinein wenig miteinander in Berührung kam, hielten sich auf beiden Seiten die Vorurteile. Umso stärker war dann die Überraschung, wenn ein Besuch ein ganz anderes Bild erbrachte. Ein polnischer Journalist, der Auschwitz überlebt hatte, fuhr 1973 zum ersten Mal in die Bundesrepublik. Er war voller Zweifel gewesen gegenüber den Deutschen, aber kam erleichtert zurück: "Sie gehen bei Rot über die Straße."

Zwischen den Machthabern in Polen und der DDR gab es handfeste Interessengegensätze. Die polnischen Kommunisten mussten national, die deutschen international denken. Die polnische Partei hatte auf ihr Volk, dessen Gefühle und Traditionen Rücksicht zu nehmen, Kirche, Kultur und Landwirtschaft ließen sich nicht sozialisieren. Die SED hingegen brauchte die Ideologie, um die Existenz ihres Staates zu rechtfertigen. Polen blieb, gleich wer regierte, Polen, die DDR blieb nur die DDR, solange sie sich als sozialistisch gegen die Bundesrepublik abheben konnte. In polnischen Augen waren die SED-Leute gefährliche Dogmatiker, die im Bunde mit Moskau die polnischen Freiheiten bedrohten. Aus Sicht der SED waren die polnischen Genossen gefährliche Revisionisten, die sowohl die Reinheit der Lehre als auch den Zusammenhalt des sozialistischen Lagers und damit den Bestand der DDR bedrohten. Als Solidarno entstand und sogar legalisiert wurde, schrillten in Ost-Berlin die Alarmglocken. Erich Honecker empfahl Intervention und grenzte die DDR nach Osten fast ebenso ab wie nach Westen.

Die Mehrheit der Ostdeutschen sah mehr mit Sorge als mit Freude, was im Nachbarland geschah, ähnlich auch die Tschechen und Ungarn. Die Erfahrungen des 17. Juni 1953, des Ungarn-Aufstands und des Prager Frühlings lehrten: Wenn die Parteiherrschaft in Gefahr gerät, rollen die sowjetischen Panzer, und im ganzen Machtbereich Moskaus wird es schlimmer. Die Polen übertreiben, hieß es, und gefährden damit die bescheidenen Erleichterungen, die wir nun haben.

Die Westdeutschen, Volk und politische Klasse, schwankten zwischen Bewunderung und Befürchtung. Die Polen wurden populär wie nie seit dem Aufstand von 1830, die private Hilfe übertraf die rhetorischen Bekundungen weiter westlich gelegener Länder. Befürchtungen aber hegten Politiker aller Parteien: Wird das ein zweites Ungarn, ein zweites Prag? Später fragten sich manche in Bonn, ob polnisches Kriegsrecht vielleicht besser sei als sowjetische Okkupation. Jaruzelski erschien als Patriot, Mieczyslaw Rakowski war bekannt als Reformler. Die sozialliberale Regierung sträubte sich gegen die Sanktionspolitik der Amerikaner. Sie versuchte, mit der Warschauer Führung in Kontakt zu bleiben, und unterschätzte die Kraft der Solidarno . Vor allem sozialdemokratische Reisende ließen es in Warschau zu peinlichen Szenen kommen: Mit den Herren des Kriegsrechts konferierten sie, und die Freiheitskämpfer berücksichtigten sie nur am Rande. Die Kränkung sitzt noch heute tief, weil sie sich mit Enttäuschung paarte, denn von Sozialdemokraten erwartete Solidarno mehr Solidarität als von anderen Parteien.

All das ist nun seit anderthalb Jahrzehnten vorbei: Sowjetunion, DDR, Warschauer Pakt, Kalter Krieg, kommunistische Macht in Polen gibt es nicht mehr. Wenn wir jetzt in Konflikte geraten, sind sie aktuell bedingt oder haben tiefere, historische Ursachen. Vielleicht auch beides zusammen: Gegenwärtige Differenzen sind geschichtlich begründet.

Als erstes sind der Krieg und noch mehr die deutsche Besetzung Polens von 1939 bis 1944 zu nennen. Sie war das Furchtbarste, was Polen in seiner Geschichte durchlitten hat. Sechs Millionen polnische Staatsbürger, Juden und Nichtjuden, überlebten jene Zeit nicht. Die meisten davon, etwa 90 Prozent, wurden nicht Opfer des Krieges, sondern eines Ausrottungsplans, der sich besonders gegen die Intelligenz richtete. Polen sollte nicht beherrscht, sondern als Nation ausgelöscht werden. Verbunden mit Mord und Vernichtung waren Demütigungen, die deutsche "Herrenmenschen" den "slawischen Untermenschen" tagtäglich zufügten. Sie trafen manchen härter als die Todesdrohung und lebten weiter noch in Generationen, die später geboren wurden.

Auch die Deutschen, die aus dem Osten vertrieben wurden, waren nicht nur körperlich, sondern auch seelisch verletzt. Mit dem Ende der vierziger Jahre des 20. Jahrhunderts gingen siebenhundert Jahre deutscher Geschichte im Osten Europas zu Ende; die Deutschen leben heute wieder dort, wo sie im Mittelalter lebten. Viele wurden nicht vertrieben, sie flohen bereits vor der anrückenden sowjetischen Armee. Es waren 8,8 Millionen, die ihre Heimat in den deutschen Ostgebieten und in Polen verloren. Auch diese Erinnerung stirbt nicht mit einer Generation.

Die neue polnisch-deutsche Grenze an Oder und Neiße entwickelte sich zu einem eigenen, sogar zum zentralen Problem. Für die Deutschen war sie eine Amputation ohne historisches Beispiel; fast ein Viertel des Reichsgebiets wurde polnisch und russisch. Was für die Deutschen eine nationale Frage war, wurde für die Polen zu einer existenziellen Notwendigkeit. Eine Nation, die in zweihundert Jahren viermal geteilt wurde, die unterworfen, unterdrückt, als minderwertig behandelt, verachtet und als unfähig zur Staatsbildung betrachtet wurde und schließlich von Ausrottung und Versklavung bedroht war, braucht Gewissheit für ihre Zukunft, vor allem Grenzgewissheit.

Spätestens seit Mitte der fünfziger Jahre waren sich die meisten westdeutschen Politiker darüber im Klaren, dass Oder und Neiße die Ostgrenze Deutschlands bleiben würden. Konrad Adenauer war froh, dass er den Grenzvertrag nicht mehr aushandeln musste. Keine bundesdeutsche Partei mochte das Odium nationalen Verzichts auf sich nehmen, keine meinte, die Stimmen der Vertriebenen entbehren zu können. Deren Führung störte bewusst und geplant das Verhältnis zu Polen, vierzig Jahre lang, bis zum Sommer 1990. Manche tun es bis heute. Alle Annäherung an Polen musste gegen den

Widerstand der Verbandsfunktionäre durchgesetzt werden; die Regierung Brandt/Scheel verlor wegen des Warschauer Vertrages ihre Mehrheit im Bundestag.

Auch CDU und CSU, bis auf wenige, wichtige Ausnahmen, bekämpften den Vertrag, teilweise aus ehrenwerter Überzeugung. Was folgte, war Parteitaktik. Der Vertrag verpflichtete aus Rechtsgründen nur die Bundesrepublik. Unionspolitiker behaupteten, die Ostgebiete blieben deutsch, bis ein Friedensvertrag mit einem vereinten Deutschland die Ostgrenze festlege. Sogar Kabinettsmitglieder Helmut Kohls, die CSU-Minister Friedrich Zimmermann und Theo Waigel, dehnten die "offene" deutsche Frage auf die Provinzen jenseits von Oder und Neiße aus. Der Bundeskanzler ließ es geschehen und verweigerte 1990 ein unmissverständlich klares Wort zur Grenze, bis er den Unbelehrbaren in CDU und CSU erklären konnte: Wir müssen die Grenze anerkennen, sonst bekommen wir die Einheit nicht.

Der Vertrag, den die Regierung Kohl dann schloss, unterschied sich von Brandts Warschauer Vertrag kaum im Wortlaut, wohl aber im Geist. Brandt riskierte die Existenz seiner Regierung, Kohl nicht einmal zwei bis drei Prozent seiner Wähler. Brandt wagte den großen Schritt, um einen Neuanfang mit Polen zu erreichen, Kohl brauchte für den nationalen Verzicht eine nationale Zielsetzung. Brandt kniete in Warschau, Kohl hatte die Bundestagswahl vor Augen und schickte Außenminister Hans-Dietrich Genscher zur Unterzeichnung in die polnische Hauptstadt.

Der polnischen Forderung nach Grenzankennung entsprach die deutsche Forderung nach Umsiedlung. Da Ostpreußen, Pommern, die Neumark und Schlesien für alle Zukunft polnisch sein sollten, geboten Logik wie Humanität, die Deutschen, die dort noch lebten, nach Deutschland ausreisen zu lassen, falls sie es wollten. Doch die polnische Führung sträubte sich, soweit und solange sie konnte. Für die bundesdeutsche Politik aber wuchs die Umsiedlung fast zur Hauptfrage der Beziehungen zu Warschau, die Erfolge wie Misserfolge bemaßen sich immer mehr an den Zahlen derer, die ausreisen durften oder zurückgehalten wurden. Auf beiden Seiten wucherten die Gefühle. Die Polen sahen in der deutschen Minderheit der Vorkriegszeit eine der Ursachen ihres Unglücks und mochten nicht zugeben, dass sie immer noch Deutsche im Lande hatten. In der Bundesrepublik wollte man nicht hinnehmen, dass Polen Deutsche nicht deutsch sein ließ. Wer die Sache auch nur oberflächlich kannte, wusste: Das Kriterium "unbestreitbar deutsche Volkszugehörigkeit" war in der Praxis oft schwer zu bestimmen.

Den polnischen Kommunisten diente der Deutschenschrecken als Herrschaftsmittel. Wenn es innenpolitisch schwierig wurde, malten Parteischreiber das Schreckbild in den grellsten Farben. Nur das Bündnis mit der Sowjetunion, hieß es, schütze vor den Bonner Revanchisten, und nur die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei garantiere das schützende Bündnis. Doch das war nicht alles. In Polen, wie auch in der Bundesrepublik, wirkten allezeit Scharfmacher mit politischem Rückhalt, die alte Ängste und Ressentiments wach hielten oder wieder weckten. Die Hupkas und Czajas hatten ihr Pendant zwischen Oder und Weichsel. Die Vertriebenenblätter schrieben oft, was auch rechte Politiker nicht zu sagen wagten. Manche polnische Korrespondenten in Bonn berichteten, als entspräche der Inhalt von Reden wie "Schlesien bleibt unser" der Meinung der ganzen Bundesrepublik. Recht erfolgreich arbeiteten die Störer der Verständigung einander in die Hände, das war nicht verabredet, aber funktionierte, als wäre es das.

Was sich gegenwärtig in Polen und Deutschland abspielt, wirkt wie eine Fortsetzung - die Forderungen nach Entschädigung wie die nach Reparationen belegen es. Die schreckliche Geschichte bietet immer noch einen leicht brennbaren Stoff, mit dem zündeln kann, wer ein Interesse daran hat. Wer Vertriebenenverbände führt, in denen es immer weniger Vertriebene und immer mehr Kinder und Enkel von Vertriebenen gibt, muss neue Themen finden, die auch die weitere Existenz der Verbände rechtfertigen. Wer in Polen Sündenböcke braucht, wofür auch immer, findet sie westlich der Oder am leichtesten. Aber die Scharfmacher hier wie dort könnten nichts scharf machen, wenn nicht die alten Feindbilder noch lebten und vor allem die traumatischen Erinnerungen, die sich mobilisieren lassen. Und da es sich eben nicht um bloße Einbildung handelt, wenn von deutscher Okkupation und polnischer

Vertreibung die Rede ist, sondern um erfahrene, erlebte, erlittene Geschehnisse, muss man sie ernst nehmen als verborgene, aber ständige Gefahren für das Verhältnis zwischen Polen und Deutschen.

Auch die jüngsten Streitigkeiten, vor allem ihre überraschende Heftigkeit, werden nur begreiflich, wenn man ihre historischen Wurzeln sucht. Warschau folgte den USA in den Irak, Berlin verweigerte die Gefolgschaft demonstrativ. Die Polen fühlten sich schon vor 1990 Amerika stark verbunden, etwa sechseinhalb Millionen US-Bürger sind polnischer Herkunft, der Dollar war die zweite Währung im Lande. Außerdem hat Polen mit den Europäern schlechte Erfahrungen gemacht: Die einen haben es überwältigt, geteilt und beherrscht, die anderen haben es in der Not im Stich gelassen. So hält sich Warschau nun an die USA. Vielleicht hätten sie Polen 1945 vor Stalin retten können, meint mancher, heute jedenfalls ist Amerika die stärkste Macht in Europa und sogar in der Welt und damit die beste Garantie für die Sicherheit Polens, Sicherheit vor allem vor den Russen und vor wieder stark gewordenen Deutschen.

Auch die alte Bundesrepublik sah ihre Sicherheit nicht bei Frankreich oder Großbritannien aufgehoben, sondern bei Amerika, soweit gibt es deutsches Verständnis für die polnische Politik. Was Berlin und Warschau trennt, ist die Beurteilung Russlands und das Verhältnis zu ihm. "Alle polnischen Aufstände gingen gegen die Russen", sagte mir vor langen Jahren ein polnisches ZK-Mitglied. Für die Polen ist Russland nach wie vor eine Gefahr, vielleicht keine akute, sicher aber eine latente. Für die Deutschen aber ist es das nicht mehr. Die Sowjetunion gibt es nicht mehr, die jahrzehntelange Angst, die sowjetische Militärmaschine werde über Deutschland und Westeuropa rollen, bewegt heute fast keinen Deutschen mehr. Polen und Deutsche können tagelang ihre Argumente austauschen, ob Russland bedrohlich sei oder nicht, sie werden einander kaum überzeugen. Der Unterschied der Meinungen ist zu tief, weil historisch verwurzelt. Und er wird für Polen noch schwerer überwindbar, wenn sie deutsche Kanzler in Moskau sehen, Helmut Kohl vertraut mit Boris Jelzin, Gerhard Schröder mit Wladimir Putin. Manche sagen "Rapallo", andere denken es.

Auch der zweite Streit ist nur historisch erklärbar. Er ging darum, wie stark Polen in der europäischen Union vertreten sein soll, und hatte die gleiche Wurzel wie früher die Unbedingtheit, mit der Polen auf der Oder-Neiße-Grenze beharrte: Wer so lange als zweitrangig behandelt wurde, verlangt Gleichrangigkeit. Er tut es umso mehr gegenüber einem Nachbarn, der ihn in der Vergangenheit mit seiner Arroganz beleidigt hat.

Diese Arroganz ist weitgehend, aber keineswegs ganz verschwunden. Immerhin, das ist ein wesentlicher Wandel, deutsche Ostpolitik ist nicht mehr wie früher nur Russlandpolitik, sondern beides: Politik mit Moskau und Politik mit Warschau. In den letzten Jahren hieß das auch Politik für Warschau, Hilfe beim Weg Polens in die EU. Aber auch darin lag ein Moment der Ungleichheit: Der eine hilft, dem anderen muss geholfen werden. Als die Polen dann Forderungen stellten, die unangemessen erschienen, sagten auch durchaus polenfreundliche Politiker in Berlin: Sie sind undankbar.

Die Sache wird schwieriger, weil nicht nur die Polen, sondern auch die Deutschen Probleme mit ihrem Selbstbewusstsein haben und sich das jetzt stärker äußert. Nach Krieg und Auschwitz waren sie der Paria Europas. Seit Adenauer folgten sie der Regel: Nach Hitler müssen Deutsche mehr Vorsicht, Einsicht und Rücksicht zeigen als andere. Deshalb: nicht auftrumpfen, lieber zurückstecken. Niemals etwas allein durchzusetzen versuchen. Damit ist es nicht vorbei, seit Deutschland vereinigt und uneingeschränkt souverän geworden ist, aber es wurde und wird weniger. Die deutschen Leiden und Verluste, Bombenkrieg und Vertreibung, sollen mehr Beachtung finden, die deutschen Interessen müssen stärker durchgesetzt werden, Schröders offenes Nein zu Bushs Irak-Krieg, seine klare Opposition gegen ein Kernstück amerikanischer Politik - das wäre vor zehn Jahren noch nicht möglich gewesen. Kohl hat sich aus dem ersten Irak-Krieg herausgehalten, indem er ihn heimlich bezahlte.

Selbstgefühl und Geltungsbedürfnis sind in Polen und in Deutschland gewachsen und jetzt zusammengestoßen, die jüngste Geschichte erklärt es bei den Deutschen, bei den Polen erklärt es auch die ältere. Paternalismus und Überlegenheitsgefühl sind die Folgen beim einen,

Anerkennungsdrang und Selbstüberschätzung beim anderen. Beides trifft mit einem sehr alten Phänomen zusammen. Polen und Deutsche sind fixiert auf den Westen. Die Polen treffen dabei auf die Deutschen, die ihnen aber den Rücken zukehren und eifrig die Franzosen suchen. Um es an einem banalen Beispiel zu erläutern: Wenn ein Deutscher die Stadt Bordeaux wie Bor-de-auks ausspricht, lacht man ihn aus; wenn er die Stadt Łód nicht wie Lodsch, sondern korrekt ausspricht, versteht man ihn nicht. Das ungleiche Interesse aneinander trennt seit Jahrhunderten und hat auch in den letzten fünfzig Jahren weit mehr behindert, als uns klar gewesen ist. Bis weit in die siebziger Jahre hinein, vielleicht noch länger, sahen nur wenige Polen, wo das Problem der deutsch-polnischen Beziehungen liegt: nicht in deutschem Drang nach Osten, sondern in deutscher Gleichgültigkeit gegenüber dem Osten.

Normalisierung sollte der erste Schritt sein, mit dem Deutsche und Polen einander näher kommen. Normalisierung bedeutet in einfachem Wortverständnis: Beseitigung all dessen, was nicht normal ist in den Beziehungen zweier Nationen. Kann man davon sprechen, wenn immer noch historische Prägungen in Konflikte führen? Wenn Meinungsverschiedenheiten zu Grundsatzdebatten ausarten? Wenn die Erinnerung an die Wunden, die der Nachbar geschlagen hat, so stark weiterlebt, dass sie das Verhältnis jederzeit verderben kann? Wenn die Erinnerung zu eigennützigen Zwecken benutzt wird? Wenn Empfindlichkeit und Reizbarkeit noch so hoch sind, dass schon ein falsches Wort eine Beziehungskrise auslösen kann? Darf man von Normalisierung sprechen, wenn die Decke über vielem, das nicht normal wurde, so dünn ist?

Was tun wir mit unseren historischen Lasten? Zunächst erscheint es wichtig, sie als historisch zu erkennen: Da steht etwas zwischen Deutschen und Polen, das nicht schnell und leicht wegzuräumen ist. Politik und Wirtschaft, wie die flotten Pragmatiker meinen, genügen nicht. Wir müssen sehr vorsichtig miteinander umgehen, uns Mühe geben und uns darüber klar sein, dass es trotzdem lange dauern wird. Nirgendwo in Europa hatten es zwei Nationen so schwer, wieder zueinander zu kommen.

Aber wir sind nicht nur Produkte unserer Geschichte, wir können selbst Geschichte machen. Und dafür gibt es Beispiele und Vorbilder. Zunächst die Beispiele. Der Warschauer Vertrag von 1970 hat, weil er der erste Schritt nach Polen war, vieles offen gelassen, aber er hat zwischen Polen und der Bundesrepublik Türen geöffnet, und das nicht nur für die Wirtschaft! Kirchen, Universitäten, auch Schulen, Rundfunksender, versöhnungswillige Landsmannschaften, Schriftsteller, Theaterleute, Musiker, engagierte Privatmenschen, die sich in vielen deutsch-polnischen Gesellschaften zusammenschlossen, suchten und fanden Verbindung nach Polen. Professoren beider Seiten einigten sich nach manchmal harten Auseinandersetzungen auf Empfehlungen, wie die Nationalisten aus den Schulbüchern gebracht werden sollten - sie leisteten gute Arbeit, denn die Nationalisten beider Seiten kritisierten die Empfehlungen. Ende 1982 erschien ein Buch von 280 Seiten, das an "kultureller Zusammenarbeit" registrierte, was feststellbar war, und das war keineswegs alles, wie der Herausgeber Winfried Lipscher betonte. Auch die Warschauer Behörden hatten Ende der siebziger Jahre, bestimmt zu ihrem Leidwesen, den Überblick verloren, was sich da alles jenseits staatlicher Aufsicht abspielte. Aber nachdem die Türen ziemlich weit geöffnet waren, "ging" in Polen beinahe alles, man musste nur wissen wie oder einen kennen, der es wusste.

Zwischen Polen und der DDR erwies sich die verordnete Freundschaft als Türöffner, denn sie ermöglichte unverordnete, wahre Freundschaft. Nicht nur Funktionäre, auch Lehrer, Professoren, Künstler, Schriftsteller, Fachleute jeder Art sollten sich verständigen und taten es oft mehr, als sie sollten. Aus fachlicher "Beratung" wuchsen persönliche Beziehungen. Die Nicht-Konvertierbarkeit der Währungen zwang zu gegenseitiger Hilfe. Auch ehrte man einander. Doktor honoris causa einer polnischen Universität zu sein freut manchen Ostdeutschen noch heute. Die Deutschen beeindruckten - und verärgerten - die Polen durch Effizienz, die Polen lockten - und verstörten - durch Freiheiten. Wie in dem Witz von den zwei Hunden, die durch die Oder schwimmen, einander begegnen und sich wundern, was der andere auf der eigenen Seite will: Der polnische möchte sich in der DDR mal satt fressen, der deutsche möchte in Polen mal bellen.

Karl Dedecius brachte die polnische Literatur in die Bundesrepublik, Henryk Bereska und viele andere schlugen literarische Brücken von Polen in die DDR. Adam Krzeminski beobachtete in den sechziger und siebziger Jahren eine "Polenwelle" unter DDR-Schriftstellern; auch sonst entdeckten Künstler, Intellektuelle und Individualisten Polen als Land, in dem das gleiche System herrschte und doch vieles anders war, leichter, gelassener, ohne Respekt vor jeglicher Obrigkeit, ganz und gar unideologisch, aber nationaler, was manche Ostdeutschen mit Neid und andere mit Kopfschütteln feststellten. Wer nicht "Reisekader" war und in den Westen durfte, fuhr nach Warschau oder Krakau.

Und nun die Vorbilder. Da sind zunächst auf beiden Seiten die Kirchen zu nennen, die der Politik weit vorangingen. Die Denkschrift der evangelischen Kirche erhob sich 1965 über die Einseitigkeit der bundesdeutschen Sicht und würdigte das Schicksal beider Nationen, den deutschen Schmerz um die verlorene Heimat und die polnische Furcht um die neue. Sie empfahl nicht die Anerkennung der Grenze, aber ließ sie als Folgerung unvermeidlich erscheinen. Kurz danach durchbrachen die polnischen Bischöfe die Mauer der Einseitigkeit und sprachen das größte Wort, das zwischen Polen und Deutschen gesagt wurde: "Wir vergeben und bitten um Vergebung." Die deutschen Bischöfe antworteten weniger christlich als diplomatisch und überließen damit ihre polnischen Brüder den bösartigen Attacken der Partei. Fünf Jahre später tat die Partei selbst, was sie den Bischöfen vorgeworfen hatte, und arrangierte sich mit der Bundesrepublik. Tadeusz Mazowiecki beklagte sich 1970 bitter, das katholische Polen habe den Weg bereitet, aber nun gehe die Verständigung mit den Deutschen an ihm vorbei.

Das zweite Verdienst gebührt den polnischen und deutschen Politikern, die den Mut hatten, sich über schwere Erfahrungen, böse Opposition und eigene Vorbehalte hinweg zu setzen. Die sich auch von populistischen Chancen nicht verlocken ließen und taten, was die Verständigung verlangte. Das dritte Verdienst ist namenlos. Die zahllosen Unbekannten haben es sich erworben, die sich jahrzehntelang in stiller Kleinarbeit dafür mühten, dass die schlimmen Erinnerungen und die festgefügt Vorurteile nicht weiter das Bild der Polen und der Deutschen bestimmten. Wenn Völker zueinander kommen sollen, muss die Politik Voraussetzungen schaffen, aber das Wesentliche geschieht jenseits der Politik. Nur das dichte, ziemlich feste Netz von Verbindungen, Bekanntschaften und Freundschaften über die Grenzen hinweg hat es ermöglicht, die schwierigen achtziger Jahre leidlich zu überstehen. Dieses Netz bildete die Grundlage, auf der 1990 Polen und Deutsche befreit zueinander kommen konnten.

Ein Blick zurück in die ersten Nachkriegsjahre zeigt, dass seitdem unvorstellbar viel erreicht worden ist. Die Erinnerung an die nicht endenden Schwierigkeiten der Folgezeit lehrt, dass mehr nicht zu erreichen war. Historische Lasten und Prägungen verschwinden nicht in einem halben Jahrhundert. Aber auch dagegen kann man etwas tun. Das Beispiel Willy Brandts beweist es. "Meine Regierung nimmt die Ergebnisse der Geschichte an", sagte er 1970 bei der Unterzeichnung des Grenzvertrages zum polnischen Ministerpräsidenten Józef Cyrankiewicz. Das hieß: Wir finden uns damit ab, dass Deutschland an der Oder und der westlichen Neiße endet. Er kniete vor dem Ghetto-Denkmal in Warschau. Das hieß: Wir wissen, dass es deutsche Schuld gegenüber Polen gibt, die keine Politik tilgen kann.

Aus: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 5-6/2005)

euro|topics: Pressestimmen zur Debatte um das Vertriebenenzentrum

Eine Auswahl von eurotopics.net

25.3.2009

Die Debatte um ein "sichtbares Zeichen" gegen Vertreibung und die Besetzung des Beirats in den vergangenen Wochen hat auch die polnischen und deutschen Zeitungen beschäftigt. Wie wird die Debatte dargestellt und bewertet? Stimmen aus der europäischen Presse.

Klaus Bachmann über den engen Horizont von Deutschen und Polen

Fakt - Polen, Freitag, 20. März 2009

Klaus Bachmann, deutscher Politikprofessor und ehemaliger Korrespondent in Warschau, kritisiert in der polnischen Tageszeitung Fakt die Diskussionskultur zwischen Polen und Deutschen: "Die deutsch-polnischen Beziehungen wurden in den vergangenen Jahren vor allem durch eines belastet: durch den allzu engen Horizont derer, die darüber diskutieren. Wenn man auf das schaut, was sich zwischen Berlin und Warschau abspielt, dann kann man sich tatsächlich nicht des Eindrucks verwehren, dass die Deutschen Polen paternalistisch behandeln - arrogant und von oben herab ... Aus dieser Perspektive ist die Gründung des 'Sichtbaren Zeichens' und die Teilnahme von Erika Steinbach der antipolnische Versuch, die Geschichte des Zweiten Weltkrieges umzuschreiben - ganz so, als seien die Deutschen die Opfer gewesen und die Polen hätten auf der Seite der Täter gestanden. Dieses Bild relativiert sich etwas, wenn wir als Anknüpfungspunkt das nehmen, was derzeit in Europa geschieht. Dann ist plötzlich das Rohr durch die Ostsee [geplantes deutsch-russisches Pipeline-Projekt, das Polen ablehnt] nicht ein Projekt, das sich gegen Polen richtet, sondern der Versuch, die Energiezulieferungen für Westeuropa zu diversifizieren."

zur eurotopics Presseschau (http://www.eurotopics.net/de/search/results/archiv_article/ARTICLE47291-Klaus-Bachmann-ueber-den-engen-Horizont-von-Deutschen-und-Polen)

Polen muss Vertriebenen-Museum verhindern

Dziennik - Polen, Donnerstag, 19. März 2009

Der nationalkonservative Abgeordnete Paweł Kowal von der Oppositionspartei PiS reagiert in der Tageszeitung Dziennik auf die jüngsten Äußerungen von Erika Steinbach, Präsidentin des deutschen Bundes der Vertriebenen (BdV), die Polen seien Nationalisten, weil sie ihren Einzug in den Stiftungsrat des Zentrums gegen Vertreibungen verhindert hätten: "Das Ziel der polnischen Politik muss es doch sein, dass es gar nicht erst zu einem solchen Zentrum gegen Vertreibungen kommt. Deshalb leisten wir Erika Steinbach umso mehr Vorschub, wenn wir eine halbherzige Lösung ermöglichen [das Zentrum erlauben, aber ohne Steinbach]. Sie hat genügend Beweise geliefert, dass ihr nicht an guten polnisch-deutschen Beziehungen gelegen ist. Das zeigte ihr Stimmverhalten in Angelegenheiten, die Polen betreffen wie die polnisch-deutschen Verträge oder die Beitrittsverträge Polens zur EU. Ich denke, wir werden für solch eine halbe Lösung mehrfach bezahlen müssen, weil noch nicht sicher ist, ob Erika Steinbach nicht vielleicht doch im Stiftungsrat sitzen wird."

zur eurotopics Presseschau (http://www.eurotopics.net/de/search/results/archiv_article/ARTICLE47198-Polen-muss-Vertriebenen-Museum-verhindern)

Deutsch-polnischer Streit um Vertriebenenmuseum geht weiter

Polka - Polen, Montag, 9. März 2009

Die Zeitung kommentiert die Aussagen der in Polen umstrittenen Vorsitzenden des deutschen Bundes der Vertriebenen (BdV) Erika Steinbach vom vergangenen Wochenende gegenüber dem deutschen Nachrichtenmagazin Der Spiegel. Danach wird sie nicht auf einen Sitz im Stiftungsrat für das geplante Museum gegen Vertreibungen verzichten. "Mit diesen Worten hat die CDU-Abgeordnete erneut den deutsch-polnischen Streit angefacht. Anstatt Öl auf die Wogen zu schütten, hat sie Öl ins Feuer gegossen. Die Aussagen der CDU-Politikerin sind eine schallende Ohrfeige für die polnische Regierung - und besonders für Władysław Bartoszewski. Denn gerade der Berater für internationale Fragen des Premiers [Donald] Tusk hat Bundeskanzlerin [Angela] Merkel davon überzeugt, dass für Steinbach kein Platz in dem Rat sein kann, der das [Museumsprojekt] 'Sichtbare Zeichen' verwaltet."

zur eurotopics Presseschau (http://www.eurotopics.net/de/search/results/archiv_article/ARTICLE46529-Deutsch-polnischer-Streit-um-Vertriebenenmuseum-geht-weiter)

Steinbachs Rückzug ist Erfolg für polnische Diplomatie

Gazeta Wyborcza - Polen, Donnerstag, 5. März 2009

Der deutsche Bund der Vertriebenen hat entschieden, seine Präsidentin Erika Steinbach nicht für den Stiftungsvorstand des Zentrums gegen Vertreibungen "Sichtbares Zeichen" zu nominieren. Die liberale Tageszeitung Gazeta Wyborcza begrüßt das: "Der Ausschluss von Erika Steinbach aus dem Vorsitz des 'Sichtbaren Zeichens' ist ein riesiger Erfolg der polnischen Diplomatie und ein Zeichen dafür, wie sehr Angela Merkel an den Beziehungen zu Polen gelegen ist. Für einen Teil der Deutschen war es klar, dass Steinbach am 'Sichtbaren Zeichen' teilnimmt. Sie haben den Druck, den [der polnische Deutschland-Beauftragte] Professor Władysław Bartoszewski in dieser Angelegenheit gemacht hat, als polnische Hysterie abgetan. Steinbach wurde als jemand dargestellt, der Versöhnung sucht, obwohl sie vor 20 Jahren gegen die deutsch-polnischen Grenz- und Nachbarschaftsverträge gestimmt hat. In den vergangenen Tagen haben sie nicht nur diejenigen Politiker des konservativen Flügels der CDU unterstützt, die mit den Vertriebenen verbunden sind, sondern sogar die deutschen katholischen Bischöfe."

zur eurotopics Presseschau (http://www.eurotopics.net/de/search/results/archiv_article/ARTICLE46355-Steinbachs-Rueckzug-ist-Erfolg-fuer-polnische-Diplomatie)

Thomas Urban über deutsch-polnische Missverständnisse

Süddeutsche Zeitung - Deutschland, Dienstag, 3. März 2009

Thomas Urban schreibt in der Süddeutschen Zeitung, dass in der deutsch-polnischen Debatte um die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen Erika Steinbach so manches auf der Strecke bleibe. "Die polnische Gesellschaft hat bislang keine Antwort darauf gefunden, dass immer mehr Bundesbürger zwar die deutsche Schuld im Krieg nicht in Frage stellen, aber gleichzeitig kein Verständnis für dieses Opferbewusstsein im heutigen Polen aufbringen. Im Gegenteil: Die Deutschen erwarten Anerkennung dafür, dass sie die Verantwortung für diese düsteren Kapitel der jüngsten Geschichte übernommen haben: Sie haben Entschädigungszahlungen und letztlich auch den Verlust der Oder-Neiße-Gebiete ebenso akzeptiert wie die Bitten um Vergebung, die Bundespräsident Roman Herzog zum 50. Jahrestag des Warschauer Aufstandes 1994 und Bundeskanzler Gerhard Schröder zehn Jahre später ausgesprochen haben. Überdies wurde in Polen nicht vermittelt, dass vor allem die Christdemokraten und die Kirchen die Vertriebenen, die unter Steinbach ihre revisionistischen Positionen aufgegeben haben, in den deutsch-polnischen Dialog einbinden möchten. Die Polen stehen nun wegen dieser Kontroverse in den Augen eines Großteils der deutschen Kommentatoren als eine Gesellschaft dar,

die die ausgestreckte Hand der versöhnungsbereiten Mehrheit unter den Vertriebenen, die sich ausgerechnet hinter Steinbach geschart haben, nicht ergreifen wollen."

zur eurotopics Presseschau (http://www.eurotopics.net/de/search/results/archiv_article/ARTICLE46197-Thomas-Urban-ueber-deutsch-polnische-Missverstaendnisse)

Thomas Urban über polnische Medien in der Patriotismus-Falle

Süddeutsche Zeitung - Deutschland, Donnerstag, 26. Februar 2009

In der Diskussion um das geplante Zentrum gegen Vertreibung in Berlin würden viele polnische Medien und Publizisten einseitig und verzerrend über Deutschland berichten, meint Thomas Urban in der Tageszeitung Süddeutsche Zeitung. "In diese Patriotismus-Falle sind offenbar auch zwei der wichtigsten Blätter geraten: die linksliberale Gazeta Wyborcza und die katholische Tygodnik Powszechny. Beide leisteten in den neunziger Jahren einen wichtigen Beitrag zur deutsch-polnischen Verständigung und schreckten dabei auch nicht vor dem bis dahin tabuisierten Thema Vertreibung zurück. Heute aber scheint dieses Thema auch für sie wieder tabu zu sein, über die von Steinbach durchgesetzte Perestroika im BdV [Bund der Vertriebenen] wurde nie berichtet. Wie im Falle Bartoszewski spricht vieles dafür, dass dieser Schwenk in der Berichterstattung ebenfalls eine Folge der Jedwabne-Kontroverse ist. Denn auch diese beiden Redaktionen betonten den polnischen Anteil an dem Verbrechen und marginalisierten den deutschen, verhielten sich also nach Meinung der konkurrierenden Blätter in höchstem Maße unpatriotisch. Offensichtlich sieht im Bezug auf die Deutschen die Mehrheit der polnischen Publizisten heute nicht eine differenzierte Berichterstattung als oberstes Gebot an, sondern die Verteidigung der Ehre der Nation."

zur eurotopics Presseschau (http://www.eurotopics.net/de/search/results/archiv_article/ARTICLE45947-Thomas-Urban-ueber-polnische-Medien-in-der-Patriotismus-Falle)

Adam Krzeminski über die deutsch-polnischen Beziehungen

Die Zeit - Deutschland, Donnerstag, 19. Februar 2009

Der Warschauer Publizist Adam Krzeminski erklärt in der Wochenzeitung Die Zeit, warum die deutsche Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV) Erika Steinbach in Polen alte Wunden aufreißt: "Man sollte in Deutschland den Konflikt um Erika Steinbach nicht lediglich als Ergebnis polnischer Überempfindlichkeiten abtun. Die gibt es natürlich, aber man sollte es lieber darauf anlegen, sie zu entschärfen. Umgekehrt verfehlen die Polen den Kern des Problems, wenn sie sich in ihrer eigenen Geschichtsneurose gefallen und die des Nachbarn ignorieren. Es ist ein Unglück, dass es derzeit in beiden Ländern an jungen Politikern, Intellektuellen und Medienleuten fehlt, die die europäische Tragweite der deutsch-polnischen Nachbarschaft so sehr verinnerlicht hätten, dass sie im gegenseitigen Einvernehmen einen Ausweg aus dem Teufelskreis beiderseitiger Arroganz und Ignoranz weisen würden. ... Es ist müßig darüber zu streiten, wer in den vergangenen Jahren mehr zur Eskalation der deutsch-polnischen Beziehungen beigetragen hat. Politik beruht auf dem [Rechts-] Prinzip des 'do ut des' ['ich gebe, damit du gibst']. [Władysław] Bartoszewskis [polnischer Regierungsberater] Extratour ist als ein Signal zu verstehen, dass die deutsch-polnischen Beziehungen nach wie vor besonderer gegenseitiger Aufmerksamkeit bedürfen."

zur eurotopics Presseschau (http://www.eurotopics.net/de/search/results/archiv_article/ARTICLE45586-Adam-Krzeminski-ueber-die-deutsch-polnischen-Beziehungen)

Polnischer Unmut über Vertriebenen-Gedenkstätte

Süddeutsche Zeitung - Deutschland, Dienstag, 17. Februar 2009

Anlässlich der jüngsten Äußerungen des polnischen Deutschland-Beauftragten Wladyslaw Bartoszewski zur möglichen Berufung von Vertriebenenpräsidentin Erika Steinbach in den Rat der 'Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung' schreibt die links-liberale Tageszeitung Süddeutsche

Zeitung: "[Bundeskanzlerin] Angela Merkel, [Bundespräsident] Horst Köhler, der frühere Ministerpräsident Bernhard Vogel, der langjährige Vorsitzende des Zentralkomitees der deutschen Katholiken Hans Maier und viele andere haben immer wieder versucht, Bartoszewski zu verdeutlichen, dass der Bund der Vertriebenen längst nicht mehr Polen anklagt und keine Forderungen erhebt. ... Nun stellt Bartoszewski Erika Steinbach, die ihre politische Karriere in deutsch-israelischen und christlich-jüdischen Gremien begonnen hat, auf eine Stufe mit dem Holocaust-Leugner [Richard Williamson]. Das macht seine alten Freunde schlicht fassungslos. Bartoszewski hat sich völlig verrannt - und eben wegen seiner Verdienste hat dies eine tragische Note."

zur eurotopics Presseschau (http://www.eurotopics.net/de/search/results/archiv_article/ARTICLE45361-Polnischer-Unmut-ueber-Vertriebenen-Gedenkstaette)

Vertriebenenmuseum schürt Ängste bei Polen

Rzeczpospolita - Polen, Montag, 16. Februar 2009

Die konservative Zeitung Rzeczpospolita kritisiert die mögliche Berufung von Erika Steinbach, Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen und CDU-Bundestagsabgeordnete in den Stiftungsrat des Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin: "Erika Steinbach hat nicht einmal das Recht, sich mit dem Schicksal der Deutschen zu identifizieren, die die westlichen und nördlichen Gebiete verlassen mussten, die Polen durch die Potsdamer Konferenz zuerkannt worden sind. Sie ist die Tochter eines Besatzungsoffiziers und in Rumia geboren - einer polnischen Stadt, die das Dritte Reich nach der Aggression im Jahr 1939 an sich gerissen hat. Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Koalition aus CDU und SPD hatten viele Monate Zeit, diese Angelegenheit zu erledigen. Die Christdemokraten, deren Mitglied Erika Steinbach ist, hatten genügend politische Möglichkeiten, die Chefin der Landsmannschaften aus diesem Projekt zu entfernen, das auch ohne ihre Person schon genügend Ängste bei Millionen von Polen schürt."

zur eurotopics Presseschau (http://www.eurotopics.net/de/search/results/archiv_article/ARTICLE45234-Vertriebenenmuseum-schuert-Aengste-bei-Polen)

Streit um Vertriebenenstiftung

Rzeczpospolita - Polen, Montag, 8. September 2008

Die Pläne der deutschen Regierung, mit einem "sichtbaren Zeichen" auf die Vertreibung von Deutschen aus Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg aufmerksam zu machen, sollen nun im Rahmen der neuen Stiftung "Flucht, Vertreibung, Versöhnung" umgesetzt werden. Die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, reklamierte am Samstag in Berlin für ihren Verband das alleinige Recht, seine drei Vertreter in den Gremien der neuen Stiftung zu benennen. Die Tageszeitung Rzeczpospolita meint dazu: "Diese kategorische Feststellung kam aus dem Mund einer Person, die am Samstag auf dem jährlichen Treffen der Landsmannschaften verkündete, dass es nach dem Krieg in Mittel- und Osteuropa ein System der Zwangsarbeit gab, in dem Deutsche unter Polen und Tschechen litten. ... Als im Februar dieses Jahres das Kabinett [des polnischen Premierministers] Donald Tusk das erklärte Nein (vertreten durch die Regierung von Jarosław Kaczyński) gegenüber dem 'Sichtbaren Zeichen' zurück nahm, schien es, als bemühe sich die deutsche Seite, Erika Steinbach von dem Projekt fernzuhalten. ... Heute deutet nichts darauf hin, dass es der Kanzlerin Angela Merkel gelungen ist, die ambitionierte Frau Steinbach aufs Abstellgleis zu schieben. Das Problem besteht darin, dass die deutsche [konservative Regierungspartei] CDU möglicherweise nicht die möglichen negativen Konsequenzen einer solchen Interpretation der Geschichte wahrnimmt, wie sie am Samstag die Chefin der Landsmannschaften in ihrem Vorstoß vorgenommen hat. ... Und was sagt dazu die polnische Regierung?"

zur eurotopics Presseschau (http://www.eurotopics.net/de/search/results/archiv_article/ARTICLE35178-Streit-um-Vertriebenenstiftung)

Misstrauensabbau nach Debatte um Zentrum gegen Vertreibungen

Frankfurter Allgemeine Zeitung - Deutschland, Donnerstag, 7. Februar 2008

Deutschland und Polen haben diese Woche den Streit um ein Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin beigelegt. Stefan Dietrich kommentiert: "Als Affront gegen Polen war diese längst überfällige Trauerarbeit für den untergegangenen deutschen Osten nie gedacht - auch nicht von [der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen] Frau Steinbach, die mit ihrer Stiftung die Initialzündung dazu gab. So wurde es aber von deutschen Politikern dargestellt, die in Polen Stimmung dagegen machten. Mussten wirklich erst die deutsch-polnischen Beziehungen in Trümmer gelegt werden, bis sich die Einsicht Bahn brechen konnte, dass es beiderseits nicht am Willen zur Wahrhaftigkeit fehlt? Das tiefe Misstrauen, das diese Debatte beherrschte, ist nur durch Aufklärung zu überwinden. Dafür brauchen wir - Deutsche, Polen, Tschechen und andere - dieses Zentrum."

zur eurotopics Presseschau (http://www.eurotopics.net/de/search/results/archiv_article/ARTICLE24437-Misstrauensabbau-nach-Debatte-um-Zentrum-gegen-Vertreibungen)

Streit um Zentrum gegen Vertreibungen beigelegt

Gazeta Wyborcza - Polen, Mittwoch, 6. Februar 2008

Nach neunjähriger Debatte wurde gestern der Streit zwischen Deutschland und Polen um das Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin offiziell beigelegt. Polen wird sich an der geplanten Dokumentationsstätte in Berlin formal nicht beteiligen, eine Mitarbeit polnischer Historiker wurde aber nicht ausgeschlossen. Bartosz T. Wieli ski bleibt skeptisch: "Der gestrige Kompromiss... hat die Diskussion über einen Erinnerungsort für die Vertreibungen nicht beendet. Der Streit dauerte zu lange. Zu viele Politiker in Polen und in Deutschland hegen gegenseitige Animositäten, als dass die gestrigen Vereinbarungen sie zum Schweigen bringen könnten. Politiker der [polnischen Partei] PiS werden die Regierung weiterhin an den Pranger stellen wegen einer angeblichen Kapitulation vor Deutschland. Der deutsche Bund der Vertriebenen wird aufschreien, dass er und nicht die deutsche Regierung diktieren will, wie man an Deportationen erinnert."

zur eurotopics Presseschau (http://www.eurotopics.net/de/search/results/archiv_article/ARTICLE24391-Streit-um-Zentrum-gegen-Vertreibungen-beigelegt)

Eine Dokumentationsstätte zur Vertreibung der Deutschen

Süddeutsche Zeitung - Deutschland, Mittwoch, 24. Oktober 2007

Constanze von Bullion sieht gute Chancen, dass unter der Federführung der deutschen Bundesregierung ein Dokumentationszentrum entsteht, das an die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg erinnert, ohne Polen oder Tschechien zu brüskieren: "Ein Erinnerungsort, der vom Bund finanziert wird und ein so sensibles Thema behandelt, ist zum Scheitern verurteilt, wenn er von einer umstrittenen Figur wie [der Präsidentin des Vertriebenenverbandes] Erika Steinbach konzipiert wird... Sie hat die großen, oft auch irrationalen Ängste der osteuropäischen Nachbarn ignoriert, statt ihnen zu signalisieren: Ihr werdet ernst genommen. [Bundeskanzlerin] Merkel weiß das, und sie weiß auch, wie wichtig Diplomatie im europäischen Einigungsprozess ist. Wenn sie einen Ort der Erinnerung will und Frieden zwischen Deutschen und Polen, und beides will sie zweifellos, wird sie den Bund der Vertriebenen dahin rücken müssen, wo er hingehört. Aus dem Zentrum der Debatte an ihren Rand."

zur eurotopics Presseschau (http://www.eurotopics.net/de/search/results/archiv_article/ARTICLE21635-Eine-Dokumentationsstaette-zur-Vertreibung-der-Deutschen)

Redaktion

24.3.2009

Verantwortlich gemäß § 18 Medienstaatsvertrag (MStV): Thorsten Schilling

Redaktion bpb

Hanna Huhtasaari

Matthias Jung

Ulrich Ziegler

Online-Dossier

<http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutsch-polnische-beziehungen/>

Impressum

Diensteanbieter

gemäß § 5 Telemediengesetz (TMG)

Bundeszentrale für politische Bildung

Adenauerallee 86

53113 Bonn

redaktion@bpb.de